

Beteiligungsbericht

Beteiligungen der Stadt Oberndorf a. N.

im Jahr

2019

an Unternehmen

in einer Rechtsform des privaten Rechts

Nach § 105 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist jährlich - zur Information des Gemeinderats und der Einwohner - ein Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % beteiligt ist.

Inhaltsverzeichnis:

A: Beteiligungen mit mehr als 25 vom Hundert:

1. Oberndorfer Wohnungsbau GmbH

B: Beteiligungen mit 25 vom Hundert und weniger:

1. SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH
2. Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH
3. Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
4. Zweckverband 4IT (ehemals KIRU)
5. Schwarzwald Musikfestival gGmbH

Darunter sind geringfügige Beteiligungen (Ausleihungen):

6. Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG
Anlage 1
7. Volksbank Rottweil eG
Anlage 2
8. Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG
Anlage 3

C: Mittelbare Beteiligung über den Eigenbetrieb Wasserwerk
Oberndorf a. N.:

1. badenova AG & Co. KG

A. Beteiligungen mit mehr als 25 vom Hundert:

1. Oberndorfer Wohnungsbau GmbH Hauptstraße 10, 78727 Oberndorf a. N.

Gründung:

9. November 1936

Eintragung:

am 26. Februar 1937 in das Handelsregister beim Amtsgericht Oberndorf a. N. unter Band II. Nr. 171, umgeschrieben nach HRB 12 Ob, Amtsgericht Rottweil, umgeschrieben nach HRB 480012 Amtsgericht Stuttgart

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist es, im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung

- a) Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicher zu stellen,
- b) die kommunale Siedlungspolitik und Maßnahmen der Infrastruktur zu unterstützen,
- c) städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen,
- d) im Namen und im Auftrag der Stadt Oberndorf a. N. und der Gemeinden Epfendorf und Fluorn-Winzeln Gebäude zu errichten und zu sanieren.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **127.400 Euro** an der Stammeinlage von **130.000 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **98 %**.

Die Gemeinde Epfendorf und die Gemeinde Fluorn-Winzeln sind mit jeweils 1.300 Euro an der Stammeinlage beteiligt, dies entspricht einem Anteil von jeweils 1 %.

Im Jahr 2019 hat die Stadt Oberndorf a. N. an die Oberndorfer Wohnungsbau GmbH eine Kapitaleinlage von **100.000 Euro** gewährt.

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführung:

Frau Gabriele Götz
Herr Lothar Kopf

b) Aufsichtsrat:

Herr Bürgermeister Hermann Acker, Aufsichtsratsvorsitzender
Herr Bernhard Tjaden (bis 16.07.2019)
Herr Mark Prielipp (ab 17.07.2019)
Herr Martin Karsten
Frau Ruth Hunds
Herr Oliver Hauer (bis 02.07.2019)
Herr Gerhard Melber (ab 03.07.2019)

Beteiligungen des Unternehmens:

keine

Hausbewirtschaftung und Verwaltung

Am 31. Dezember 2019 bewirtschaftete die Gesellschaft 191 Mietwohnungen, 8 gewerbliche Einheiten und 105 Garagen.

Das Unternehmen verwaltet außerdem 26 Eigentümergemeinschaften mit 454 Wohnungen, 32 Gewerbeeinheiten und 348 Garagen nach dem Wohnungseigentümergebietsgesetz. Davon stehen 37 Wohnungen und 8 gewerbliche Einheiten im Eigentum der Gesellschaft.

Für die Stadt Oberndorf a.N. verwaltet die Oberndorfer Wohnungsbau GmbH 23 Gebäude mit 30 Mietwohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 29 Garagen. Gegenstand der Verwaltung ist die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, das Mahnwesen, die Betriebskostenabrechnung sowie die Bearbeitung von Mieterwechsel.

Die Vermietung der Wohnungen ist zur Zeit sichergestellt. Erlösschmälerungen entstanden durch den Leerstand von Altbauten mit einfacher Ausstattung sowie Wohnungen mit Modernisierungsstau.

Neubautätigkeiten gab es in 2019 keine. Auch für 2020 sind keine geplant.

Für 2020 wird durch erhöhte notwendige Instandhaltungen und einem Erlös aus Verkauf von Anlagevermögen mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2019



Oberndorfer Wohnungsbau GmbH

1. Bilanz zum 31.12.2019

AKTIVSEITE

	2019 €	2019 €	2018 €
<u>Anlagevermögen</u>			
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
Entgeltlich erworbene ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen		1.956,69	1.025,93
<u>Sachanlagen</u>			
Grundstücke mit Wohnbauten	5.365.148,08		5.111.445,55
Grundstücke mit Geschäfts- u. anderen Bauten	745.194,26		783.477,53
Grundstücke ohne Bauten	4.650,00		31.335,95
Technische Anlagen und Maschinen	163.738,51		173.189,16
Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.127,07		22.230,52
Bauvorbereitungskosten	55.141,50	6.355.999,42	55.141,50
<u>Finanzanlagen</u>			
Andere Finanzanlagen		250,00	250,00
<u>Anlagevermögen insgesamt</u> (Übertrag)		6.358.206,11	6.178.096,14

	2019 €	2019 €	2018 €
Übertrag		6.358.206,11	6.178.096,14
 <u>Umlaufvermögen</u>			
 <u>Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte</u>			
Grundstücke ohne Bauten	19.211,68		19.211,68
Grundstücke mit fertigen Bauten	33.600,00		33.600,00
Unfertigen Leistungen	264.951,98		253.879,77
Andere Vorräte	2.073,32	319.836,98	410,43
 <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			
Forderungen aus Vermietung	5.436,99		6.948,66
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	22.047,60		4.843,23
Sonstige Vermögensgegenstände	124.553,60	152.038,19	124.469,60
 <u>Flüssige Mittel</u>			
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		406.431,95	168.762,68
 <u>Bilanzsumme</u>		 <u>7.236.513,23</u>	 <u>6.790.222,19</u>

PASSIVSEITE

	2019 €	2019 €	2018 €
<hr/>			
<u>Eigenkapital</u>			
<u>Gezeichnetes Kapital</u>		130.000,00	130.000,00
<u>Kapitalrücklage</u>		1.632.731,24	1.532.731,24
<u>Gewinnrücklagen</u>			
Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	107.478,67		107.478,67
Bauerneuerungsrücklagen	154.102,85		154.102,85
Andere Gewinnrücklagen	<u>576.076,96</u>	837.658,48	576.076,96
Gewinnvortrag		161.997,74	127.798,99
Jahresfehlbetrag (-) / überschuss		-55.076,05	34.198,75
<hr/>			
<u>Eigenkapital insgesamt</u>	(Übertrag)	<u>2.707.311,41</u>	<u>2.662.387,46</u>

		2019 €	2019 €	2018 €
Übertrag			2.707.311,41	2.662.387,46
<u>Rückstellungen</u>				
Sonstige Rückstellungen			63.486,49	78.257,09
<u>Verbindlichkeiten</u>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.652.362,13		3.310.109,25
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern		205.422,33		205.422,33
Erhaltene Anzahlungen		258.428,04		252.946,03
Verbindlichkeiten aus Vermietung		34.502,47		32.958,67
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen		273.931,75		207.016,82
Sonstige Verbindlichkeiten		<u>37.303,61</u>	4.461.950,33	35.579,51
davon aus Steuern:	€	3.079,29		
Vorjahr	€	3.480,43		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:	€	1.127,40		
Vorjahr	€	0,00		
<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>			3.765,00	5.545,03
<u>Bilanzsumme</u>			<u><u>7.236.513,23</u></u>	<u><u>6.790.222,19</u></u>

**2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
01. Januar bis 31. Dezember 2019**

	2019 €	2019 €	2018 €
<u>Umsatzerlöse</u>			
a) aus der Hausbewirtschaftung	1.083.534,77		1.079.047,03
c) aus Betreuungstätigkeit	108.768,10		106.675,66
d) aus Lieferungen und Leistungen	<u>42.408,58</u>	1.234.711,45	49.753,59
<u>Erhöhung / Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen</u>			
		11.072,21	-13.516,08
<u>Andere aktivierte Eigenleistungen</u>			
		18.895,03	17.406,98
<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>			
		45.266,91	131.035,84
<u>Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen</u>			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	507.000,52		537.130,51
b) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	<u>5.244,99</u>	512.245,51	6.334,02
<u>Rohergebnis</u>		797.700,09	826.938,49
<u>Personalaufwand</u>			
a) Löhne und Gehälter	356.597,35		317.897,75
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>74.466,16</u>	431.063,51	61.092,63
davon Altersversorgung	€	0,00	
Vorjahr	€	0,00	
<u>Abschreibungen</u>			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		242.817,49	245.105,81
<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>			
		106.544,92	94.507,42
Übertrag		<u>17.274,17</u>	108.334,88

	2019 €	2019 €	2018 €
Übertrag		17.274,17	108.334,88
<u>Erträge aus anderen Finanzanlagen</u>	7,50		7,50
<u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>	<u>37,27</u>	44,77	19,47
<u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>		43.136,40	44.107,49
<u>Steuern vom Einkommen und Ertrag</u>		-1,08	-0,90
<u>Ergebnis nach Steuern</u>		-25.816,38	64.255,26
<u>Sonstige Steuern</u>		29.259,67	30.056,51
<u>Jahresfehlbetrag (-) / Überschuss</u>		<u>-55.076,05</u>	<u>34.198,75</u>

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2019

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Oberndorfer Wohnungsbau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 31.12.1936 gegründet und ist unter der Nr. HRB 480012 im Handelsregister beim Amtsgericht Stuttgart eingetragen. Das geografische Tätigkeitsfeld umfasst das Gebiet der Stadt Oberndorf a. N.

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft sind die Sicherstellung der Wohnungsversorgung für die Bevölkerung, die Unterstützung der kommunalen Siedlungspolitik und die Durchführung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten umfasst die Vermietung unternehmenseigener Wohnungen und die Verwaltung für Dritte. Zum 31.12.2019 verfügt das Unternehmen über 191 eigene Mietwohnungen und 8 Gewerbeeinheiten.

Zielsetzung und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist es, den Wohnungsbestand marktfähig zu halten und im Rahmen der Unternehmensstrategie wirtschaftlich zu modernisieren. Zudem soll der Wohnungsbestand nach Maßgabe der Wirtschaftlichkeit durch Neubau und Erwerb von Immobilien erhöht werden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Weltweit wuchs die Wirtschaft 2019 nur noch langsam. Entsprechend verdienten viele Unternehmen weniger und hielten sich mit Investitionen zurück. Gründe für die konjunkturelle Eintrübung sind vor allem der Handelsstreit zwischen den USA und China und der Brexit. Auf diese Wachstumsschwäche reagierten die Notenbanken mit einer weiteren Lockerung der Geldpolitik. Da bereits seit März 2016 der Leitzins bei 0,0 Prozent liegt, wurde der Einlagensatz, den die Banken für Einlagen bei der Europäischen Zentralbank (EZB) bezahlen müssen, im September 2019 auf minus 0,5 % festgesetzt. Zusätzlich hat die EZB ihre Anleihekäufe im November 2019 mit einem Volumen von monatlich 20 Mrd. € wieder aufgenommen.

Aufgrund der schwächeren Konjunktur rechnet die Deutsche Bundesbank für 2019 mit einem Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 0,5 %, 2018 betrug der Anstieg noch 1,5 %. Aufgrund des Ausbruchs der Corona-Pandemie ist die Entwicklung für 2020 schwer zu prognostizieren, es wird aber mit einer weltweit schweren Rezession gerechnet.

Trotz abgeschwächter Wirtschaftsentwicklung hat sich der Beschäftigungsaufbau in Deutschland fortgesetzt. Im Oktober 2019 belief sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland auf fast 34 Mio. Personen, was einen Anstieg von 1,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in Baden-Württemberg belief sich im Dezember 2019 auf 200.855 (Dezember 2018: 185.480). Damit betrug die Arbeitslosenquote im Dezember 2019 in Baden-Württemberg 3,2 % (Vorjahr 3,0 %). Die Arbeitslosenquote in Gesamt-Deutschland belief sich im Dezember 2019 auf 4,9 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich in Deutschland 2019 verlangsamt und betrug im Jahresdurchschnitt nur noch 1,4 % (2018: 1,8 %). Getrieben wird die Inflation vor allem vom Preisanstieg bei Nahrungsmitteln (2,1 %) und Dienstleistungen (1,8 %), dagegen wirkten sich die Energiepreise dämpfend aus. Der Anstieg der Nettokaltmieten lag 2019 in Deutschland im Durchschnitt bei 1,4 % und damit nicht höher als die allgemeine Preissteigerung.

Nach dem vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg veröffentlichten Baupreisindex stiegen die Baupreise für Wohngebäude in Baden-Württemberg im 4. Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahresquartal um 3 %, für Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden sogar um 6,1 %. Die Preise für die Instandhaltung von Wohngebäuden stiegen im 4. Quartal 2019 um 3,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal.

Wie im Vorjahr herrschten auch 2019 gute konjunkturelle Rahmenbedingungen für den Bausektor (niedriges Zinsniveau, Zuzüge, Trend zu kleineren Haushaltsgrößen), dennoch sank die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen von 34.394 (Januar bis Oktober 2018) auf 33.408 im Vergleichszeitraum des Jahres 2019.

Ende 2018 betrug die Einwohnerzahl Baden-Württembergs 11,07 Mio. Personen. Nach der Prognose des statistischen Landesamts Baden-Württemberg soll die Bevölkerung bis zum Jahr 2030 auf 11,34 Mio. Personen anwachsen (+ 2,4 %). Der Anteil der Personen, die älter als 65 Jahre sind, soll sich von 2,23 Mio. Personen im Jahr 2018 auf 2,75 Mio. Personen im Jahr 2030 erhöhen (+ 23,3 %). Damit wird der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von derzeit 20 % bis 2030 auf voraussichtlich 24 % ansteigen.

Ausschlaggebend für die Wohnungsnachfrage ist auch die Zahl der Haushalte. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es im Jahr 2017 fast 5,3 Mio. Privathaushalte in Baden-Württemberg. Nach der Vorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg könnte die Zahl der Haushalte bis 2045 um annähernd 300.000 auf knapp 5,6 Mio. ansteigen, erst danach wird ein leichter Rückgang erwartet. Die Haushaltszahl im Jahr 2050 könnte damit immer noch um fast 290.000 höher liegen als 2017.

In Oberndorf a. N. ist die Nachfrage nach Eigentumswohnungen in den letzten Jahren wieder gestiegen. Der Bedarf an Mietwohnungen ist nach wie vor noch sehr hoch. Diese erstreckt sich, auch auf Grund des demografischen Wandels, überwiegend auf kleinere Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnungen.

Das immer noch sehr niedrige Zinsniveau wirkt sich momentan noch positiv auf die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus.

Geschäftsverlauf der Oberndorfer Wohnungsbau GmbH

Bauträgertätigkeiten gab es in 2019 keine und sind für 2020 auch nicht geplant.

Die Gesellschaft war in 2019 überwiegend im Bereich der Vermietung und der Modernisierungen sowie der Instandhaltungen des Gebäudebestands tätig.

Im Vermietungsbestand der Gesellschaft befanden sich zum 31.12.2019 insgesamt 191 Wohnungen, 8 Gewerbeeinheiten und 105 Garagen. Im Verlauf des Jahres 2019 waren 16 Mieterwechsel zu verzeichnen.

In 2019 wurde mit dem Hörnleweg 8 ein weiteres Objekt grundlegend saniert. Wie bereits bei den Objekten Hörnleweg 2, 6 und 10 in den Jahren zuvor, wurde auch hier wieder die komplette Fassade, die Fenster und das Dach erneuert und die Nachtstromspeicherheizungen durch eine moderne Zentralheizung, welche an der Heizzentrale im Hörnleweg 2 angeschlossen ist, ersetzt. Das Gebäude wurde dadurch auf die Anforderungen eines KfW-Effizienzhauses 85 gebracht und somit in einen zeitgemäßen Stand gesetzt.

Die Maßnahme wurde zum 31.12.2019 abgeschlossen. Die Kosten der Maßnahme in Höhe von 533.948 Euro wurden im Anlagevermögen aktiviert und sind somit erfolgsneutral. Die Sanierungsmaßnahme wird durch ein zinsgünstiges KfW-Darlehen finanziert.

Weitere Instandhaltungen im Bestand waren im Hinblick auf das Betriebsergebnis nur im Rahmen der notwendigen Reparaturen möglich.

Im Rahmen der Verwaltung für Dritte betreut die Gesellschaft 26 Eigentümergemeinschaften mit 454 Wohnungen, 32 Gewerbeeinheiten und 370 Garagen nach dem WEG. Hier wurden die vertrags- und gesetzmäßigen Vorgaben für die Eigentümer umgesetzt. Weiterhin wird für die Stadt Oberndorf a. N. die Mietverwaltung von 23 Gebäuden mit 30 Mietwohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 29 Garagen durchgeführt.

Ertragslage

Die gesamten Umsatzerlöse in 2019 betragen 1.234.711 Euro. Es wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 55.076 Euro ausgewiesen. Der Wirtschaftsplan für 2019 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 101.872 Euro. Die Abweichung resultiert hauptsächlich durch Erträge aus Anlagenverkäufen mit 34.919 Euro.

Die Erlöse im Bereich der Hausbewirtschaftung haben sich in 2019 gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht und betragen 1.083.534 Euro. Die Abweichung betrifft überwiegend höhere Mieten der in den Vorjahren sanierten Gebäude Hörnleweg 6 und 10. Die Erlösschmälerungen haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Die Erlöse aus den Verwaltungen liegen bei 108.768 Euro, und haben somit einen Anteil von 8,8 % des Gesamtumsatzes.

Die Instandhaltungsaufwendungen für den gesellschaftseigenen Bestand betragen 270.019 Euro (Vorjahr 317.170 Euro) und somit 18,11 Euro/m² (Vorjahr 21,62 Euro/m²).

Die Abschreibungen auf Forderungen liegen in 2019 bei 12.768 Euro und betragen somit 1,18 Prozent der Umsatzerlöse. Die Wertberichtigungen verringerten sich um 8.540 Euro auf 2.961 Euro.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital hat sich durch eine Einzahlung der Hauptgesellschafterin in die Kapitalrücklage mit 100.000 Euro und den Jahresfehlbetrag in Höhe von 55.076 Euro auf 2.707.311 Euro erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 37,4 %. Der Verschuldungsgrad (Verhältnis Fremdkapital zum Eigenkapital) beträgt 167,4 %.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen für 2020 in Höhe von 570.000 Euro ist durch die Aufnahme eines zinsgünstigen KfW-Darlehens in gleicher Höhe gesichert.

Liquidität

Kapitalflussrechnung 2019	T€
Jahresfehlbetrag	-55,1
Abschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	242,8
Aktivierete Eigenleistungen	-18,9
Abschreibung auf Forderungen	12,8
Zunahme der kurzfristigen Rückstellungen	-14,8
Gewinn aus Anlageabgängen	-34,9
Zunahme kurzfristige Aktiva	-41,7
Zunahme kurzfristige Passiva	73,9
Zinsaufwendungen / Zinserträge	43,1
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	207,6
Einzahlungen aus Abgänge von Anlagevermögen	61,6
Auszahlungen Investitionen im Anlagevermögen	-572,1
Einzahlung Zuschuss	36,4
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-474,1
Neuaufnahme Kredite	747,1
Planmäßige Tilgungen	-299,9
Gezahlte Zinsen	-43,1
Einzahlung Kapitalerhöhung	100,0
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	504,1
Finanzmittelbestand am Jahresanfang	168,8
Finanzmittelbestand am Jahresende	406,4

Der planmäßige Kapitaldienst konnte im Berichtsjahr nicht vollständig durch den Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit finanziert werden. Der Ausgleich erfolgte im Wesentlichen durch den Verkauf eines Grundstücks. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte eine Einzahlung der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage in Höhe von 100.000 Euro. Ab 2021 werden geringere Instandhaltungsaufwendungen und ausgeglichene Jahresergebnisse erwartet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2019 um 446.291 Euro auf 7.236.513 Euro erhöht. Die Anlagenintensität des Unternehmens beträgt 87,9 %.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 878.307 Euro umfasst im Besonderen unfertige Leistungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel.

Die Zunahme von rund 266.181 Euro liegt maßgeblich in den flüssigen Mitteln.

Das Eigenkapital hat sich durch die Erhöhung der Kapitalrücklage in Höhe von 100.000 Euro und den Jahresfehlbetrag in Höhe von 55.076 Euro gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 2.707.311 Euro erhöht.

Das Fremdkapital besteht im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern. Dem Zugang in Höhe von 747.130 Euro für die Finanzierung der Sanierungen Hörnleweg 8 + 10 stehen Nettotilgungen in Höhe von 299.877 Euro sowie ein Tilgungszuschuss in Höhe von 105.000 Euro gegenüber.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Eigenkapitalquote	37,4 %	(Vorjahr 39,2 %)
Eigenkapitalrentabilität	-2,0 %	(Vorjahr 1,28 %)
Gesamtkapitalrentabilität	-0,2 %	(Vorjahr 1,15 %)
Anlagenintensität	87,9 %	(Vorjahr 91,0 %)
Durchschnittliche Sollmiete pro m ²	4,82 Euro	(Vorjahr 4,76 Euro)
Anteil der Erlösschmälerungen	5,5 %	(Vorjahr 6,2 %)
Cash-Flow nach DVFA/SG	181,7 tsd Euro	(Vorjahr 265,3)
Mieter-Fluktuation	8,3 %	(Vorjahr 12,6 %)
Leerstandsquote	4,2 %	(Vorjahr 8,0%)

Prognose , Risiko und Chancen

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit März 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben geführt. Von einer Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist daher auszugehen. Die Geschwindigkeit der Entwicklung macht es schwierig, die Auswirkung zuverlässig einzuschätzen. es ist jedoch mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf des Unternehmens zu rechnen. Zu nennen sind Risiken aus Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen. Darüber hinaus ist mit einem Anstieg der Mietausfälle zu rechnen.

Die Risiken des Unternehmens liegen vor allem in den Leerständen, dem Risiko von Mietausfällen und in notwendigen Instandhaltungen für die nachhaltige Vermietbarkeit der Wohnungen. In 2016 wurde deshalb mit umfassenden Modernisierungsmaßnahmen bei insgesamt 5 Miethäusern mit zusammen 36 Wohnungen begonnen. Bei 4 Häusern wurden die Maßnahmen bereits durchgeführt, ein weiteres Haus folgt in 2020. Die Dächer, Fassaden, Fenster und Heizungen werden komplett erneuert und auf einen zeitgemäßen energetischen Stand gebracht. Hierdurch wird die künftige Vermietung zu besseren Konditionen sichergestellt. Die Maßnahme wird mit zinsgünstigen Modernisierungsdarlehen finanziert. Der geplante Neubau mit 9 Mietwohnungen in der Lembergstraße wird nicht mehr realisiert. Das Grundstück samt Planung wird in 2020 verkauft.

In 2020 werden Mieterhöhungen im gesamten Bestand durchgeführt. Die jährliche Mieteinnahmen steigen dadurch um rund 70.000 Euro.

Um die Handlungsfähigkeit des Unternehmens zu stärken und die geplanten Maßnahmen durchführen zu können, hat die der Stadt Oberndorf a. N. beschlossen, in 2020 weitere 100.000 Euro als Kapitalzuführung zu leisten.

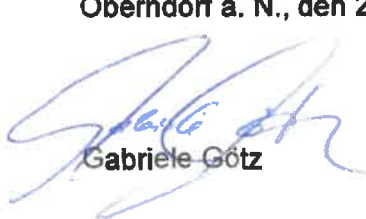
Einzelne Risikomanagementziele und -faktoren sind für das Unternehmen formuliert und werden fortlaufend überwacht. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht vorhanden.

Als wesentliche Finanzinstrumente sind die in der Bilanz erfassten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute zu nennen. Durch Streuung der Zinsbindungsfristen ist das Zinsänderungsrisiko überschaubar. Derivate Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

In den nächsten Jahren rechnen wir durch Tilgung der bestehenden Darlehen und Neuaufnahme von Darlehen für die Modernisierungen mit gleichbleibenden Zinsaufwendungen. Zusammen mit den erhöhten Mieteinnahmen durch die Modernisierungsmaßnahmen bietet dies dem Unternehmen die Chance, die Instandhaltungsaufwendungen für den Wohnungsbestand zu erhöhen, um damit auch eventuellen Vermietungsrisiken entgegenzuwirken.

Für das Jahr 2020 wurde ein Wirtschaftsplan mit leicht reduzierten Instandhaltungsmaßnahmen erstellt, wodurch sich ein Jahresüberschuss in Höhe von rund 63.000 Euro ergeben wird.

Oberndorf a. N., den 22.06.2020



Gabriele Götz



Lóthar Kopf

B) Beteiligungen mit 25 vom Hundert und weniger:

1. SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH

Gründung:

15.06.2011 mit Änderung vom 04.07.2011

Eintragung:

am 13.07.2011 in das Handelsregister B des Amtsgerichts Stuttgart unter der Nummer HRB 735729

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Unterhaltung des ehemals Städtischen Krankenhauses Oberndorf a. N. im Rahmen des Versorgungsauftrags der Stadt Oberndorf a. N. und nach Maßgabe der jeweiligen Ausweisung im Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg, insbesondere voll-, teil-, vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen sowie ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen. Hinzu kommt der Betrieb von Einrichtungen der Aus- und Fortbildung.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **25.000,00 Euro** am Stammkapital von **100.000,00 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **25 %**. Die SRH Kliniken GmbH, Heidelberg sind mit 75.000 Euro am Stammkapital beteiligt. Dies entspricht einem Anteil von 75 % beteiligt.

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführer:

Harald Glatthaar (bis 31.03.2019)
Jochen Glöckner (ab 01.04.2019)

b) Gesellschafterversammlung:

SRH Kliniken GmbH Heidelberg
Stadt Oberndorf am Neckar

Beteiligungen des Unternehmens:

keine

SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH, Oberndorf am Neckar

Bilanz zum 31. Dezember 2019

AKTIVSEITE

	31.12.2019		31.12.2018	
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	46.911,00		46.089,00	
2. Geleistete Anzahlungen	<u>600,71</u>		<u>0,00</u>	
		47.511,71		46.089,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.522.503,61		24.311.862,61	
2. Technische Anlagen und Maschinen	78.842,00		99.291,00	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.130.385,81		1.133.144,81	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>82.592,74</u>		<u>0,00</u>	
		24.814.324,16		25.544.298,42
		<u>24.861.835,87</u>		<u>25.590.387,42</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	430.769,68		404.884,44	
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	<u>78.512,73</u>		<u>101.097,75</u>	
		509.282,41		505.982,19
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.190.368,50		2.016.939,04	
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach der BPfIV/KHEntgG € 160.621,98	160.621,98		231.064,02	(229.783,42)
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon gegen Gesellschafter € 0,00	942.668,88		1.251.553,74	(100.000,00)
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>11.362,75</u>		<u>8.602,34</u>	
		4.305.022,11		3.508.159,14
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		5.743,96		91.655,09
		<u>4.820.048,48</u>		<u>4.105.796,42</u>
C. Ausgleichsposten nach dem KHG				
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung			1,00	1,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten		52.332,78		82.388,74
		<u>29.734.218,13</u>		<u>29.778.573,58</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	6.010.612,71	6.010.612,71
III. Gewinnrücklagen		
1. Andere Gewinnrücklagen	2.361.000,00	2.289.000,00
IV. Gewinnvortrag	583,20	310,11
V. Jahresüberschuss	995,56	72.273,09
	<u>8.473.191,47</u>	<u>8.472.195,91</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	8.196.635,00	8.402.434,00
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	241,00	51.591,00
	<u>8.196.876,00</u>	<u>8.454.025,00</u>
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	1.165.831,41	964.588,49
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.752.086,80	7.542.808,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 540.721,20		(540.721,20)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	260,00	150,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 260,00		(150,00)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	616.069,67	652.685,80
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 616.069,67		(652.685,80)
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	321.072,71	452.736,17
davon nach der BPfIV/KHEntgG € 195.882,53		(284.619,03)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 321.072,71		(452.736,17)
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.831.134,39	2.827.707,36
davon gegenüber Gesellschafter € 599.841,67		(2.760.000,00)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 691.134,39		(187.707,36)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	377.695,68	387.224,85
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 377.695,68		(387.224,85)
davon aus Steuern € 158.105,60		(158.204,00)
	<u>11.898.319,25</u>	<u>11.863.312,18</u>
E. Ausgleichsposten nach dem KHG		
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0,00	24.452,00
	<u>29.734.218,13</u>	<u>29.778.573,58</u>

SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH, Oberndorf am Neckar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

	2019	2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	23.424.393,04	21.927.376,64
2. Erhöhung oder Verminderung (–) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	– 22.882,83	– 35.949,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	113.013,63	68.387,96
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.926.756,59	2.826.310,16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>4.684.808,30</u>	<u>3.599.371,89</u>
	7.611.564,89	6.425.682,05
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	10.073.951,09	9.941.575,10
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 815.267,64	2.601.314,21	2.514.971,62 <u>(800.345,48)</u>
	12.675.265,30	12.456.546,72
6. Erträge aus der Abwicklung von Fördermitteln	955.000,08	954.688,39
7. Aufwendungen aus der Abwicklung von Fördermitteln	310.448,48	277.833,16
8. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.187.851,08	1.222.497,46
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.388.602,93	2.146.574,62
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	158,36	393,78
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	294.281,87	313.140,50
davon an verbundene Unternehmen € 37.470,01		(38.722,56)
12. Ergebnis nach Steuern	1.667,73	72.623,26
13. Sonstige Steuern	<u>672,17</u>	<u>350,17</u>
14. Jahresüberschuss	<u>995,56</u>	<u>72.273,09</u>

SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. GmbH, Oberndorf am Neckar

Anlage zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens 2019

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem folgenden Anlagespiegel ersichtlich:

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Stand am 1.1.2019	Zugänge lfd. Jahr	Umbu- chungen	Abgänge	Stand am 31.12.2019
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	420.345,60	39.614,37	0,00	0,00	459.959,97
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	600,71	0,00	0,00	600,71
	420.345,60	40.215,08	0,00	0,00	460.560,68
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	34.410.368,42	0,00	0,00	94.452,48	34.315.915,94
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.367.732,97	0,00	0,00	0,00	1.367.732,97
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.803.298,74	339.644,71	0,00	148.907,68	6.994.035,77
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	82.592,74	0,00	0,00	82.592,74
	42.581.400,13	422.237,45	0,00	243.360,16	42.760.277,42
	43.001.745,73	462.452,53	0,00	243.360,16	43.220.838,10

Entwicklungen der Abschreibungen					Restbuchwerte	
Gesamte Abschreibungen Stand am 1.1.2019 €	Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Umbuchungen €	Entnahme für Abgänge €	Gesamte Abschreibungen Stand am 31.12.2019 €	(Stand 31.12.2019) €	(Stand 31.12.2018) €
7	8	9	10	11	12	13
374.256,60	38.792,37	0,00	0,00	413.048,97	46.911,00	46.089,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	600,71	0,00
374.256,60	38.792,37	0,00	0,00	413.048,97	47.511,71	46.089,00
10.098.505,81	789.359,00	0,00	94.452,48	10.793.412,33	23.522.503,61	24.311.862,61
1.268.441,97	20.449,00	0,00	0,00	1.288.890,97	78.842,00	99.291,00
5.670.153,93	339.250,71	0,00	145.754,68	5.863.649,96	1.130.385,81	1.133.144,81
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	82.592,74	0,00
17.037.101,71	1.149.058,71	0,00	240.207,16	17.945.953,26	24.814.324,16	25.544.298,42
17.411.358,31	1.187.851,08	0,00	240.207,16	18.359.002,23	24.861.835,87	25.590.387,42

LAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell

SRH ERÖFFNET PERSPEKTIVEN

Die SRH ist ein privater Anbieter von Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen. Ihr Ziel ist es, die Lebensqualität und die Lebenschancen ihrer Kunden zu verbessern. Dazu betreibt sie private Hochschulen, Bildungszentren, Schulen und Krankenhäuser. Die SRH ist weltanschaulich neutral, aber gemeinsamen Werten verpflichtet, auf deren Grundlage sie das Bildungs- und Gesundheitswesen mit ihren Angeboten aktiv mitgestaltet.

Als gemeinnütziges Unternehmen verbindet die SRH unternehmerisches Handeln mit sozialer Verantwortung. Als Stiftung ist sie von Kapitalinteressen unabhängig und wirtschaftet nachhaltig, um das Stiftungsvermögen zu erhalten und zu mehren.

SRH Kliniken GmbH

Die SRH Kliniken GmbH repräsentiert die Sparte Gesundheit innerhalb der SRH. Der Unternehmenszweck der SRH Kliniken GmbH ist die Erbringung von Dienstleistungen im Gesundheitswesen, insbesondere der Prävention, der ambulanten und stationären Krankenversorgung, der medizinischen Rehabilitation und Pflege sowie der Forschung, Lehre, Entwicklung und Beratung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens.

- Die Kompetenzschwerpunkte der SRH Kliniken liegen in den Bereichen der Kardiologie und Gefäßmedizin, Neurologie und Psychiatrie, Onkologie sowie Orthopädie und Unfallchirurgie. Durch gezielte Investitionen in die medizinischen Schwerpunkte können sich die SRH Kliniken an den verschiedenen Krankenhausstandorten profilieren und mit herausragender Medizin und Qualität überzeugen.

Die SRH Kliniken GmbH ist verantwortlich für die strategische Unternehmensentwicklung des Konzernbereichs Gesundheit. Sie betreut und koordiniert einrichtungsübergreifende Fragestellungen und Projekte und bietet den Gesellschaften durch verschiedene Zentralfunktionen fachliche und organisatorische Unterstützung.

Als mittelständisches Krankenhausunternehmen ist sie Träger von 10 Akutkliniken und 6 Rehabilitationskliniken in Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen-Anhalt mit über 4.100 Betten und rund 8.000 Beschäftigten.

SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. GmbH

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen im Gesundheitswesen, insbesondere in der stationären und ambulanten Krankenversorgung sowie der Kurzzeitpflege. Die Gesellschaft verwirklicht damit auch die Ziele der SRH Holding und der SRH Kliniken GmbH.

Das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. ist eine Akutklinik der Grund- und Regelversorgung und verfügt über 120 Planbetten, die auf die Fachabteilungen Innere Medizin mit 70 Betten und die Chirurgie/Unfallchirurgie mit 50 Betten aufgeteilt sind. In Gebiet der Orthopädie wird eine umfangreiche Kooperation mit der Orthoklinik Rottweil/Schramberg und dem Orthozentrum Sulz/Oberndorf praktiziert, die auch ein integriertes Versorgungsmodell einschließt. Seit Januar 2018 werden zusätzlich Leistungen in der stationären Handchirurgie in Kooperation mit einem externen Facharzt angeboten. Zudem werden ambulante bzw. stationärsersetzende Eingriffe in den Bereichen Augen und Chirurgie durchgeführt. Die Abteilung für Physikalische Therapie ist ein wichtiger Bestandteil des Behandlungsprozesses.

In der Kurzzeitpflege stehen 18 Betten für Gäste zur Verfügung.

Die Schule für Gesundheits- und Pflegeberufe mit 40 Plätzen hat einen großen Stellenwert für die Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften.

Oberndorf a.N. verfügt über einen eigenen Notarztstandort mit jährlich rd. 800 Einsätzen.

Eine Generalsanierung mit Investitionen von insgesamt 26,85 Mio. € wurde Mitte 2015 abgeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Anzahl der Krankenhäuser in Deutschland ist seit Jahren rückläufig (Stand 2017: 1.942 Krankenhäuser). Darüber hinaus ist bereits seit längerer Zeit ein Privatisierungstrend der Krankenhauslandschaft zu beobachten. In Zuge dessen ist der Anteil öffentlicher Krankenhäuser im Zeitablauf kontinuierlich gesunken, während sich der Anteil von Krankenhäusern unter privatwirtschaftlicher Trägerschaft im Zeitraum von 1992 bis 2017 mehr als verdoppelt hat. Trotz des starken Zuwachses privater Betten stellen öffentliche Einrichtungen im Jahr 2017 mit 48 % nach wie vor den größten Bettenanteil. Neben einer bereits im dritten Folgejahr nahezu konstanten Verweildauer (Stand 2017: 7,3 Tage) meldete das Statistische Bundesamt zudem erstmals eine leicht rückläufige absolute Fallzahl der stationären Krankenhausbehandlung für das Berichtsjahr 2017. Nichtsdestotrotz ist, bedingt durch den demografischen Wandel, von einem fortlaufend steigenden Pflegeaufwand auszugehen. Die Ursache hierfür liegt im zunehmenden Anteil von hochbetagten sowie gleichermaßen multimorbiden Patienten. Daneben führt der bereits jetzt insbesondere im pflegerischen Bereich bestehende Fachkräftemangel dazu, dass die Schere zwischen Pflegebedarf und -verfügbarkeit im Krankenhausbereich stetig wächst.

Infolge dieser Entwicklungen wird die Rekrutierung und Bindung von pflegerischem und ärztlichem Personal zukünftig eine der zentralen Herausforderungen für Krankenhäuser sein. Insbesondere vor diesem Hintergrund gewinnen attraktive Arbeitsbedingungen und innovative Personalkonzepte im Wettbewerb zunehmend an Bedeutung. Bekanntermaßen ist die Absicherung einer qualitativ hochwertigen Patientenversorgung nur dann möglich, wenn ausreichend medizinisch-qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Angesichts dessen hat auch der Gesetzgeber im Jahr 2019 einige Neuerungen bzw. Änderungen hervorgebracht. So wurde die im Zuge des „Personalstärkungsgesetzes“ (PpSG) in Kraft getretene „Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung“ (PpUGV) überarbeitet und trat in der Neufassung am 01. November 2019 in Kraft. Dabei wurden die Personaluntergrenzen der vier bereits bestehenden pflegesensitiven Bereiche verbindlich zum 01. Januar 2020 um die Fachabteilungen der Herzchirurgie, Neurologie, Stroke-Units sowie die Neurologische Frührehabilitation ergänzt. Die erweiterten Personaluntergrenzen gelten seit dem 01. Januar 2020 und können bei Unterschreitung Vergütungsabschläge für die Krankenhäuser nach sich ziehen. Darüber hinaus wurde mit der Neufassung der PpUGV der sogenannte „Ganzhausansatz“ unter Heranziehung eines Pflegepersonalquotienten (§ 137 j SGB V) integriert. Im Zuge dessen wird das eingesetzte Pflegepersonal im gesamten Krankenhaus in Relation zum Pflegeaufwand gesetzt. Dieser Ansatz wurde bereits zu Beginn des Jahres 2019 durch die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) sowie durch den Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands (VKD) präferiert.

Eine weitere, zentrale Komponente des am 01. Januar 2019 in Kraft getretenen PpSG besteht in der Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus der Finanzierung im Rahmen des DRG-Systems. Demnach werden Pflegepersonalkosten über ein krankenhausespezifisches Pflegebudget nach dem Prinzip des Selbstkostendeckungsprinzips finanziert. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2019 erstmalig der Pflegeerlöskatalog mit den dazugehörigen Abrechnungsbestimmungen für das Jahr 2020 verhandelt. Daneben wird die Ausbildungsvergütung von Auszubildenden im Bereich der Kinderkrankenpflege, Krankenpflege sowie der Krankenpflegehilfe ab 2019 im ersten Ausbildungsjahr vollständig durch die Kostenträger refinanziert. Überdies trägt das PpSG zur Unterstützung der Krankenhäuser hinsichtlich der

Betrieblichen Gesundheitsförderung bei und leistet somit einen nachhaltigen Beitrag zur langfristigen Attraktivitätssteigerung der Krankenhäuser als Arbeitgeber. Zudem wird der generationenübergreifend als relevant erachtete Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die finanzielle Unterstützung zielgerichteter Maßnahmen zur Förderung der Familienfreundlichkeit durch die Gesetzgebung gestärkt. Mit dem Gesetz soll ein deutliches Signal zur Unterstützung von Pflegekräften im Berufsalltag gesendet werden. Nichtsdestotrotz wurde in der Vergangenheit bereits Kritik, u.a. an den Regelungen der Personaluntergrenzen im Intensivbereich, deutlich.

Doch nicht nur die Förderung des Pflegepersonals stand 2019 im Fokus der Betrachtungen. Mit dem am 07. November 2019 durch den Bundestag beschlossenen „Digitale-Versorgung-Gesetz“ (DVG) soll die Grundlage für eine bessere Versorgung der Patienten im Rahmen der Digitalisierung geschaffen werden. Neben der Verschreibung von Gesundheitsapps, der Möglichkeit von Videosprechstunden sowie dem Einsatz von e-Rezepten soll auf Grundlage des Gesetzes die Basis für ein digitales, allen Patienten zugängliches Gesundheitsnetzwerk geschaffen werden. Maßgeblicher Treiber dieser Entwicklung ist der flächendeckend gewünschte Einsatz der elektronischen Patientenakte (ePA) durch Patienten. In diesem Zusammenhang werden Krankenhäuser gesetzlich dazu verpflichtet, sich bis zum 01. Januar 2021 an die Telematik-Infrastruktur (TI) anzubinden. Weiterführende Regelungen zur ePA sollen allerdings nicht im Kontext des DVG abgedeckt werden. Zur vollumfänglichen Absicherung der sensiblen Gesundheitsdaten wurde bereits 2019 der Impuls für weitere gesetzliche Regelungen gegeben, welche die gesetzlichen Grundlagen der nahezu 15 Jahre alten Regelungen zur Patientenakte auf eine digitale Nutzung anpassen sollen.

2. Geschäftsverlauf

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Fallzahl nach DRG-Definition (mit Überlieger) betrug im Geschäftsjahr 2019 6.165 (VJ: 6.168) wobei die stationären Leistungen im orthopädischen Bereich wiederum zugenommen haben.

Im Berichtsjahr wurden 5.453 Case-Mix-Punkte (CMP) erreicht (inkl. Überlieger). Dies bedeutet eine Steigerung zum Vorjahr (5.401 CMP) um + 1 %. Gegenüber der Planung 2019 (5.456 CMP) ergibt sich ein Rückgang von 3 CMP (- 0,1 %). Vereinbart waren mit den Kostenträgern 5.380 CMP in 2019. Der Case-Mix-Index (CMI) erhöhte sich auf 0,884 (VJ: 0,876).

In der Kurzzeitpflegeeinheit konnten insgesamt 5.652 Pflēgetage (VJ: 5.965) mit Gesamterlösen von TEUR 630 (VJ: TEUR 631) erreicht werden. Dies entspricht durchschnittlich rd. 15,5 Gästen pro Tag (VJ: 16,3 Gäste).

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,8 % von TEUR 21.927 auf TEUR 23.424. Dabei sind die entsprechenden gesetzlichen Ausgleichsmechanismen sowie der Anstieg des Landesbasisfallwertes berücksichtigt. Die Mehr- oder Mindererlösausgleiche aus den Vorjahren wurden im Abschluss entsprechend dem aktuellen Stand bereinigt. In 2019 wurde die Buchung eines Mehrerlösausgleiches in Höhe von TEUR 145 erforderlich.

Die positive Umsatzentwicklung beruht im Wesentlichen auf einer weiteren Steigerung der stationären Leistungen verbunden mit Verbesserungen beim durchschnittlichen Schweregrad der Fälle sowie einer wesentlichen Steigerung der Zuschläge nach dem KHEntgG. Das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. erzielte im Geschäftsjahr 2019 eine Umsatzrendite von + 1,3 % (VJ: + 1,8 %) unter Zugrundelegung des Betriebsergebnisses im Verhältnis zu den Umsatzerlösen.

Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von TEUR 462 durchgeführt. Schwerpunkte waren hierbei: Intensiv-Überwachungsmonitore, EKG-Gerät, neuwertige OP-Tische, Dampfsterilisationsgerät, Entwicklungsmaschine für den Bereich Radiologie sowie Krankenbetten. Des Weiteren waren Investitionen für eine digitale Schließanlage erforderlich. (unter Anlagen im Bau, da noch nicht betriebsbereit, ausgewiesen).

Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der Investitionen im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 462 erfolgte aus Pauschalfördermitteln des Landes nach § 15 LKHG in Höhe von TEUR 326, einen Aufstockungsbetrag für Digitalisierung des Landes in Höhe von TEUR 30 sowie aus Eigenmitteln in Höhe von TEUR 106.

Personal- und Sozialbereich

Zum 31.12.2019 waren in der Gesellschaft 280 Mitarbeiter (einschl. 36 Auszubildenden) beschäftigt (VJ: 296). Die Zahl der Vollkräfte verminderte sich im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um - 3,5 % von 179,4 auf 173,2.

Die Personalkosten betragen im Geschäftsjahr TEUR 12.676 (VJ: TEUR 12.458), was einen Anstieg um 1,8 % darstellt.

Das Geschäftsjahr war geprägt von einem Fachkräftemangel im ärztlichen Dienst sowie im Bereich der Pflege. Zur Versorgung der Patienten und Erbringung der Leistungen im stationären Bereich musste auf externe Kräfte in Arbeitnehmerüberlassung zurückgegriffen werden. Die Aufwendungen in 2019 beliefen sich hierfür auf insgesamt rd. 2,2 Mio. €, was deutlich über dem Planansatz (0,5 Mio. €) lag und was entsprechend stark das Jahresergebnis belastete. Die Planunterschreitung bei den Kosten für das eigene Personal von insgesamt TEUR 628 konnten die höheren Ausgaben für externe Kräfte dabei nur teilweise kompensieren. Aufgrund der angespannten Personallage bei Fachkräften bei gleichzeitigem Anstieg der Leistungen, erhöhten sich dabei die Rückstellungen bei Urlaub und den Zeitkonten um rd. 98 T€ gegenüber dem Vorjahr.

- Die Umsatzproduktivität je VK stieg dabei auf TEUR 135,5 (VJ: TEUR 122) an. Dieser Zuwachs ist jedoch teilweise bedingt durch den Einsatz der erwähnten externen Kräfte; ohne die Sondereffekte beträgt der Wert rechnerisch TEUR 124,5.

Über die SRH-Dienstleistungsgesellschaft sind 32 Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt = 24,7 VK) angestellt. Des Weiteren waren im Berichtsjahr 6 Marienschwestern (= 1,6 VK) in der Gesellschaft tätig sowie durchschnittlich 7,3 VK ANÜ-Kräfte. Diese Aufwendungen sind im Sachaufwand enthalten.

Insgesamt arbeiten also rd. 209 VK im Jahresdurchschnitt im SRH Krankenhaus Oberndorf. Die durchschnittlich 36 Auszubildenden in der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege sind dabei mit 1 zu 9,5 angerechnet (= 4,2 VK).

Auch im Jahr 2020 wird es weiterhin schwierig bleiben qualifiziertes Personal im Pflegedienst und auf Assistenzarzzebene zu gewinnen. In einem angespannten Marktumfeld werden hierfür zeitliche und finanzielle Ressourcen aufzuwenden sein. Der wachsende Bedarf im Bereich der Pflege wird dabei voraussichtlich erst mit dem nächsten Abschlussjahrgang im Herbst gedeckt werden können. Ebenfalls ist nicht mit einer schnelle Entspannung in der Inneren Medizin zu rechnen.

Tarifvertrag für Ärztliches und Nicht-Ärztliches Personal

Um die Arbeitgeberattraktivität zu steigern und qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen wurden im Frühjahr 2019 mit den Gewerkschaften ver.di und Marburger Bund neue Haustarifverträge geeint.

Betriebliche Altersversorgung

Die betriebliche Altersversorgung erfolgt über die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg. Zum Stichtag 31.12.2019 waren alle Mitarbeiter bei der ZVK angemeldet.

Aus- und Fortbildung

Im Jahr 2019 wurden für die Finanzierung der Weiterbildung der Mitarbeiter insgesamt TEUR 75 (VJ: TEUR 60) aufgewendet. Zum 31.12.2019 befanden sich 36 Gesundheits- und Krankenpflegeschüler in Ausbildung.

Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im April wurde das erste Überwachungsaudit, das auf die erstmalige Zertifizierung nach DIN ISO 9001/2015 im Jahr 2018 erfolgte, erfolgreich abgeschlossen.

Seit Mitte 2012 betreiben die niedergelassenen Ärzte von Oberndorf, Sulz und Schramberg eine ambulante KV-Notfallpraxis an Wochenenden und Feiertagen in den Räumlichkeiten des Krankenhauses, was sich auch in 2019 positiv auf die stationäre Fallzahlenentwicklung auswirkte.

Das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. ist Mitglied bei der Initiative Qualitätsmedizin (IQM). Des Weiteren wurden im Berichtsjahr verschiedene Projekte im Bereich der Patientensicherheit zusammen mit der SRH Kliniken GmbH durchgeführt (u.a. Ausbau des Hygienemanagements, Einführung Sicherheitschecklisten).

Die Kooperation mit der Orthoklinik und dem Orthozentrum Sulz/Oberndorf sowie dem Universitätsklinikum Tübingen (insb. Teleradiologie) wurden im Berichtsjahr weiter ausgebaut wobei die Kooperationsverträge mit den Orthopäden angepasst wurden.

Die Kooperation mit dem SRH Klinikum Karlsbad-Langensteinbach im Bereich der Wirbelsäulenerkrankungen im Rahmen einer Sprechstunde wurde weitergeführt und soll zu einer intensiveren Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Zum April wurde die Position des Geschäftsführers neu besetzt, ebenso wurde nach jahrzehntelanger Kontinuität ein Wechsel in der Pflegedienstleitung altersbedingt erforderlich, welcher zum Oktober vonstatten ging.

• 3. Darstellung der Lage

Ertragslage

Bei Gesamterträgen von TEUR 24.470 (VJ: TEUR 22.915) und Gesamtaufwendungen von TEUR 24.469 (VJ: TEUR 22.843) ergibt sich ein Jahresüberschuss von TEUR 1 (VJ: TEUR 72); jeweils einschließlich Fördermittel- und Finanzergebnis sowie Steuern. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die nicht geförderten Abschreibungen in Höhe von TEUR 553 (VJ: TEUR 554) und Zinsaufwendungen mit TEUR 294 (VJ: TEUR 313) im Ergebnis enthalten sind.

Das Betriebsergebnis von TEUR 295 (VJ: TEUR 385), welches um TEUR 338 unter Plan liegt, ergibt sich aus betrieblichen Erträgen von TEUR 23.514 (VJ: TEUR 21.958) und betrieblichen Aufwendungen von TEUR 23.219 (VJ: TEUR 21.573), davon sind TEUR 12.675 (VJ: TEUR 12.456) Personalaufwendungen und TEUR 10.544 (VJ: TEUR 9.117) Sachaufwendungen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erreichten im Berichtsjahr ein Volumen von TEUR 20.213 (VJ: TEUR 18.805). Dies stellt eine Verbesserung von + 7,5 % dar. Die Steigerung der Erlöse beruht im Wesentlichen, bei einer gleichbleibenden stationären Leistungszahl, auf einer Erhöhung des Fallschweregrades und einer Steigerung der Zuschläge nach der KHEntgG. Zudem konnten die Erlöse aus der Kurzzeitpflege im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 630 stabil gehalten werden (VJ: TEUR 631).

Eine MDK-Rückstellung in Höhe von TEUR 184 (Vorjahr: TEUR 130) ist eingestellt.

Beim Ausbildungsfond und -budget Baden-Württemberg ergibt sich zum Jahresende 2019 eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von insgesamt TEUR 30, die entsprechend im Aufwand enthalten ist. Das gesamte Ausbildungsbudget beläuft sich auf TEUR 1.093.

Die Erhöhung der Sachaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus einer Steigerung der bezogenen Leistungen (+ TEUR 1.061 für fremd vergebene Dienste/Leasingkräfte; insb. externe Ärzte/Orthopäden).

Das Finanzergebnis beträgt TEUR - 294 (VJ: TEUR - 313). Der Rückgang resultiert aus der fortschreitenden Tilgung der Darlehen aus der Generalsanierung sowie einer Umschuldung.

Finanzlage

Der Bestand an liquiden Mitteln des SRH Krankenhauses Oberndorf belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 948 (VJ: TEUR 1.241). Für die Finanzierung des laufenden Geschäftes standen im Berichtszeitraum jederzeit ausreichend Mittel zur Verfügung. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR - 72 (VJ: TEUR 534).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des SRH Krankenhauses Oberndorf hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 29.779 um TEUR 45 auf TEUR 29.734 (- 0,2 %) verringert.

Im Zuge der umfangreichen Generalsanierung hat das Anlagevermögen einen Stand von TEUR 24.862 erreicht.

Die Anlagenintensität beträgt 83,6 % (VJ: 85,9 %).

Das Umlaufvermögen hat sich von TEUR 4.106 um TEUR 714 auf TEUR 4.820 erhöht. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um TEUR 1.173 auf TEUR 3.190 erhöht. Dagegen sanken die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht um TEUR 70 auf TEUR 161. Der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2019 ist um TEUR 293 auf TEUR 948 gesunken.

Der „Überliegerbestand“ (unfertige Leistungen) betrug zum 31.12.2019 TEUR 79 (VJ: TEUR 101).

Das Eigenkapital erhöhte sich von TEUR 8.472 um TEUR 1 auf TEUR 8.473.

- Nach Abschluss der Baumaßnahmen sanken die Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG von TEUR 8.402 um TEUR 206 auf TEUR 8.196.

Die gesamten Rückstellungen erhöhten sich von einem Anfangsbestand von TEUR 965 um TEUR 201 auf TEUR 1.166.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen TEUR 6.752. Hinzu kommen noch ein internes Darlehen beim SRH Waldklinikum Gera GmbH in Höhe von TEUR 3.200 und ein Betriebsmittelkredit bei den SRH Kliniken GmbH in Höhe von TEUR 600. Dieser wurde zwischenzeitlich zurückgezahlt.

Die Summe der noch nicht zweckentsprechend verwendeten § 15 LKHG-Pauschal-fördermittel beträgt zum Jahresende TEUR 125. Der Betrag steht für künftige Beschaffungen zur Verfügung.

Bei einem Jahresüberschuss von TEUR 1 (VJ: TEUR 72) beträgt die Eigenkapitalrendite rd. 0,01 % (VJ: 0,9 %) und die Gesamtkapitalrendite 1,0 % (VJ: 1,3 %).

Zusammenfassung

Insgesamt ist der Geschäftsverlauf für das SRH Krankenhaus Oberndorf trotz der Verschlechterung beim Betriebsergebnis zum Vorjahr um TEUR 90 auf TEUR 295 als erfolgreich zu bewerten.

Die Geschäftsführung ist mit der Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zins- und Abschreibungsaufwendungen aus der Generalsanierung, im abgelaufenen Geschäftsjahr zufrieden, wengleich die hohen Aufwendungen für externe Kräfte das Ergebnis deutlich belastet haben.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognose 2020

Die aktuelle Prognose für Jahr 2020 wird durch den Ausbruch der COVID-19-Infektionen (SARS-CoV-2) zu Beginn des Jahres 2020 in China und der weltweiten Verbreitung, u. a. in Europa und insbesondere in Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland deutlich erschwert.

Am 11. März 2020 hat die Weltgesundheitsbehörde (WHO) den Ausbruch der COVID-19-Infektionen zu einer Pandemie erklärt. Die Absage von Großveranstaltungen, allgemeine Reiseverbote und lokale Ausgangssperren haben zwangsläufig Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Risiken der Corona-Pandemie werden inzwischen auch an den Weltfinanzmärkten deutlich wahrgenommen. Die Kursverluste schaffen Unsicherheit und belasten zusätzlich die Konjunktur. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn haben am 11. März 2020 gemeinsam über die Corona-Pandemie in Deutschland informiert.

Inzwischen hat die Bundesregierung zahlreiche finanzielle Maßnahmen ergriffen, die Unternehmen in der Krise stützen sollen. Hierzu zählen die Flexibilisierung des Kurzarbeitergeldes, Schutz vor Insolvenzen, Hilfen für Unternehmen zum Schutz von Arbeitsplätzen in Höhe von 600 Mill. Euro für Garantien, Kredite und Beteiligungen sowie steuerliche Liquiditätshilfen in Form von Steuerstundungen und Senkung von Steuer-Vorauszahlungen.

Neben den Maßnahmen der Bundesregierung zur Sicherung der Liquidität hat der Vorstand des SRH Konzerns umfassende Maßnahmen beschlossen, um die Liquidität innerhalb des SRH Konzerns zu sichern. So wird die Liquidität innerhalb des Konzerns über den von der SRH Holding verwalteten Cashpool gesteuert und gebündelt. Hierdurch ist gewährleistet, dass die Liquidität konzernweit gesichert wird und zum Vorteil aller Gesellschaften zentral zur Verfügung steht. Zudem werden Investitionen bis auf Weiteres auf den für den Geschäftsbetrieb zwingend erforderlichen Teil beschränkt, um die Liquidität zu schonen.

- Zur Sicherstellung des Krankenhausbetriebs und den damit verbundenen finanziellen Konsequenzen hat die Bundesregierung mit dem Gesetz zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz) vom 27. März 2020 reagiert. Die wesentlichen finanziellen Maßnahmen sind die Festlegung von Ausgleichszahlungen von EUR 560 je Tag für die Verschiebung oder Aussetzung planbarer Aufnahmen, Operationen und Eingriffe, Gewährung einer einmaligen Pauschale von € 50.000 für jedes bis zum 30. September 2020 zusätzlich geschaffene oder vorgehaltene Bett mit maschineller Beatmungsmöglichkeit, Erhöhung des Pflegeentgeltwerts ab 1.4.2020 auf 185 Euro (statt 146,55 Euro), Verkürzung der Zahlungsfrist von Krankenhausrechnungen auf 5 Tage, Begrenzung der MDK-Prüfquote in 2020 auf 5% (bereits für das 1. Quartal 2020) und die Aussetzung der Sanktionen für MDK-Rechnungskorrekturen in 2020.

Soweit es momentan absehbar ist, werden sich hieraus negative Auswirkungen auf die oben dargestellten Prognosen ergeben, deren Höhe noch nicht beziffert werden können.

Ungeachtet der oben genannten Maßnahmen ist die Entwicklung der Ertragslage sowie die Entwicklung der Liquidität risikobehaftet. Weder die aktuelle Vermögenslage noch laufende Projekte bieten derzeit jedoch Hinweise auf bestandsgefährdende Risiken.

Inwieweit die Prognose, wie Sie ursprünglich vor Berücksichtigung der Corona Krise, erstellt worden sind, gehalten werden kann, ist aktuell nicht einschätzbar. Die Geschäftsführung des SRH Krankenhauses Oberndorf a.N. rechnet für das kommende Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von rd. TEUR 226 und einem Betriebsergebnis von rd. TEUR 479. Dabei sind die Auswirkungen der umfangreichen Generalsanierung mit einem Zins- und Abschreibungsaufwand (nicht geförderter Anteil) von zusammen ca. TEUR 810 besonders zu berücksichtigen.

Diese Prognose beruht auf der Annahme einer weiteren, moderaten Leistungsausweitung im stationären Bereich (einschl. der Kooperationen im Bereich der Orthopädie).

Für 2020 sind insgesamt 5.348 CMP (Plan 2019 = 5.457 CMP) eingeplant. Dabei sind nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung Abschläge durch den MDK realistisch berücksichtigt worden.

Es wird mit einer Steigerung der Umsatzerlöse um rd. 3,5 %, unter Berücksichtigung der Steigerung des Landesbasisfallwertes um 3 %, gerechnet.

Trotz der dargestellten finanziellen Auswirkungen durch die Generalsanierung ist auch künftig von einem positiven Jahresergebnis auszugehen.

2. Risikomanagement

Im SRH Konzern sind Ziele und Struktur, Elemente sowie Vorgehensweise des Risikomanagementsystems in einer Konzernrichtlinie geregelt. Verantwortlich für das Risikomanagement ist die Konzernrevision bzw. der Compliancebeauftragte.

Das Risikomanagementsystem der SRH setzt sich aus folgenden Teilsystemen zusammen:

Erfolgsplanung:

Die jährlich zu erstellende Erfolgsplanung umfasst den Zeitraum der folgenden zwei Jahre. In 2018 wurde monatlich revolvierend die Vorschau auf das Jahresende aktualisiert, was eine kontinuierliche Anpassung des Unternehmens an der Entwicklung des Marktes und der sich daraus ergebenden Chancen und Risiken ermöglicht.

Monatsbericht:

Monatlicher Plan-Ist-Vergleich pro Gesellschaft auf Basis von Leistungs-, Finanz- und Liquiditätskennzahlen.

- **Risikobericht:**

Das jährlich zweimal erfolgende Risiko-Reporting an den Gesellschafter beinhaltet die Elemente Risikoidentifikation, Risikobewertung und Risikosteuerung.

Risikoprofile:

Werden anhand von operativen und strategischen Risikomanagement-Abfragen erhoben.

Einzelanalysen:

Werden nach Notwendigkeit Ad-hoc für verschiedene Themen erstellt.

Konzernrichtlinien:

Handlungsvorschriften und Verhaltensrichtlinien zu einzelnen Managementbereichen. Die Konzernrichtlinien werden bei komplexen Themen durch Handbücher ergänzt, die Hintergrundinformationen und erläuternde Hinweise darüber geben, wie die Richtlinien wirksam umgesetzt werden können.

Interne Prüfungen:

Erfolgen in allen Betriebs- und Geschäftsbereichen durch die Konzernrevision.

Externe Prüfungen:

Erfolgen durch Wirtschaftsprüfer und spezielle Gutachter.

Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ist die Geschäftsführung der Unternehmen für die Einrichtung, Anwendung und den Nachweis des Risikomanagementsystems verantwortlich.

Das Risikomanagement ist in der SRH durch eine Konzernrichtlinie geregelt, nach der das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. GmbH gezielt zur Risikolage zu berichten hat.

Liquidität

Die Liquidität wird auf Monatsbasis geplant. Beim Auftreten gravierender Abweichungen im Rahmen des monatlichen Plan-Ist-Vergleichs wird der Liquiditätsplan für den Rest des Geschäftsjahres an die aktuelle Entwicklung angepasst. Grundsätzlich wird angestrebt, die Auszahlungen eines Monats in Form von Bankguthaben bzw. Guthaben im Cash Pool des SRH Konzerns vorzuhalten. Die Liquiditätsreichweite wird quartalsweise errechnet und Vorstand und Aufsichtsrat berichtet. Das Beteiligungscontrolling des SRH Konzerns überwacht darüber hinaus täglich anhand der Cash Pool-Guthaben und der zentralen Finanzanlagen die kurzfristig verfügbaren Finanzmittel der Tochtergesellschaften. Im Falle absehbarer Liquiditätsengpässe wird eine aktuelle kurzfristige Liquiditätsplanung (Zeithorizont 4-6 Wochen) erstellt sowie Gegenmaßnahmen zeitnah eingeleitet.

Die Liquidität zur Erfüllung der Unternehmenszwecke ist unter den dargestellten Rahmenbedingungen ausreichend.

Weitere Liquiditätsrisiken sind derzeit nicht vorhanden. Die Liquidität wird täglich überwacht.

3. Chancen und Risiken

Chancen

bestehen im Wesentlichen durch eine weitere Steigerung der Leistungszahlen, v.a. in der Chirurgie / Orthopädie durch bestehende und zusätzliche Leistungsanbieter bzw. durch strukturelle Anbindung von Zuweisern an das Krankenhaus. Darüber hinaus bestehen nicht unwesentliche Kostensenkungspotentiale, die durch interne Reorganisationsprojekte realisiert werden sollen. Zudem soll durch den angedachten Ausbau der Krankenpflegeschule die Personalsituation im Pflegebereich deutlich verbessert werden. Nach Abschluss der Generalsanierung im Jahre 2015 bietet das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. attraktive Rahmenbedingungen für die zeitgemäße Patientenbehandlung.

- Risiken

liegen vor allem in der Gewinnung von Fachkräften sowie den damit verbundenen hohen Aufwendungen für die Gewinnung von Personal bzw. für externe Kräfte in Arbeitnehmerüberlassung um kurz- / mittelfristig Engpässe zu kompensieren. Darüber hinaus besteht das grundsätzliche Problem eines kleinen Krankenhauses, hinsichtlich des Ausfalls von Führungskräften, die kurzfristig nicht adäquat vertreten / besetzt werden können. Ein generelles Risiko wird auch in den sich immer wieder ändernden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen gesehen, die regelhaft zu Lasten kleiner Krankenhäuser ausgerichtet sind.

Weder die aktuelle Vermögenslage noch laufende Projekte bieten Hinweise auf bestandsgefährdende Risiken.

Hinweise auf drohende Umweltschäden oder andere Haftungstatbestände sind nicht ersichtlich.

Zur Bewältigung der finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise werden gemeinsame Maßnahmen durch den SRH-Konzern und die Gesellschaft in die Wege geleitet.

Oberndorf a.N., den 03.04.2020

Jochen Glöckner
Geschäftsführer

2. Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH

Gründung:

13. Dezember 1996

Eintragung:

am 11. Juni 1997 in das Handelsregister Amtsgericht Stuttgart unter der Nummer HRB 480911.

Gegenstand des Unternehmens:

1. Die Gesellschaft ist diakonisch tätig. Die Diakonie als Lebens- und Wesensäußerung der christlichen Gemeinde ist Zeugnis von Gottes Liebe zur Welt in Jesus Christus. Sie bemüht sich um Wohl und Heil des Menschen. Sie nimmt sich besonders der Menschen in Not- und Konfliktsituationen an, gewährt ihnen Beratung und Hilfe und sucht die Ursachen von Notständen zu beheben.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe und des Wohlfahrtswesens, die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 AO sowie die Verfolgung kirchlicher Zwecke im Sinne des § 54 AO.
3. Der Zweck der Gesellschaft wird verwirklicht insbesondere durch das Errichten und Betreiben von ambulanten, Behandlungs-, Pflege-, Betreuungseinrichtungen zur häuslichen Pflege sowie zur Kranken- und Altenpflege. Die Gesellschaft unterhält eine ökumenische Hospizgruppe und bietet Essen auf Rädern an. Sie gewährt ganzheitliche Hilfe und betätigt sich in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe durch helfenden Beistand überall dort, wo Menschen ihrer Hilfe und Betreuung bedürfen.
4. Der Zweck der Gesellschaft kann gemäß § 58 Nr. 1 AO auch verwirklicht werden durch Mittelbeschaffung zur Förderung der in Ziffer 2 genannten Zwecke durch andere steuerbegünstigte Körperschaften oder durch Körperschaften des öffentlichen Rechts. Diese haben die ihnen zugewandten Mittel ausschließlich und unmittelbar für ihre steuerbegünstigten Zwecke zu verwenden.
5. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die zur Erreichung und Förderung des Zwecks beitragen.
6. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die dem Zweck der Gesellschaft dienen. Insbesondere kann die Gesellschaft gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und deren Vertretung und Geschäftsführung übernehmen, sowie Zweigniederlassungen errichten.

7. Die Gesellschaft ist Mitglied im Evangelischen Landesverband für Diakonie- und Sozialstationen in Württemberg e.V. und über diese Mitgliedschaft auch Mitglied im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V. und damit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zugeordnet. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Voraussetzung hierfür, insbesondere die in der Satzung des Diakonischen Werks geregelten Mitgliedspflichten zu erfüllen. Sie versteht ihren Beitrag als Lebens- und Willensäußerung der christlichen Kirchen.

Beteiligungsverhältnisse:

Zum 01.01.2019 wurde das Stammkapital der Sozialstation auf 51.400 Euro verdoppelt. Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **8.800,00 Euro** an der Stammeinlage beteiligt, dies entspricht einem Anteil von rund **17,1 %**.

Organe des Unternehmens:

- a) Geschäftsführer:

Herr Andreas Bronner

- b) Verwaltungsrat:

- Vorsitzender:

Herr Torsten Zühlsdorff bis 30.04.2019

(für evangelische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.)

Dr. Kathrin Sauer ab 01.05.2019

(für evangelische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.)

- Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Paul Fischer (für katholische Kirchengemeinden)

- Weitere Mitglieder:

Frau Beate Crivellin (für evangelische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.),

Herr Fritz Wurster (für evangelische Kirchengemeinden),

Herr Bürgermeister Herrmann Acker (für Kommunen)

- c) Gesellschafterversammlung:

Je 50 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme

Geschäftsanteile des Unternehmens:

Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG

500,00 Euro

Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N.

Bilanz zum 31. Dezember 2019

AKTIVSEITE

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	14.290,00	2.725,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	1.926.009,54	568.707,28
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	117.440,26
3. Technische Anlagen	45.808,00	0,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	87.986,00	90.120,64
5. Fahrzeuge	37.993,00	6.539,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	567.171,01
	<u>2.097.796,54</u>	<u>1.349.978,19</u>
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	500,00	500,00
	<u>2.112.586,54</u>	<u>1.353.203,19</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	230.776,65	236.745,51
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung	100,00	429,01
3. Forderungen aus öffentlicher Förderung	237.897,52	0,00
4. Forderungen aus nicht-öffentlicher Förderung	171.219,00	180.000,00
5. Sonstige Vermögensgegenstände	193.953,66	21.465,56
	<u>833.946,83</u>	<u>438.640,08</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	37.490,03	331.410,20
	<u>871.436,86</u>	<u>770.050,28</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	27.876,20	31.121,35

3.011.899,60 2.154.374,82

PASSIVSEITE

	31.12.2019		31.12.2018	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	51.400,00		25.700,00	
II. Gewinnrücklagen	631.357,99		572.647,29	
III. Bilanzgewinn	0,00		0,00	
		682.757,99		598.347,29
B. Stille Einlage/Einlagen stiller Gesellschafter		297.360,29		303.460,29
C. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	2.165,00		22.687,50	
2. Sonderposten aus nicht-öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	385.182,00		98.781,47	
		387.347,00		121.468,97
D. Rückstellungen		131.920,00		150.340,00
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	85.029,14		79.885,12	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 85.029,14			(79.885,12)	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	463.477,78		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 31.096,37			(0,00)	
3. Erhaltene Anzahlungen	0,00		14.250,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00			(14.250,00)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern oder dem Träger der Einrichtung	519.515,83		512.676,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 40.115,83			(19.176,00)	
5. Verbindlichkeiten aus öffentlichen Fördermitteln	235.574,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 235.574,00			(0,00)	
6. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	141.219,00		300.000,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 141.219,00			(300.000,00)	
7. Sonstige Verbindlichkeiten	62.067,87		64.341,85	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 62.067,87			(64.341,85)	
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 7.374,27			(10.229,69)	
		1.506.883,62		971.152,97
F. Rechnungsabgrenzungsposten		5.630,70		9.605,30
		3.011.899,60		2.154.374,82

Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

	2 0 1 9		2018
	€	€	€
1. Erträge aus ambulanter Pflege	1.105.790,22		1.015.880,84
2. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	58.984,06		43.897,31
2a. Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs, soweit nicht in den Nummern 1 bis 2 enthalten	1.201.298,21		1.235.081,88
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>67.576,39</u>		<u>40.357,18</u>
		2.433.648,88	2.335.217,21
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.363.232,69		1.406.079,12
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	<u>405.980,40</u>		<u>391.513,05</u>
		1.769.213,09	1.797.592,17
5. Materialaufwand			
a) Lebensmittel	154.311,19		143.537,93
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	4.583,30		4.639,45
c) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	<u>214.574,83</u>		<u>223.510,45</u>
		373.469,32	371.687,83
6. Steuern, Abgaben, Versicherungen		44.627,04	40.939,71
7. Mieten, Pacht, Leasing		<u>83.500,29</u>	<u>90.583,98</u>
		2.270.809,74	2.300.803,69
Zwischenergebnis		162.839,14	34.413,52
8. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen		379.116,52	0,00
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		7.435,49	5.016,67
10. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten		379.116,52	0,00
11. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		62.675,61	62.557,34
12. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		4.207,73	5.079,53
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>37.419,88</u>	<u>38.784,67</u>
		96.867,73	101.404,87
Zwischenergebnis		65.971,41	- 66.991,35
14. Zinsen und ähnliche Erträge		313,89	1.088,04
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>7.574,60</u>	<u>11.065,25</u>
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		58.710,70	- 76.968,56
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen		58.710,70	0,00
18. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		<u>0,00</u>	<u>76.968,56</u>
19. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

A. Allgemeine Angaben

Die Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N., ist unter der Nummer HRB 480911 in das Handelsregister des Amtsgericht Stuttgart eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO).

Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 wurde unter Beachtung der Ausweisvorschriften der Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) sowie der Bestimmungen der §§ 264 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

B. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden.

Aktivposten

Das Anlagevermögen wird mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, erhöht um die Anschaffungsnebenkosten und vermindert um Ermäßigungen wie Rabatte und Skonti. Es kommt ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei den Gebäuden beläuft sich auf 33 Jahre. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der übrigen abnutzbaren Vermögensgegenstände richtet sich nach den amtlichen steuerlichen Abschreibungstabellen.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Passivposten

Mit Datum vom 30. Juni 2017 / 30. Oktober 2017 wurde mit der Evangelischen Kirchengemeinde Oberndorf a. N. ein Vertrag über eine atypische stille Beteiligung geschlossen. Im Rahmen der Unterstützung der Gesellschaft durch die Kirchengemeinde hat diese der Gesellschaft im Jahr 2014 einen Geldbetrag von € 303.460,29 zur Verfügung gestellt, der als atypische stille Beteiligung an der Gesellschaft durch die Kirchengemeinde gehalten werden soll. Die Beteiligung erfolgt zur Unterstützung der laufenden Geschäfte der Gesellschaft und wurde vollständig in das Anlagevermögen investiert. Die Mittel sind im Rahmen des gemeinnützigen und diakonischen Gesellschaftszweckes gebunden. Die Beteiligung wird nicht verzinst. Sie kann von beiden Vertragspartnern mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende des Geschäftsjahres ordentlich gekündigt werden. Mit Änderung zum Vertrag über die atypische stille Beteiligung vom 11. März 2019 / 13. März 2019 wurde die Beteiligungshöhe um € 6.100,00 auf nun € 297.360,29 reduziert. Der Betrag wurde der stillen Einlage zur Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft entnommen.

Investitionszuschüsse von öffentlichen und nicht-öffentlichen Zuschussgebern werden nicht von dem aktivierten Anlagevermögen gekürzt, sondern als Passivposten ausgewiesen und analog der Abschreibung des betreffenden Anlagevermögens aufgelöst.

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg. Die Zusatzversorgungskasse ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zweck der Versorgungskasse ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Auf eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB verzichtet.

Die Altersversorgung wird durch Umlagen finanziert. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt 6,3 %. Dieser setzt sich aus einem Arbeitgeberanteil von 5,75 % und einem Arbeitnehmeranteil von 0,55 % zusammen. Der zusätzlich vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeldzuschuss beträgt 2,2 %. Es wird ein Zusatzbeitrag von 0,4 % erhoben. Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter € 1.051.257,93.

Die Rückstellungen sind zu voraussichtlichen Erfüllungsbeträgen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung nach Maßgabe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet worden.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ergibt sich aus Anlage 1.

Die Forderungen haben alle eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Forderungen aus laufenden Verrechnungen.

Die Entwicklung der einzelnen Posten der Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens ergibt sich aus Anlage 2.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben € 432.381,41 (Vorjahr: € 0,00) und von den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern haben € 479.400,00 (Vorjahr: € 493.500,00) eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Verbindlichkeiten in Höhe von € 707.210,60 (Vorjahr: € 437.100,00) haben eine Restlaufzeit von über 5 Jahren.

Von den Verbindlichkeiten sind € 924.750,80 (Vorjahr: € 507.600,00) grundbuchamtlich gesichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern oder dem Träger der Einrichtung resultierten aus einem Darlehen € 498.435,00 (Vorjahr: € 512.676,00), einer anteiligen Zuschussrückzahlung € 21.000,00 (Vorjahr: € 0,00) sowie aus laufenden Verrechnungen € 80,83 (Vorjahr: € 0,00).

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Für Altersversorgung wurden aufgewendet € 98.105,29 (Vorjahr: € 103.419,63).

E. Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Im Geschäftsjahr wurden derivative Finanzinstrumente (Zinsswap) zur Absicherung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen (EURIBOR) Darlehen verwendet. Dem Zinsswap liegt ein Grundgeschäft mit vergleichbarem, gegenläufigem Risiko zu Grunde. Dass mit der aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsgeschäft gebildeten Bewertungseinheit nach § 254 HGB gesicherte Kreditvolumen beträgt zum Bilanzstichtag € 426.315,80. Die Höhe der mit Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken beträgt € 46.288,63.

Geschäftsführung

Vertretungsberechtigter Geschäftsführer im Geschäftsjahr war Herr Andreas Bronner, staatlich anerkannter Sozialwirt, 78727 Oberndorf.

Gesellschafter

	€	%
Evangelische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.	12.200,00	23,7
Evangelische Kirchengemeinde Aistaig	3.000,00	5,8
Evangelische Kirchengemeinde Boll	3.000,00	5,8
Evangelische Kirchengemeinde Fluorn	4.000,00	7,8
Evangelische Kirchengemeinde Trichtingen	4.000,00	7,8
Katholische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.	4.300,00	8,4
Katholische Kirchengemeinde Bochingen	1.400,00	2,7
Katholische Kirchengemeinde Altoberndorf	600,00	1,2
Katholische Kirchengemeinde Beffendorf	900,00	1,8
Katholische Kirchengemeinde Hochmössingen	1.100,00	2,1
Katholische Kirchengemeinde Epfendorf	1.500,00	2,9
Katholische Kirchengemeinde Talhausen	200,00	0,4
Katholische Kirchengemeinde Harthausen	700,00	1,4
Katholische Kirchengemeinde Winzeln	1.900,00	3,7
Stadt Oberndorf a. N.	8.800,00	17,1
Gemeinde Fluorn-Winzeln	1.800,00	3,5
Gemeinde Epfendorf	2.000,00	3,9
	<u>51.400,00</u>	<u>100,0</u>

Arbeitnehmer

Im Berichtsjahr waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 73 Mitarbeiter beschäftigt.

Oberndorf am Neckar, am 29.06.2020

Andreas Bronner (Geschäftsführer)

Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens in 2019

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Anfangs- bestand	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Endstand	Anfangs- bestand	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2019)	(Stand am 31.12.2018)
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	100.058,82	15.450,04	0,00	0,00	115.508,86	97.333,82	3.885,04	0,00	101.218,86	14.290,00	2.725,00
II. Sachanlagen											
1.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	768.112,30	2.933,68	1.549.942,21	183.498,08	2.137.490,11	199.405,02	30.742,63	18.667,08	211.480,57	1.926.009,54	568.707,28
1.2 darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	(737.597,02)	(2.933,68)	(1.445.223,95)	(177.898,08)	(2.007.856,57)	(199.405,02)	(30.742,63)	(18.667,08)	(211.480,57)	(1.796.376,00)	(538.192,00)
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	122.703,28	0,00	104.718,26	17.985,02	0,00	5.263,02	586,00	5.849,02	0,00	0,00	117.440,26
3.1 Technische Anlagen	69.183,01	0,00	46.585,79	0,00	115.768,80	69.183,01	777,79	0,00	69.960,80	45.808,00	0,00
3.2 darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen	(69.183,01)	(0,00)	(46.585,79)	(0,00)	(115.768,80)	(69.183,01)	(777,79)	(0,00)	(69.960,80)	(45.808,00)	(0,00)
4.1 Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	261.466,60	21.527,80	0,00	24.774,93	258.219,47	171.345,96	23.093,44	24.205,93	170.233,47	87.986,00	90.120,64
4.2 darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	(261.466,60)	(21.527,80)	(0,00)	(24.774,93)	(258.219,47)	(171.345,96)	(23.093,44)	(24.205,93)	(170.233,47)	(87.986,00)	(90.120,64)
5. Fahrzeuge	7.848,42	35.044,71	0,00	0,00	42.893,13	1.309,42	3.590,71	0,00	4.900,13	37.993,00	6.539,00
6.1 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	567.171,01	924.638,73	1.491.809,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	567.171,01
6.2 darunter: für Betriebsbauten	(567.171,01)	(924.638,73)	(1.491.809,74)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(567.171,01)
	1.796.484,62	984.144,92	0,00	226.258,03	2.554.371,51	446.506,43	58.790,57	48.722,03	456.574,97	2.097.796,54	1.349.978,19
darunter: Summe der Positionen 1.2, 3.2, 4.2, 5 und 6.2.:	(1.643.266,06)	(984.144,92)	(0,00)	(202.673,01)	(2.424.737,97)	(441.243,41)	(58.204,57)	(42.873,01)	(456.574,97)	(1.968.163,00)	(1.202.022,65)
III. Finanzanlagen											
Beteiligungen	500,00	0,00	0,00	0,00	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	500,00	500,00
	1.897.043,44	999.594,96	0,00	226.258,03	2.670.380,37	543.840,25	62.675,61	48.722,03	557.793,83	2.112.586,54	1.353.203,19

Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N.
Anhang 2019

Fördernachweis 2019

Fördernachweis aus öffentlicher Förderung

Bilanzposten	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte					Entwicklung der geförderten Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangs- bestand	Zugänge	Um- buchung	Abgang	Endstand	Anfangs- bestand	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2019)	(Stand am 31.12.2018)
	€	€		€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Sachanlagen												
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	2.312,50	312,50	0,00	2.625,00	0,00	0,00	22.687,50
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	(25.000,00)	(0,00)	(0,00)	(25.000,00)	(0,00)	(2.312,50)	(312,50)	(0,00)	(2.625,00)	(0,00)	(0,00)	(22.687,50)
2.1. Technische Anlagen	0,00	2.323,52	0,00	0,00	2.323,52	0,00	158,52	0,00	0,00	158,52	2.165,00	0,00
2.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen	(0,00)	(2.323,52)	(0,00)	(0,00)	(2.323,52)	(0,00)	(158,52)	(0,00)	(0,00)	(158,52)	(2.165,00)	(0,00)
	25.000,00	2.323,52	0,00	25.000,00	2.323,52	2.312,50	471,02	0,00	2.625,00	158,52	2.165,00	22.687,50
darunter: Summe der Positionen 1.2. und 2.2.	(25.000,00)	(2.323,52)	(0,00)	(25.000,00)	(2.323,52)	(2.312,50)	(471,02)	(0,00)	(2.625,00)	(158,52)	(2.165,00)	(22.687,50)

Fördernachweis aus nicht-öffentlicher Förderung

Bilanzposten	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte					Entwicklung der geförderten Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangs- bestand	Zugänge	Um- buchung	Abgang	Endstand	Anfangs- bestand	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2019)	(Stand am 31.12.2018)
	€	€		€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Sachanlagen												
1.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	125.000,00	315.740,00	0,00	25.000,00	415.740,00	34.735,50	5.777,50	0,00	2.625,00	37.888,00	377.852,00	90.264,50
1.2 darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	(125.000,00)	(315.740,00)	(0,00)	(25.000,00)	(415.740,00)	(34.735,50)	(5.777,50)	(0,00)	(2.625,00)	37.888,00	(377.852,00)	(90.264,50)
2.1 Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	5.933,64	0,00	0,00	0,00	5.933,64	0,00	153,64	0,00	0,00	153,64	5.780,00	5.933,64
2.2 darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	(5.933,64)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(5.933,64)	(0,00)	(153,64)	(0,00)	(0,00)	(153,64)	(5.780,00)	(5.933,64)
3. Fahrzeuge	3.100,00	0,00	0,00	0,00	3.100,00	516,67	1.033,33	0,00	0,00	1.550,00	1.550,00	2.583,33
	134.033,64	315.740,00	0,00	25.000,00	424.773,64	35.252,17	6.964,47	0,00	2.625,00	39.591,64	385.182,00	98.781,47
darunter: Summe der Positionen 1.2. und 2.2. und 3.	(134.033,64)	(315.740,00)	(0,00)	(25.000,00)	(424.773,64)	(35.252,17)	(6.964,47)	(0,00)	(2.625,00)	(39.591,64)	(385.182,00)	(98.781,47)

3. Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH, Sitz Villingen-Schwenningen

Gründung:

3. Juli 2001

Eintragung:

am 21. November 2001 in das Handelsregister Abt. B des Amtsgerichts Villingen-Schwenningen unter der Nummer HRB 2681

Nach der Zentralisierung der Registerführung wird die Gesellschaft seit 30. November 2006 unter der Nummer HRB 602681 beim Amtsgericht Freiburg i. Br. geführt

Gegenstand der Gesellschaft:

- a) Gegenstand der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, die Entwicklung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen, das Betreiben eines regionalen Standortmarketings sowie die Information, Kooperation und Koordination in allen Bereichen der regionalen Wirtschaftsförderung. Dazu gehört auch die Projektentwicklung und Vermarktung eines regionalen Gewerbegebietes.
- b) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.
- c) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 1 Abs. 2 und 102 ff. Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist ausgeschlossen.
- d) Die Gesellschaft ist eine steuerbefreite Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **2.500 Euro** am Stammkapital von **62.500 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **4 %**.

Des Weiteren sind mit je 2.500 Euro beteiligt:

die Städte

Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Rottweil, Donaueschingen, Schramberg, Bad Dürrenheim, Bräunlingen, Geisingen, Hüfingen, St. Georgen, Sulz a. N. und Trossingen

die Gemeinden

Immendingen, Königsfeld i. Schw., Unterkirnach und Zimmern ob Rottweil

die Landkreise

Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis und Tuttlingen

der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Schwenningen

der Gemeindeverwaltungsverband Heuberg, Wehingen

die Handwerkskammer Konstanz, Konstanz

die Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Villingen

Die eingezogene Stammeinlage von 2.500 Euro der zum 31.12.2011 ausgeschiedenen Stadt Furtwangen ist dem Stammkapital ebenfalls hinzuzurechnen.

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführung:

Frau Dorothee Eisenlohr (bis 03.10.2019)

Herr Jürgen Guse (ab 04.10.2019 als Interimsgeschäftsführer)

b) Aufsichtsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaftsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschafter.

Als beratende und unterstützende Gremien wurde ein Beirat gegründet (Mitglieder siehe Anlage).

Beteiligungen des Unternehmens:

PE Gewinnerregion UG, Villingen-Schwenningen

100-%ige Tochtergesellschaft, Stammkapital 3.000 Euro

**Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit
01. Januar bis zum 31. Dezember 2019**

	<u>2019</u> EUR	<u>2018</u> EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	80,00	40,00
b) Erträge aus der Auflösung für Rückstellungen	0,00	1.140,00
c) übrige sonstige betriebliche Erträge	<u>139.606,35</u>	<u>117.583,52</u>
	(<u>139.686,35</u>)	(<u>118.763,52</u>)
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	249.441,53	260.321,81
b) soziale Abgaben und Aufwendungen Aufwendungen für Altersversorgung	<u>60.360,18</u>	<u>55.247,16</u>
	(<u>309.801,71</u>)	(<u>315.568,97</u>)
3. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.695,95	9.744,31
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	320.206,87	219.913,14
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
6. Ergebnis nach Steuern	-497.018,18	-426.462,90
7. sonstige Steuern	<u>228,00</u>	<u>238,00</u>
8. Jahresfehlbetrag	-497.246,18	-426.700,90
9. Entnahme aus der Kapitalrücklage	<u>497.246,18</u>	<u>426.700,90</u>
10. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Anhang
für das Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019
der Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB) und den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages in der Fassung des BilRUG aufgestellt.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz gemacht werden können, sind insgesamt im Anhang aufgeführt.

Nach den in § 267 a HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine Kleinst-Kapitalgesellschaft.

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
Firmensitz laut Registergericht:	Villingen-Schwenningen
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Amtsgericht Freiburg i.Br.
Register-Nr.:	602681

2. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Vorschriften des HGB und des GmbH-Gesetzes.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Vorhersehbare Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Die in den Vorräten als fertige Erzeugnisse und Waren erfassten Bestände sind mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die flüssigen Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet und sind mit ihren Nennbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

3. Angaben zur Bilanz

Guthaben bei Kreditinstituten

Bankkonten mit einem Stand per 31.12.2019 von EUR 333.197,88 (Vj. EUR 363.161,06) unterliegen der Zweckbindung für das Vorhaben "Regionales Gewerbegebiet Sulz am Neckar", das zusammen mit dem Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg und der Stadt Sulz am Neckar verwirklicht wird.

Forderung gegen verbundene Unternehmen

Gegenüber der Tochtergesellschaft PE Gewinnerregion UG (haftungsbeschränkt) besteht eine Forderung in Höhe von 12.719,33 EUR (Vj. 13.146,66 EUR). Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses zur Übernahme der Verluste wurde eine Einzelwertberichtigung in Höhe der Jahresfehlbeträge 2018 und 2019 von insgesamt rd. 10.400 EUR gebildet.

Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre und der Sicherungsrechte

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen wie im Vorjahr nicht.

Die in Abschnitt C. der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres nach dem Bilanzstichtag fällig.

4. Sonstige Angaben

Im Jahr 2019 wurden durchschnittlich 4,75 Arbeitnehmer beschäftigt.

Alleinige Geschäftsführerin war bis 03.04.2019 Frau Dorothee Eisenlohr. Zum 04.10.2019 wurde Herr Jürgen Guse als Intermisgeschäftsführer bestellt. Seine Nachfolgerin Frau Henriette Stanley ist seit 01.03.2020 im Amt.

5. Ergebnisverwendung

Der im Geschäftsjahr 2019 entstandene Jahresfehlbetrag von EUR 497.246,18 wurde durch eine Entnahme zu Lasten der bestehenden Kapitalrücklage ausgeglichen.

Villingen-Schwenningen, den 02. April 2020

Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH



Henriette Stanley
Geschäftsführerin

**Entwicklung des Anlagevermögens
der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
im Geschäftsjahr 2018**

	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
	Stand am 01.01.2019 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchung EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 01.01.2019 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 31.12.2018 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.362,42	0,00	0,00	0,00	9.362,42	8.704,42	658,00	0,00	9.362,42	0,00	658,00
II. Sachanlagen											
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	101.140,36	26.047,95	0,00	56,00	127.244,31	98.766,36	6.037,95	0,00	104.804,31	22.440,00	2.374,00
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.525,00	0,00	1.525,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.525,00
Sachanlagen	102.665,36	26.047,95	1.525,00	56,00	127.244,31	98.766,36	6.037,95	0,00	104.804,31	22.440,00	3.899,00
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.000,00	5.000,00	0,00	0,00	8.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	3.000,00
	115.027,78	31.047,95	1.525,00	56,00	144.606,73	107.470,78	6.695,95	0,00	114.166,73	30.440,00	7.557,00

Lagebericht

2019 gab es einen Wechsel in der Geschäftsführung von Frau Dorothee Eisenlohr (bis 03.10.2019) zu Herrn Jürgen Guse (seit 04.10.2019). Zum 01.03.2020 wurde Frau Henriette Stanley als Nachfolgerin bestellt.

Ertragssituation

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 1 Abs. 2 und 102 ff. Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Jegliche Gewinnerzielungsabsicht ist ausgeschlossen. Die Finanzierung des Wirtschaftsplans wird durch die jährlich in zwei Tranchen zu erbringenden Finanzierungsanteile der Gesellschafterinnen gewährleistet.

2019 erhielt die Gesellschaft außerdem Fördermittel des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg für das Projekt „Welcome Center“.

Außerdem unterstützten 35 Förderinnen (Unternehmen, Institutionen, eine Kommune und eine Privatperson) die Arbeit des Welcome Centers mit ihren Förderbeiträgen.

Vermögenssituation

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Eigenkapitalquote beträgt 82,6%.

Finanzsituation

Die Finanzsituation der Gesellschaft war stets gut und ihre Liquidität zu jeder Zeit gegeben.

Personalsituation

Die Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg beschäftigt bis zum 30.09.2019 fünf feste Mitarbeiterinnen mit einem Stellenkontingent von 4,25 Vollzeitäquivalenten.

Ab dem 01.10.2019 wurde für das Welcome Center eine neue Mitarbeiterin zu 100% eingestellt. Vom 01.08.2019 bis zum 31.12.2019 hatte ein Praktikant des Studienganges „Nachhaltiges Regionalmanagement“ die Möglichkeit sein Pflichtpraktikum bei der Wirtschaftsförderung zu absolvieren.

Chancen und Risiken

Ab Ende 2018 bis Mitte 2019 wurde eine Analyse der Aufgabenstruktur sowie regionaler Stärken und Schwächen durchgeführt. Nach einer Beteiligungsphase von verschiedenen Stakeholdern wurde an einem Markenbildungsprozess gearbeitet. Aufgrund des Geschäftsführerwechsels zum 03.10.2019 wurde in der Aufsichtsratssitzung und Gesellschafterversammlung vom 17.09.2019 beschlossen, den Markenbildungsprozess bis zum Antritt der neuen Geschäftsführung zu stoppen. Die neue Geschäftsführung soll sich impulsgebend einbringen.

Positiv kann bewertet werden, dass die Wirtschaftsförderung erneut eine Förderung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau das Welcome Center bis zum 31.12.2020 erhalten wird. In Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg wird zukünftig auch die Region Hochrhein-Bodensee betreut.

Für eine einwöchige Unternehmensveranstaltung zu Digitalisierung und Innovation, Popup Labor BW, welche 2019 beantragt wurde, hat die Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau ebenfalls den Zuschlag erhalten und kann diese in 2020 durchführen.

Regionales Gewerbegebiet

Das Regionale Gewerbegebiet wird auf 85 ha ausgeweitet.

Bisher war das Gebiet auf 40 ha ausgelegt, von denen per Optionsvertrag 37,3 ha gesichert sind. Das Abgrenzungsgebiet wurde dann mit Zustimmung des Gemeinderates der Stadt Sulz und des Regionalverbands, insbesondere aus topographischen Gründen, auf 85 ha ausgeweitet. Die zu bebauende Fläche soll aber bei 40 ha bleiben. Es gab einige Kontakte zu Interessenten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Ende des Geschäftsjahres eingetreten sind

Infolge der Coronakrise haben sich intern einige strukturelle (vorübergehende) Änderungen ergeben. Humanressourcen der Wifög wurden kurzfristig umgewidmet, um entsprechende Angebote für die verschiedenen Anspruchsgruppen zu kreieren und sehr kurzfristig umzusetzen. Veranstaltungen wurden abgesagt, verschoben oder in webbasierte Seminare umgewandelt.

Die Welcome-Center-Mitarbeiterinnen widmeten sich vermehrt der Beratung über Telefon und Onlinekanäle sowie den Aufbau von Webinaren.

Es bleibt abzuwarten, ob die aktuelle Situation langfristige Auswirkungen auf die GesellschafterInnen-Anteile über das Jahr 2020 hinaus haben wird.

Auf dieser Grundlage kann die Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg ihre Arbeit auch in 2020 erfolgreich fortsetzen.

Villingen-Schwenningen, 02.04.2020



Henriette Stanley



Rechtliche Grundlagen

1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird in der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Freiburg im Breisgau unter der Registernummer HRB 602681 eingetragen.

Firma: Wirtschaftsförderungsgesellschaft
 Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH

Sitz: Villingen-Schwenningen

Stammkapital: EUR 62.500,00

Geschäftsjahr: Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Es gilt der notariell beurkundete Gesellschaftsvertrag vom 03. Juli 2001 (Anlage zur Urkunde des Notariats IV Villingen über Gesellschaftsgründung vom 03. Juli 2001 IV UR 2212/01 des Notars Renz) mit Änderungen vom 16. Juli 2009 (Anlage zur Urkunde des Notariats IV UR 2485/2009 des Notars Renz) und vom 24.05.2018 (Anlage zur Urkunde der Notrin Mey über die Erhöhung des Stammkapitals und der Aufnahme eines weiteren Gesellschafters vom 24. Mai 2019 UR 1250/2018 der Notarin Mey).

An der Gesellschaft sind derzeit folgende 24 Gesellschafter beteiligt:

die Städte Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Rottweil, Donaueschingen, Schramberg, Bad Dürkheim, Bräunlingen, Geisingen, Hüfingen, Oberndorf a.N., St. Georgen, Sulz a.N. und Trossingen,

die Gemeinden Immendingen, Königsfeld i. Schw., Unterkirchnach und Zimmern ob Rottweil,

die Landkreise Schwarzwald-Baar-Kreis, Rottweil und Tuttlingen,

der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Schwenningen,

der Gemeindeverwaltungsverband Heuberg, Wehingen,

die Handwerkskammer Konstanz, Konstanz,

die Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Villingen.



Am Stammkapital der Gesellschaft ist jeder der 24 Gesellschafter mit einer Stammeinlage von EUR 2.500,00 beteiligt. Dem sich hieraus ergebenden Stammkapital von EUR 60.000,00 ist die frühere, eingezogene Stammeinlage von ebenfalls EUR 2.500,00 der zum 31. Dezember 2011 ausgeschiedenen Stadt Furtwangen hinzuzurechnen.

Die Stammeinlagen sind in voller Höhe erbracht.

Bei einem Neueintritt von Gesellschaftern ist das Kapital um die von ihnen beim Eintritt zu übernehmende Stammeinlagen von je EUR 2.500,00 zu erhöhen.

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, die Entwicklung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen, das Betreiben eines regionalen Standortmarketings sowie die Information, Kooperation und Koordination in allen Bereichen der regionalen Wirtschaftsförderung. Dazu gehört auch die Projektentwicklung und Vermarktung eines regionalen Gewerbegebietes.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 1 Abs. 2 und 102 ff. der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist ausgeschlossen.

3. Geschäftsführung

Einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführerin war bis 03.10.2019 Frau Dorothee Eisenlohr. Zum 04.10.2019 wurde Herr Jürgen Guse als Interimsgeschäftsführer bestellt. Seine Nachfolgerin ab 01.03.2020 ist Frau Henriette Stanley. Die Geschäftsführer sind jeweils von den Beschränkungen des § 181 BGB (Verbot des Selbstkontrahierens) befreit.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus § 5 des Gesellschaftsvertrages.



4. Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Sie tritt mindestens einmal im Jahr in den ersten sechs Monaten zur Feststellung des Jahresabschlusses des vorangegangenen Geschäftsjahres zusammen.

Gesellschafterversammlungen werden durch den Geschäftsführer einberufen und durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats geleitet. Eine Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.

Gesellschafterbeschlüsse erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz zwingend eine andere Mehrheit vorsehen.

Die Stimmrechte bestimmen sich nach der Höhe der jeweiligen Finanzierungsanteile, die gemäß § 4 Abs. 6 S. 2 des Gesellschaftsvertrags über die übernommenen Stammeinlagen hinaus auf der Grundlage eines jährlichen Wirtschaftsplans vorgenommen werden.

Die Finanzierungsanteile berechnen sich auf der Grundlage der durch das Statistische Landesamt zuletzt ermittelten Einwohnerzahlen. Für die beiden Kammern wurden Fixbeiträge festgelegt.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus § 7 des Gesellschaftsvertrages.



5. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht laut § 8 des Gesellschaftsvertrages aus 19 Mitgliedern. Für jedes ordentliche Mitglied wird ein persönlicher Stellvertreter bestellt, der im Verhinderungsfalle tätig wird.

In den Aufsichtsrat entsenden:

die Handwerkskammer Konstanz	1 Mitglied
die Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg	1 Mitglied
jeder Landkreis	1 Mitglied
jede Große Kreisstadt	1 Mitglied
der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg	2 Mitglieder
die Gemeinden und Gemeindeverwaltungsverbände pro Landkreis	2 Mitglieder
sowie der Beirat den jeweilig amtierenden Vorsitzenden des Beirats	1 Mitglied.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer von drei Jahren einen Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten Stellvertreter.

Dem Aufsichtsrat obliegt die Feststellung der strategischen Leitlinien und der konzeptionellen Gestaltung. Er berät, fördert und überwacht die Geschäftsführung bei der Wahrnehmung ihrer operativen Maßnahmen. Er kann sich der Unterstützung von Fachleuten bedienen. Er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und Untersuchung sowie ein Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsführung.

Weitere Einzelheiten zum Aufsichtsrat ergeben sich aus § 8 des Gesellschaftsvertrages.



Der Aufsichtsrat bestand im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern:

Herr Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer
Schwarzwald-Baar-Heuberg, Villingen-Schwenningen,

Herr Landrat Stefan Bär, Tuttlingen,

Herr Oberbürgermeister Michael Beck, Tuttlingen,

Herr Oberbürgermeister Ralf Broß, Rottweil,

bis 03.10.2019 Herr Bürgermeister Jürgen Guse, Bräunlingen, Vorsitzender des
Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg,

ab 11.10.2019 Herr Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Rottweil, Vorsitzender des
Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg,

Herr Bürgermeister Michael Lehrer, Aichhalden,

Herr Marcel Herzberg, Verbandsdirektor Regionalverband Schwarzwald-Baar-
Heuberg, Villingen-Schwenningen,

bis 03.10.2019 Herr Oberbürgermeister Thomas Herzog, Schramberg,

ab 04.10.2019 Frau Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr, Schramberg,

Herr Bürgermeister Gerd Hieber, Sulz a.N.,

Herr Landrat Sven Hinterseh, Villingen-Schwenningen,

bis 14.03.2019 Herr Bürgermeister Bernhard Kaiser, Donaueschingen,

ab 15.03.2019 Herr Bürgermeister Severin Graf, Donaueschingen,

Herr Bürgermeister Fritz Link, Königsfeld,

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roth, Villingen-Schwenningen,

Herr Clemens Maurer, Firma H. Maurer GmbH & Co. KG, Schramberg, als
Vorsitzender des Beirats,

Herr Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Rottweil,

Herr Bürgermeister Hans-Jürgen Osswald, Neuhausen ob Eck,

Herr Bürgermeister Albin Ragg, Deilingen,

bis 03.12.2019 Herr Gotthard Reiner, Deilingen, Präsident der Handwerkskammer
Konstanz,



ab 04.12.2019 Herr Werner Rottler, Villingen-Schwenningen, Präsident der
Handwerkskammer Konstanz,

Herr Bürgermeister Michael Rieger, St. Georgen.

6. Beirat

Auf Beschluss des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung wurde im Zuge des organisatorischen Ausbaus der Gesellschaft ein Beirat gegründet. Dessen Aufgabe ist es, den Aufsichtsrat in seinen Entscheidungen zu beraten. Der Beirat besteht zum Zeitpunkt der Prüfung aus 14 Mitgliedern.

Im Berichtsjahr setzt sich der Beirat wie folgt zusammen:

bis 23.09.19 Frau Franziska Aicher, Firma Aicher Präzisionstechnik GmbH & Co. KG,
Königsheim,

Herr Thomas Angst, Firma Angst-Drehteile GmbH, Frittlingen

Herr Roland Eckhardt, Kreissparkasse Rottweil,

bis 31.10.19 Frau Erika Faust, Agentur für Arbeit Rottweil-Villingen-Schwenningen,

ab 16.12.19 Frau Sylvia Scholz, Agentur für Arbeit Rottweil-Villingen-Schwenningen,

Herr Joachim Hengstler, phg Peter Hengstler GmbH & Co. KG, Deißlingen,

bis 23.09.19 Herr Bernd John, Villingen-Pfaffenweiler, Kreishandwerkerschaft
Schwarzwald-Baar,

ab 16.12.19 Herr Bernd Simon, Kolbingen, Kreishandwerkerschaft Schwarzwald-Baar,

bis 30.06.19 Herr Rudolf Kastner, Firma EGT AG, Triberg

ab 16.12.19 Herr Jens Buchholz, Firma EGT AG, Triberg

Herr Clemens Knoblauch, Firma Knoblauch GmbH, Immendingen,

Herr Clemens Maurer, Firma H. Maurer GmbH & Co. KG, Schramberg,

Herr Dieter Merz, Firma Merz Architekten, Bad Dürkheim,

Herr Dr. Hans-Rüdiger Schewe, Fürstlich Fürstenbergische Gesamtverwaltung,
Donaueschingen

Herr Prof. Dr. Rolf Schofer, Furtwangen, für die Hochschule Furtwangen University,



bis 23.09.19 Herr Armin Schumacher, Spaichingen, Kreishandwerkerschaft Tuttlingen,

ab 16.12.19 Herr Martin Ballof, Villingen-Schwenningen, Kreishandwerkerschaft Tuttlingen,

Herr Prof. Dr. Ulrich Kotthaus, Villingen-Schwenningen, Duale Hochschule Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen,

bis 30.04.19 Herr Frank-Karsten Willer, Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG, Tuttlingen,

bis 31.07.19 Herr Ralph Wurster, Villingen-Schwenningen, Südwestmetall Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau,

ab 16.12.19 Herr Markus Fink, Villingen-Schwenningen, Südwestmetall Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau,

Der Beirat hat folgende Vorsitzenden gewählt:

Herr Clemens Maurer, Firma H. Maurer GmbH & Co. KG, Schramberg,

Herr Roland Eckhardt, Rottweil, für die Sparkassen der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg.

Herr Clemens Maurer nimmt in seiner Funktion als Vorsitzender des Beirats den Sitz im Aufsichtsrat der GmbH wahr; Herr Roland Eckhardt ist sein Stellvertreter im Amt des Beiratsvorsitzenden und im Aufsichtsrat.

4. Zweckverband 4IT

Gründung:

Zum 01. Juli 2018 haben sich die Zweckverbände Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm, Ulm (KIRU), Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Stuttgart (KDRS) und Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zum Zweckverband 4IT zusammengeschlossen.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweckverband 4IT hat die Trägerschaft an der Komm.ONE Anstalt des öffentlichen Rechts (ehemals ITEOS AöR) im Interesse seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen, über die grundlegenden Angelegenheiten der Komm.ONE AöR zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenstellung zu überwachen, die Verwendung des Vermögens zu kontrollieren und die Vertreter des Zweckverbandes 4IT in den Verwaltungsrat der Komm.ONE AöR zu bestellen. Ziel ist durch die gemeinsame Aufgabenerfüllung eine gesicherte, zukunftsorientierte Weiterentwicklung der kommunalen IT in Baden-Württemberg bereitzustellen. Der Sitz ist Karlsruhe.

Beteiligungsverhältnisse:

Neben anderen Städten, Gemeinden, Landkreisen und weiteren Mitgliedern ist die Stadt Oberndorf a. N. mit **43.106,67 Euro** am Zweckverband 4IT beteiligt. Von der Festsetzung eines Stammkapitals wird abgesehen (§ 13 Abs. 5 Satzung des Zweckverbandes 4IT).

Organe des Unternehmens:

a) Verbandsvorsitzende:

- Verbandsvorsitzender: OB Dr. Ulrich Fiedler, Stadt Metzingen
1. Stellvertreter: Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis
 2. Stellvertreter: EBM Dr. Fabian Mayer, Stadt Stuttgart
 3. Stellvertreter: OB Dr. Frank Mentrup, Stadt Karlsruhe

b) Verwaltungsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Mitglieder

Beteiligungen des Unternehmens:

Der Zweckverband 4IT ist mit 88% neben dem Land Baden-Württemberg (12%) Träger der Komm.One AöR (ehemals ITEOS AöR). Das Stammkapital der Anstalt beträgt 10.000.000 Euro.

Jahresabschluss zum 31.12.2019 und Lagebericht des Zweckverbandes



Inhalt:	Seite
➤ Bilanz zum 31.12.2019	1
➤ Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2019	2
➤ Anhang	3
➤ Lagebericht	9
➤ Ergänzende Angaben	14
- Verbandsvorsitz/Verwaltungsrat	
- Versicherungsschutz	
- Wichtige Verträge	
- Endgültige Umlage	
- Vermögensplan	
- Erfolgsplan	

		31.12.2019	31.12.2018
		EUR	EUR
AKTIVA			
A.	ANLAGEVERMÖGEN		
III.	Finanzanlagen		
	Anteile an verbundenen Unternehmen	65.556.874,60	66.555.305,52
	Summe Finanzanlagen	65.556.874,60	66.555.305,52
	Summe Anlagevermögen	65.556.874,60	66.555.305,52
B.	UMLAUFVERMÖGEN		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
	Forderungen aus Umlagen gegen Mitglieder	80.866,46	574.485,16
	Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	80.866,46	574.485,16
IV.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	Guthaben bei Kreditinstituten	1.096.112,02	0
	Summe Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.096.112,02	0,00
	Summe Umlaufvermögen	1.176.978,48	574.485,16
	Summe Aktiva	66.733.853,08	67.129.790,68
PASSIVA			
A.	EIGENKAPITAL		
II.	Kapitalrücklagen		
	Satzungsmäßige Rücklagen (Beteiligung Komm.ONE)	8.800.000,00	8.800.000,00
	Allgemeine Rücklage	41.341.915,23	41.341.915,23
	Ausgleichsrücklage	15.801.509,75	16.413.390,29
	Summe Kapitalrücklagen	65.943.424,98	66.555.305,52
V.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		
	Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung	0,00	0,00
	Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	0,00	0,00
	Summe Eigenkapital	65.943.424,98	66.555.305,52
B.	RÜCKSTELLUNGEN		
3.	Sonstige Rückstellungen	221.200,00	222.400,00
	Summe Rückstellungen	221.200,00	222.400,00
C.	VERBINDLICHKEITEN		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	30,94
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.742,90	4.813,30
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	441.056,86	152.103,38
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	0,00	119.195,68
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	75.398,68	75.941,86
	Summe Verbindlichkeiten	565.198,44	352.085,16
D.	PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	Passiver Rechnungsabgrenzung	4.029,66	0
	Summe Passive Rechnungsabgrenzung	4.029,66	0,00
	Summe Passiva	66.733.853,08	67.129.790,68

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Umlage und sonstige Erträge		
Umlagen zur Deckung der Verwaltungsaufwendungen	784.575,68	455.289,48
Sonstige betriebliche Erträge	3.018,44	0
Summe Umlage und betriebliche Erträge	787.594,12	455.289,48
Betrieblicher Aufwand		
Materialaufwand	132.198,53	210.000,00
sonstiger betrieblicher Aufwand	268.845,21	245.289,48
Summe betriebliche Aufwendungen	401.043,74	455.289,48
Betriebsergebnis	386.550,38	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	386.550,38	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen (Beteiligung Komm.ONE)	-998.430,92	0
Summe Abschreibungen auf Finanzanlagen	-998.430,92	0,00
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-611.880,54	0,00
Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	611.880,54	0
Jahresergebnis nach Beschluss der Versammlung	0,00	0,00

➤ **Allgemeine Angaben**

Der Sitz des Zweckverbandes 4IT ist Karlsruhe. Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 ist nach geltenden Rechnungslegungsvorschriften des Eigenbetriebsgesetzes Baden-Württemberg (EigBG) gemäß § 13 (5) der Verbandssatzung aufgestellt worden. Er umfasst die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, den Anhang und den Lagebericht. Die Geschäftsvorfälle werden mit dem Softwareprogramm SAP R/3 gebucht.

➤ **Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Bei den einzelnen Positionen der Bilanz wurden folgende Bewertungsmethoden angewandt:

Anlagevermögen:

Die Finanzanlagen sind zum Nennbetrag ausgewiesen.

Umlaufvermögen:

Forderungen sind mit ihrem Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen:

In den Rückstellungen ist den erkennbaren Einzelrisiken angemessen Rechnung getragen worden. Sie sind in der Höhe des Erfüllungsbetrages dotiert, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten:

Die Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 (1) Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Gewinn- und Verlustrechnung:

Die Aufwendungen und Erträge sind entsprechend ihrer wirtschaftlichen Verursachung und unabhängig vom Zeitpunkt der entsprechenden Zahlung dem jeweiligen Geschäftsjahr zugeordnet.

➤ **Angaben zur Bilanz**

Finanzanlagen:

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Finanzanlagen:

Anteile an verbundene Unternehmen:

Die Anteile in Höhe von EUR 65.556.874,60 setzen sich wie folgt zusammen:

Komm.ONE AöR; Sitz in Stuttgart Anteil am Stammkapital EUR:	8.800.000,00
Komm.ONE AöR; Sitz in Stuttgart Anteil an Rücklagen EUR:	56.756.874,60

Der Verband 4IT ist mit 88% neben dem Land Baden-Württemberg 12% Träger der Komm.ONE AöR Anstalt des öffentlichen Rechts. Das Stammkapital der Anstalt beträgt gemäß § 3 deren Satzung EUR 10.000.000,00.

Entwicklung der Finanzanlagen im Einzelnen:

	31.12.2019
	EUR
Stand 01.01.2019	8.800.000,00
Veränderung	0,00
Anteil Stammkapital Komm.ONE 31.12.2019	8.800.000,00
Stand 01.01.2019	57.755.305,52
Anderung der Bewertung eingebrachter Rückstellungen im Jahresabschluss 2018 der Komm.ONE AöR	-998.430,92
Allgemeine Rücklage 31.12.2019	56.756.874,60
Summe Finanzanlagen 31.12.2019	65.556.874,60

Die Finanzanlagen reduzierten sich aufgrund der Neubewertung der Rückstellungen im Jahresabschluss 2018 der Komm.ONE. Die vorgenommene Abschreibung ist vorbehaltlich des Beschlusses der Versammlung.

Forderungen:

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und betreffen ausschließlich Umlagevorauszahlungen gegen die Mitglieder.

Eigenkapital:

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wird abgesehen § 13 (5) Satzung.

Das Eigenkapital (Kapitalrücklagen) gliedert sich im Einzelnen wie folgt:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
EIGENKAPITAL		
Satzungsmäßige Rücklagen (Beteiligung Komm.ONE)	8.800.000,00	8.800.000,00
Allgemeine Rücklage	41.341.915,23	41.341.915,23
Ausgleichsrücklage	15.801.509,75	16.413.390,29
Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	65.943.424,98	66.555.305,52

Entwicklung des Eigenkapitals im Einzelnen:

	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung
	EUR	EUR	
EIGENKAPITAL			
Satzungsmäßige Rücklagen (Beteiligung Komm.ONE)	8.800.000,00	8.800.000,00	
Entwicklung Satzungsmäßige Rücklage	8.800.000,00	8.800.000,00	0,00
Allgemeine Rücklage	41.341.915,23	41.341.915,23	
Entwicklung Allgemeine Rücklage	41.341.915,23	41.341.915,23	0,00
Ausgleichsrücklage	16.413.390,29	16.413.390,29	
Ergebnis Gewinn- und Verlustrechnung	-611.880,54		
Entwicklung Ausgleichsrücklage	15.801.509,75	16.413.390,29	-611.880,54
Summe Eigenkapital	65.943.424,98	66.555.305,52	-611.880,54

Begründet durch die erforderliche Abschreibung hinsichtlich der Anpassung der Rückstellungen im Jahresabschluss 2018 der Komm.ONE AöR, erfolgte der Ausgleich zur Vermeidung eines Jahresfehlbetrages 2019 durch die Erhebung einer Teil-Sonderumlage aus den Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern aus der laufenden Rechnung 2019 in Höhe von 386.550,38 € sowie der Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von EUR 611.885,54. Die Erhebung und Entnahme erfolgt vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung.

Rückstellungen:

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Ausstehende Rechnung Komm.ONE AöR Geschäftsbesorgung 2018	100.000,00	100.000,00
Ausstehende Rechnung Komm.ONE AöR Beratungsleistungen. Anteil ZV 4IT 2018	110.000,00	110.000,00
Ausstehende Rechnung Komm.ONE AöR Sonstiger Aufwand 2018	5.000,00	5.000,00
Rückstellung Jahresabschlussprüfung	4.000,00	6.300,00
Rückstellung Veröffentlichung Staatsanzeiger	2.200,00	1.100,00
Summe	<u>221.200,00</u>	<u>222.400,00</u>

Verbindlichkeiten:

Die nach § 285 Nr.1 und 2 HGB zu den Verbindlichkeiten erforderlichen Angaben werden im folgendem Verbindlichkeitsspiegel aufgeführt:

	Gesamt EUR	mit einer Restlaufzeit		
		bis Jahr EUR	über 1 Jahr EUR	über 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.742,90	48.742,90	0,00	0,00
Verbindlichkeiten ggü. verbundene Unternehmen	441.056,86	441.056,86	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	75.398,68	75.398,68	0,00	0,00
	<u>565.198,44</u>	<u>565.198,44</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Alle Verbindlichkeiten sind ungesichert.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen:

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten im Wesentlichen mit EUR 37.901,69 Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Verbandsversammlung 2019.

Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern:

Die nicht zum Ausgleich der Gewinn- und Verlustrechnung notwendigen Umlagevorauszahlungen in Höhe von EUR 386.550,38 (i.Vj. EUR 119.195,68) wurden zunächst den Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern zugeführt.

Vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung werden diese Mittel zur Deckung der Teil-Sonderumlage 2019 verwendet, um somit den Jahresfehlbetrag auszugleichen.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Einzelnen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Auslagen Komm.ONE AöR mtl.		
Aufwandsentschädigungspauschalen Vorsitz und Vertretungen	8.050,00	6.900,00
Auslagen Komm.ONE AöR sonstige Versicherungen	3.391,50	1.130,50
Auslagen Komm.ONE AöR Sonstige	791,24	2.364,16
Auslagen Komm.ONE AöR Verbandsversammlung	196.625,59	141.708,72
Kurzfristiger Kassenkredit Komm.ONE AöR	100.000,00	0,00
Geschäftsbesorgung 2019 Komm.ONE AöR	132.198,53	0,00
Summe	<u>441.056,86</u>	<u>152.103,38</u>

Sonstigen Verbindlichkeiten im Einzelnen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Reisekosten und Sitzungsgelder	60.497,08	75.941,86
Falschzahlungen Kunden Komm.ONE AöR	14.901,60	0,00
Summe Sonstige Verbindlichkeiten	<u>75.398,68</u>	<u>75.941,86</u>

➤ **Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:**

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen im üblichen Umfang.

➤ **Angaben zur Gewinn und Verlustrechnung**

Gemäß § 13 (2) der Verbandssatzung wird der Finanzbedarf, soweit er nicht durch Beträge Dritter, sonstiger Erträge und Einzahlungen oder Darlehen gedeckt wird, durch Umlage finanziert.

➤ **Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge:**

Die Umsatzerlöse des Zweckverbandes 4IT resultieren ausschließlich aus der Umlageerhebung für das laufende Geschäftsjahr (EUR 665.380,00). Gemäß Beschluss der Verbandsversammlung 2018 werden die Verbindlichkeiten gegen Mitglieder im Zuge einer Teil-Sonderumlage in die Umsatzerlöse (EUR 119.195,68) eingestellt. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten den Auslagenersatz der Komm.ONE AöR für die im Vorjahr erfassten Aufwendungen in Höhe von EUR 3.018,44.

➤ **Sonstige betriebliche Aufwendungen:**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten keine periodenfremden Aufwendungen und gliedern sich wie folgt:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Allgemeiner Verwaltungsaufwand:		
Geschäftsbesorgung Komm.ONE	132.198,53	210.000,00
Versicherung D&O (WGV)	2.261,00	1.130,50
Inserate und Veröffentlichungen Staatsanzeiger	1.789,28	1.078,57
Betrieblich veranlasste Veranstaltung	126.539,08	142.994,31
Prüfungs- und Abschlusskosten	5.100,00	7.400,00
Post- und Transportgebühren	378,70	0,00
	<u>268.266,59</u>	<u>362.603,38</u>
Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten:		
Aufwandsentschädigung Verbandsvorsitz und Vertreter	13.800,00	6.900,00
Sitzungsgelder	71.100,00	44.500,00
Reisekosten	46.007,41	36.255,16
	<u>130.907,41</u>	<u>87.655,16</u>
Übrige sonstige Aufwendungen	1.869,74	5.030,94
Summe	<u><u>401.043,74</u></u>	<u><u>455.289,48</u></u>

➤ **Angaben zum Betriebsergebnis:**

Gemäß Verbandssatzung stehen den Mitgliedern die nicht benötigten Mittel des Verwaltungshaushaltes eines Geschäftsjahres zu. Diese werden als Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern unter den Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen. Der Überschuss des Jahres von EUR 386.550,38 wurde zunächst zugeführt.

➤ **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge:**

.

Zur Deckung des laufenden Bilanzverlustes wurde – vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung – eine Teil-Sonderumlage in Höhe von EUR 386.550,38 erhoben. Die dafür erforderlichen Mittel werden – vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung aus den Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern genommen.

Zum vollständigen Ausgleich des sich aus den Abschreibungen des Beteiligungswertes ergebenden Fehlbetrages wird – vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung – EUR 611.880,54 aus der Ausgleichsrücklage entnommen.

➤ **Abschreibungen auf Finanzanlagen:**

Bedingt durch die Anpassung des Eigenkapitals der Komm.ONE, das nach der Feststellung des Jahresabschlusses des Zweckverbandes 4IT erfolgte, muss die Anpassung des Beteiligungswertes um EUR 998.430,92 erfolgen. Dies führt zu einem Jahresfehlbetrag, der in o. a. Weise gedeckt wird.

➤ **Sonstige Angaben**

Organe des Zweckverbandes:

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und Verbandsvorsitzende. Der Verbandsvorsitzende und dessen Stellvertreter erhalten fixe monatliche Aufwandsentschädigungen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten je Teilnahme an den Sitzungen eine Aufwandsentschädigung sowie die Erstattung der Reisekosten. Im Geschäftsjahr 2019 wurden an den Verbandsvorsitzenden, dessen Vertreter und an die Mitglieder des Verwaltungsrates Aufwandsentschädigungen sowie Reisekostenerstattungen gemäß dem Landesreisekostengesetz in Höhe von EUR 130.907,41 (i.Vj. EUR 87.655,16) für deren Tätigkeiten aufgewendet.

Höhe des Honorars der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr:

Das für die Jahresabschlussprüfung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Karlsruhe berechnete Honorar beträgt voraussichtlich EUR 4.000,00.

Personal:

Der Zweckverband beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Die Personalleistungen erfolgen im Rahmen der Geschäftsbesorgung seitens der Komm.ONE AöR.

➤ Nachtragsbericht:

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ergeben.

Karlsruhe, den 06.08.2020

Dr. Ulrich Fiedler
Verbandsvorsitzender

➤ A. Allgemeine Rahmenbedingungen

Zum 1. Juli 2018 sind die Zweckverbände Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm, Ulm (KIRU), Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Stuttgart (KDRS) und Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zum Zweckverband 4IT zusammengeschlossen. Ziel ist durch die gemeinsame Aufgabenerfüllung eine gesicherte, zukunftsorientierte Weiterentwicklung der kommunalen IT in Baden-Württemberg bereitzustellen. Der Sitz ist Karlsruhe. Hierbei haben die Zweckverbände ihr gesamtes Vermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge eingebracht. Der Zweckverband hat die Aufgabe gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg die Komm.ONE Anstalt des öffentlichen Rechts zu gestalten. Die Komm.ONE AöR (ITEOS AöR) ist am 1. Juli 2018 durch den Beitritt der ehemaligen Zweckverbände zur Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) kraft Gesetz zur Änderung des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes und anderer Vorschriften vom 6. März 2018 hervorgegangen. Der Anteil am Stammkapital von 10.000.000,00 € der Komm.ONE AöR beträgt 88 %. Die zugehörigen Betriebsgesellschaften (RZRS GmbH, IIRU GmbH und KRBF GmbH) der ehemaligen Zweckverbände, wurden im Dezember 2018 rückwirkend zum 1. Juli 2018 zur neuen civillent GmbH (DIKO GmbH) verschmolzen. Die übernommenen Geschäftsfelder und Betriebszwecke der verschmolzenen Firmen sind weitgehend deckungsgleich.

Der Zweckverband 4IT hat die Trägerschaft an der Komm.ONE AöR im Interesse seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen, über die grundlegenden Angelegenheiten der Komm.ONE AöR zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenstellung zu überwachen, die Verwendung des Vermögens zu kontrollieren und die Vertreter des Zweckverbandes 4IT in den Verwaltungsrat der Komm.ONE AöR zu bestellen. Das auf die Kommunen ausgerichtete Lösungs- und Serviceangebot der Zweckverbände ist im Zuge der Fusion in das Komm.ONE-Portfolio übergegangen. Die bisher den Mitgliedern durch die Zweckverbände zur Verfügung gestellten Lösungen werden nun durch die Komm.ONE bereitgestellt. Diese Lösungen unterstützten die Mitglieder bei der Erledigung ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben. Dazu betreibt die Komm.ONE-Gruppe Leistungszentren und erbringt dort Dienstleistungen der automatisierten Datenverarbeitung in den Geschäftsfeldern Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen, den Betrieb von Rechnern sowie die organisatorische Beratung in datenverarbeitungstechnischen Bereichen und Schulungen. Daneben sind die Firmen der Komm.ONE-Gruppe in der Softwareentwicklung und -beratung für Unternehmen der öffentlichen Verwaltung tätig. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Entwicklung und dauerhaften Pflege von landeseinheitlichen Datenverarbeitungsverfahren für die baden-württembergischen Kommunen. Daneben erbringt die Komm.ONE-Gruppe eine Vielzahl von Dienstleistungen wie die Beratung des Landes, der kommunalen Landesverbände und anderer Stellen. Seit den 1990er Jahren ist die Komm.ONE-Gruppe mit ihren Verfahren auch bundesweit und damit auch außerhalb von Baden-Württemberg tätig.

Die Komm.ONE-Gruppe hat rechtlich unselbstständige Betriebstätten in Ulm, Reutlingen, Karlsruhe, Heidelberg, Heilbronn, Freiburg und Stuttgart. Der Sitz der Komm.ONE AöR ist Stuttgart. Der Hauptsitz der civillent GmbH befindet sich in Reutlingen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Alle Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts 2020 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mussten mit Einsetzen der Corona-Pandemie zurückgenommen werden. Die Corona-Pandemie hat die globale Wirtschaft in eine tiefe Rezession geführt. Auch die deutsche Wirtschaftsleistung wird in den ersten beiden Quartalen 2020 im Vergleich zum Vorjahr zurückgehen. Die weitere Entwicklung ist mit großen Unwägbarkeiten verbunden. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute rechnet mit einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) im ersten und zweiten Quartal 2020 von 1,9 % bzw. -9,8 % jeweils gegenüber dem Vorquartal. Bei einer angenommenen relativ raschen Erholung im weiteren Verlauf des Jahres erwartet die Gemeinschaftsdiagnose einen Rückgang des BIP im Gesamtjahr 2020 um -4,2 %. Die Arbeitslosigkeit war im Mai mit 2,81 Mio. um 577.000 Arbeitnehmer höher als im Mai des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote stieg damit auf 6,1 % an. Für die ITK-Branche prognostizierte der Branchenverband BITKOM im Januar 2020 einen diesjährigen weiteren Anstieg des Umsatzes um 1,5 % und der Beschäftigten um 3,1 %. Im Bereich der Informationstechnik sollten die Umsätze 2020 am stärksten steigen, um 2,7 % auf 95,4 Milliarden Euro. Diese Zahlen wurden im April 2020 mit dem Absturz des Digitalindex revidiert. Vielmehr geht der Branchenfachverband nun davon aus, dass es zu einem deutlichen Abschwung auch in der Informationstechnik kommen wird.

▀ **B. Geschäftsverlauf**

Die Komm.ONE-Gruppe befindet sich seit ihrer Gründung am 1. Juli 2018 in einem noch anhaltenden Transformationsprozess. Die neue Aufbauorganisation wird 2020 abgeschlossen werden. Die Ablaufstrukturen werden 2020/2021 vollends eingerichtet und sukzessive weiter verbessert. Dieser Transformationsprozess wird auch mit den gesellschaftlichen Anforderungen an die Digitalisierung verbunden. Die Komm.ONE bedient im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags die Mitglieder des Zweckverbandes 4IT (Baden-Württemberg, sogenannter Heimatmarkt), die civillent GmbH gewerblichen Kunden in Baden-Württemberg sowie kommunale und gewerbliche Kunden außerhalb Baden-Württembergs. Die Unternehmensgruppe beschafft, entwickelt und betreibt Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung für kommunale Körperschaften, deren Zusammenschlüsse und deren Unternehmen im Land. Der Betrieb umfasst die Beschaffung, die Einrichtung, die Wartung und die Pflege von Anlagen und Programmen sowie von Rechnern und Rechnersystemen. Die einzelnen Unternehmen konnten 2019 auf einen guten Geschäftsverlauf zurückschauen.

Unter den Entwicklungen der Online-Verwaltung wird die IT-informationstechnische Gesamtumsetzung der OZG-Anforderungen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sowie der Erwartungshaltungen der Bürger und Unternehmen an die digitale, smarte Kommune verstanden. Dabei betrachtet die Unternehmensgruppe nicht nur die technische Umsetzung mittels durch das Programm Online-Verwaltung, sondern auch die organisatorischen, prozessualen und strategischen Aspekte im Zuge der Reifegradentwicklung hin zur „Kommune 4.0“. Um dieses Zielbild zu erreichen, arbeitet die Unternehmensgruppe eng mit dem Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Innenministerium (IM) und den kommunalen Landesverbänden (Gemeindetag, Städte- und Landkreistag), zusammen und unterstützt bei der Entwicklung der Online-Prozesse im Kontext der OZG-Umsetzung. Die Bereitstellung und Nutzung der Online-Prozesse erfolgt dann auf der Plattform des Landes service-bw. Um die Ende-zu-Ende-Verarbeitung bis ins Fachverfahren zu realisieren, hat die Komm.ONE eine „Middleware“ entwickelt, die das Bindeglied zwischen „Formularen“ und Fachverfahren/Registern bildet. Diese Elemente werden den Kommunen vom Land BW (IM) beigestellt und sind für die nächsten zwei Jahre über die E-Government-Vereinbarung (eGoV) finanziert.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 396 T€ auf 66,7 Mio. € gesenkt (- 0,6 %). Wesentliche Änderungen gab es auf der Aktivseite in den Finanzanlagen durch die Anpassung des Beteiligungswertes an das Eigenkapital der Komm.ONE AöR aufgrund der Neubewertung der Rückstellungen (-1,0 Mio. €). Des Weiteren begründet sich die Veränderung im Umlaufvermögen durch den Anstieg der Flüssigen Mittel (+ 1,1 Mio. €) und Reduktion der Forderungen (- 494 T€). Auf der Passivseite beruht die Senkung der im Wesentlichen analog den Finanzanlagen auf der Aktivseite (- 1,0 Mio. €) sowie der Zunahme der Verbindlichkeiten (+ 213 T€).

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand zum Jahresende erhöhte sich auf insgesamt 1,1 Mio. €. Die Zahlungsfähigkeit des Zweckverbands 4IT war jederzeit gewährleistet.

Ertragslage

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge zur Deckung der laufenden Aufwendungen des Geschäftsjahres liegt in Summe bei 401 T€ und somit 54 T€ unter der des Vorjahres. Die Aufwendungen fallen in Summe mit 54 T€ niedriger aus als im Vorjahr. Dieser Rückgang ist hauptsächlich bedingt durch den geringeren Verwaltungsaufwand (-78 T€) aus der Geschäftsbesorgung.

Investitionen

Neuinvestitionen wurden nicht getätigt.

➤ C. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet aufgrund der Corona-Epidemie einen starken konjunkturellen Einbruch für das Jahr 2020. Für das laufende Jahr wird mit deutlich niedrigeren Steuereinnahmen für die Kommunen gerechnet. Durch den im Jahr 2020 erwarteten Rückgang des Bruttoinlandsproduktes muss zudem mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Ohne Hilfsprogramme des Bundes und der Länder werden die Kommunen deutliche Einsparungen in den öffentlichen Haushalten vornehmen müssen. Aufgrund des Anstiegs der Nachfrage nach Hardware und digitalen Verfahrenslösungen infolge der Pandemie in den Monaten März und April 2020 geht die Geschäftsführung davon aus, dass der IT-Bereich der Kommunen von den Kürzungen in den kommunalen Haushalten nicht allzu stark betroffen sein wird. Vielmehr rechnet die Geschäftsführung damit, dass durch die gesetzlichen Vorgaben zur Eindämmung der Pandemie und den hieraus notwendigen Änderungen in den kommunalen Verwaltungsprozessen weitere Möglichkeiten bzw. Anforderungen zur Beschleunigung der Digitalisierung in den angebotenen Dienstleistungen bestehen. Trotz der aufgezeigten Chancen in der Digitalisierung und den kommunalen Haushaltskürzungen wird weiterhin mit ausgewogenen Ergebnissen für den Zweckverband gerechnet. Auch für 2020 sind für die Finanzierung der Investitionen keine Kredite von Dritten geplant.

➤ D. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Auch als öffentliche Wirtschaftsunternehmen müssen sich die Unternehmen der Komm.ONE-Gruppe einer verschärfenden Wettbewerbssituation stellen unter anderem auch wegen der zunehmend steigenden rechtlichen Anforderungen. Hinzu kommen die ständig steigenden Anforderungen an die IT- und Datensicherheit, die im Zusammenwirken der Prozesse und der IT ebenfalls für zusätzliche Komplexität sorgen. Die Komm.ONE-Gruppe unterhält ein dokumentiertes Risikomanagementsystem. Die Geschäftsrisiken und Chancen werden regelmäßig überwacht sowie gesteuert. Zu den klassischen Risiken eines IT-Unternehmens gehören u.a. die Risiken der Abwanderung von Kunden, Ressourcenengpässe, fehlendes Neugeschäft sowie ausbleibende Geschäftsfeldentwicklungen oder fehlende Neukunden. Das Risikomanagement sorgt stets für weiterreichende Transparenz über die aktuelle Risikosituation und sorgt rechtzeitig für notwendige Eventualentscheidungen im Gesamtkontext von Chancen und Risiken. Durch die Verankerung des Risikomanagements in den täglichen Prozessen wird die Unternehmensleitung durch regelmäßige Berichte informiert.

2. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risiken der zukünftigen Entwicklung bestehen in Bezug auf den weiteren Absatz der eigenen Produkte in Baden-Württemberg und bundesweit. Insgesamt ist festzustellen, dass die Akquisition weiterer Kundenaufträge in beiden Märkten in einem schwierigeren Wettbewerbsumfeld erfolgt. Bundesweit zeigt sich ein hoher Verdrängungswettbewerb, der sich insbesondere in zunehmend niedrigeren Verkaufs- und Absatzpreisen widerspiegelt. Die Komm.ONE-Gruppe hat auf die Entwicklungen im Heimat- und Drittmarkt reagiert und erforderliche Gegenmaßnahmen eingeleitet. Die Komm.ONE-Gruppe ist mit ihrem Produktportfolio im Markt für kommunale Software gut aufgestellt und sieht trotz des schwierigen Kundenumfelds weiterhin Chancen für weiteres Umsatzwachstum.

Chancen sieht der Geschäftsführer hingegen im Aufbau des Programms „Souveränität“. Hier werden die wichtigen Zukunftsprojekte der Komm.ONE-Gruppe unter einer übergreifenden Vision gebündelt, nämlich die Sicherung der digitalen Souveränität der Gesellschaft. Übergreifende Zielsetzung des Programms ist die Entwicklung der Komm.ONE-Gruppe zum Vordenker / Wegbereiter der digitalen Souveränität und im Zuge dessen die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie (Roadmap) und Sicherung der Erlebbarkeit von Digitalisierung für Mitarbeiter und Mitglieder. Die Komm.ONE-Gruppe wird hierzu ihr technisches Know-How im Betrieb und der sicheren Anbindung einbringen. Da dies nicht an den Grenzen des Bundeslandes Halt macht, gehen wir von der Generierung zusätzlicher Umsätze aus.

Die Bürger erleben die Digitalisierung in fast allen Lebenslagen als eine Verfügbarkeit von vielfältigsten Services. Seien es Online-Banking, Fahrplanauskünfte, Flugbuchungen bis hin zu situativen Versicherungsabschlüssen über alle Kanäle digitaler Kommunikation. Dabei reicht die Bandbreite der technischen Eingabemöglichkeiten über PC, Laptop, Smartphone und Tablet als technische Voraussetzung und Browser bis hin zur Sprachkommunikation. All diese Vielfalt muss bereitgestellt und sicher betrieben werden. Erst recht, wenn es sich um schützenswerte Daten handelt. Gerade hier ist das Geschäftsfeld der civillent GmbH als Bindeglied für die Online-Verwaltung beheimatet. Wir stellen heute die entsprechenden Services für die Komm.ONE-Gruppe bereit, um die IT-technische Umsetzung der Verwaltungsleistungen in Online-Prozesse mit grundsätzlich herzustellender durchgängiger Datenverarbeitung bis in die kommunalen Fachverfahren hinein zur Verfügung.

Das größte Risiko besteht für die Komm.ONE-Gruppe im Fachkräftemangel. Dies wollen wir insbesondere durch die Hebung eigener Potentiale ausgleichen und gleichzeitig in den Nachwuchs investieren. Nach der Konsolidierungsphase im abgeschlossenen Geschäftsjahr, wollen wir auch in der eigenen Verwaltung die entsprechenden Prozesse umsetzen, um die erlangten Erfahrungen in gewinnbringende Prozesse umzusetzen.

Karlsruhe, den 06.08.2020

Dr. Ulrich Fiedler
Verbandsvorsitzender

➤ **Mitglieder des Zweckverbandes:**

Die Mitglieder des Zweckverbandes 4IT sind Städte, Gemeinden, Landkreise und weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstige Mitglieder.

Die Mitglieder des Zweckverbandsvorsitz und des Verwaltungsrates des Zweckverbandes 4IT zum 31.12.2019 setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

➤ **Vorsitzende des Zweckverbandes und des Verwaltungsrats:**

Verbandsvorsitzender: OB Dr. Ulrich Fiedler, Stadt Metzingen

1. Stellvertreter: Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis
2. Stellvertreter: EBM Dr. Fabian Mayer, Stadt Stuttgart
3. Stellvertreter: OB Dr. Frank Mentrup, Stadt Karlsruhe

Verwaltungsrat:

Mitgliedersegment bis 7.500 Einwohner								
Stellvertreter	BM Kälberer Altdorf	BM Sczuka Althütte	BM Schiele Bitz	BM Mangold Berghülen	BM Oeldorf Wilhelmsf.	BM Burger Loffenau	BM Haas Dornstetten	BM Bühler Hausen/W.
Mitglied	BM Reutter Hattenhof	BM Warthon Benningen	BM Hölsch Dusslingen	N.N.	N.N.	BM Haas Ahorn	BM Lachenauer U-Reichenbach	BM Gabbert Schuttertal

Mitgliedersegment bis 20.000 Einwohner								
Stellvertreter	BM Faißt Renningen	BM Buß Plochingen	N.N.	BM Nußbaum Lichtenstein	BM Krieger Laufenburg	BM Neumann Künzelsau	BM Bünger Wildberg	BM Hagenacker Teningen
Mitglied	BM Lutz Waldenb.	BM Schäfer Hemmingen	BM Krafft Langenargen	BM Acker Oberndorf	N.N.	BM Waldenberger Lauffen	BM Nowitzki Oberderdingen	BM Guderjahn Kenzingen

Mitgliedersegment Große Kreisstädte								
Stellvertreter	N.N.	OB Makurath Ditzingen	BM Schäfer Balingen	Frau Burg Weingarten	OB Jann Mosbach	OB Eggert Calw	OB Schlatterer Emmending.	OB Holaschke Eppingen
Mitglied	OB Dr. Zieger Esslingen	OB Hesky Waiblingen	OB Dr. Fiedler Metzingen	OB Baumann Ehingen	OB Dr. Pörtl Schwetzingen	OB Arnold Ettlingen	OB Götzmann Waldkirch	OB Lutz Lörrach

Mitgliedersegment Landkreise								
Stell-vertreter	LR Wolff Göpping.	LR Eininger Esslingen	Ltd. KVwD. Wolf Zollernalb	Herr Simon Ravensburg	LR Piepenburg Heilbronn	LR Huber Rastatt	LR Riegger Calw	LR Dr. Kistler Waldshut
Mitglied	LR Bernhard Böblingen	LR Dr. Sigel Rems-Murr	Ltd. KVwD. Pflumm Reutlingen	Ltd. KVwD. Wolf Ostalb	LR S. Dallinger Rhein-Neck.	LR Dr. Schnaudigel Karlsruhe	LR Scherer Ortenau	LRin Dammann Lörrach

Mitgliedersegment Stadtkreise								
Stell-vertreter	Herr Reichert Stuttgart	Herr Weusthof Stuttgart	EBM Bendel Ulm	Herr Queisser Reutlingen	EBM Specht Mannheim	Hr. Schilling Heilbronn	Herr Enderes Pforzheim	Herr Mutter Freiburg
Mitglied	EBM Dr. Mayer Stuttgart	Herr Vaas Stuttgart	OB Czisch Ulm	BM Hahn Reutlingen	BM Heiß Heidelberg	EBM Diepgen Heilbronn	OB Dr. Mentrup Karlsruhe	BM Breiter Freiburg

Mitgliedersegment Sonstige	
Stell-vertreter	Herr Zwanziger Verband Region Stuttgart Frau Hund Unfallkasse Baden-Württemberg
Mitglied	Herr Steck Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg Herr Reimold Kommunaler Versorgungsverbund Baden-Württemberg

➤ **Versicherungsschutz**

Zur Absicherung des Risikos eines Vermögensschadens (D&O Versicherung) besteht Versicherungsschutz bei der Württembergische Gemeinde-Versicherung in Höhe von EUR 2.500.000,00.

Zur Abdeckung weiterer Risiken besteht für den Zweckverband 4IT als Versicherungsnehmer seit 01.07.2018 über die Verträge der Komm.ONE AöR mittelbar bei der Württembergische Gemeinde-Versicherung folgender Versicherungsschutz:

- Haftpflichtversicherung (Deckungssumme EUR 250.000,00, höchsten Jahr EUR 500.000,00)
- Eigenschadenversicherung (Deckungssumme EUR 500.000,00)
- Vertrauensschadenversicherung (Deckungssumme EUR 1.000.000,00)
- Rechtsschutzversicherung (Deckungssumme EUR 1.000.000,00 je Rechtsschutzfall bzw. bei privatrechtlichen Schuldverhältnissen und dingliche Rechte EUR 100.000,00)
- Dienstreisefahrzeugversicherung (Deckungssumme EUR 50.000,00)

➤ **Wichtige Verträge**

Zur Erledigung seiner Aufgaben bedient sich der Zweckverband mittels einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung seitens der Komm.ONE AöR.

Endgültige Umlage

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes 4IT wird durch die Erhebung einer Umlage gedeckt. Die Versammlung beschließt beim jeweiligen Jahresabschluss die endgültige Betriebsumlage.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Aufwendungen		
Allgemeiner Verwaltungsaufwand:		
Geschäftsbesorgung Komm.ONE AöR	132.198,53	210.000,00
Versicherung D&O	2.261,00	1.130,50
Inserate und Veröffentlichungen	1.789,28	1.078,57
Betrieblich veranlasste Veranstaltung	126.539,08	142.994,31
Prüfungs- und Abschlusskosten	5.100,00	7.400,00
Post-und Transportgebühren	378,70	0,00
	<u>268.266,59</u>	<u>362.603,38</u>
Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten:		
Aufwandsentschädigung Verbandsvorsitz und Vertreter	13.800,00	6.900,00
Sitzungsgelder	71.100,00	44.500,00
Reisekosten	46.007,41	36.255,16
	<u>130.907,41</u>	<u>87.655,16</u>
Übrige sonstige Aufwendungen	1.869,74	5.030,94
	<u>1.869,74</u>	<u>5.030,94</u>
Umzulegender Aufwand	<u>401.043,74</u>	<u>455.289,48</u>

Zur Deckung des umzulegenden Aufwands werden EUR 3.018,44 sonstige betriebliche Erträge herangezogen. Somit errechnet sich die endgültige Betriebsumlage zu EUR 398.025,30 zuzüglich der Sonderumlagen 2018 (EUR 119.195,68) und 2019 (EUR 267.354,70) – insgesamt EUR 784.575,68.

► Vermögensplanabrechnung 2019

	PLAN / EUR	IST / EUR	Abweichung
Finanzierungsmittel (Einnahmen):			
Zuführungen zum Stammkapital Komm.ONE (Eigenkapital)	0	0	0
Kassenkredit Komm.ONE	0	100.000,00	100.000,00
Zuführung Teil-Sonderumlage 2018	0	119.195,68	119.195,68
Zuführung Teil-Sonderumlage 2019	0	267.354,70	267.354,70
Summe	0	486.550,38	486.550,38
Finanzierungsbedarf (Ausgaben):			
Abschreibung Beteiligung an Komm.ONE 2018	0	998.430,92	998.430,92
Summe	0	998.430,92	998.430,92
Saldo des Jahres	0	-511.880,54	-511.880,54
Erübrigte Mittel aus Vorjahren	0	0	0
Gesamt Finanzierungsmittel (+)/-bedarf (-)	0	-511.880,54	-511.880,54

► **Erfolgsplanabrechnung 2019**

	PLAN 2019 EUR	IST 2019 EUR	Abweichung EUR
Aufwendungen			
Allgemeiner Verwaltungsaufwand:			
Geschäftsbesorgung Komm.ONE AöR	100.000,00	132.198,53	-32.198,53
Versicherung D&O	0,00	2.261,00	-2.261,00
Inserate und Veröffentlichungen	0,00	1.789,28	-1.789,28
Betrieblich veranlasste Veranstaltung	352.000,00	126.539,08	225.460,92
Prüfungs- und Abschlusskosten	0,00	5.100,00	-5.100,00
Post- und Transportgebühren	0,00	378,70	-378,70
	452.000,00	268.266,59	183.733,41
Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten:			
Aufwandsentschädigung Verbandsvorsitz und Vertreter	40.000,00	13.800,00	26.200,00
Sitzungsgelder	172.000,00	71.100,00	100.900,00
Reisekosten	0,00	46.007,41	-46.007,41
	212.000,00	130.907,41	81.092,59
Übrige sonstige Aufwendungen	0,00	1.869,74	-1.869,74
Abschreibungen auf Finanzanlagen (Beteiligung Komm.ONE)			
Anpassung Beihilferückstellungen im Jahresabschluss der Komm.ONE AöR zum 31.12.18	0,00	998.430,92	-998.430,92
	664.000,00	1.399.474,66	-735.474,66
Erträge			
Deckung der lfd. Aufwendungen aus Umlagevorauszahlungen	664.000,00	398.025,30	265.974,70
Erhebung Teil-Sonderumlage 2018 (Ergebnisvortrag)	0,00	119.195,68	-119.195,68
Erhebung Teil-Sonderumlage 2019 (Verb. ggü. Mitgliedern)	0,00	267.354,70	-267.354,70
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	3.018,44	-3.018,44
	664.000,00	787.594,12	-123.594,12
Ergebnis der Jahresrechnung 2019	0,00	-611.880,54	611.880,54

5. Schwarzwald Musikfestival gGmbH

Gründung:

23. Dezember 1999

Eintragung:

in das Handelsregister Amtsgericht Stuttgart unter der Nummer HRB 430952

Gegenstand des Unternehmens:

Hauptaktivität der Schwarzwald Musikfestival gGmbH ist die „Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten, Musiktheater- und Vortragsveranstaltungen in Gemeinden des Schwarzwaldes, insbesondere im Rahmen des Schwarzwald Musikfestivals“ (Auszug aus § 2 der Satzung der Schwarzwald Musikfestival gGmbH).

Die Schwarzwald Musikfestival gGmbH kann als Träger einer regionalen Kulturförderung zur Verfügung stehen. In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen zur Förderung von Kunst und Kultur will die Gesellschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Musikkultur in der Region leisten.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **3.750 Euro** am Stammkapital von **56.250 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **6,7 %**.

Des Weiteren sind als Gesellschafter beteiligt:

Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e. V. 26,6 %
Gemeinde Baiersbronn 13,3%
Stadt Freudenstadt 13,3%
Hochschwarzwald Tourismus GmbH (HTG) 13,3%
Landkreis Calw 6,7%
Landkreis Rottweil 6,7%
Landkreis Freudenstadt 6,7%
Mark Mast 6,7%

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführung:

Mark Mast, Geschäftsführender Intendant

b) Verwaltungsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Kuratorium (seit 2007):

Mitglieder siehe Anlage

d) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaftsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschafter (siehe Beteiligungsverhältnisse).

Beteiligungen des Unternehmens:

Keine

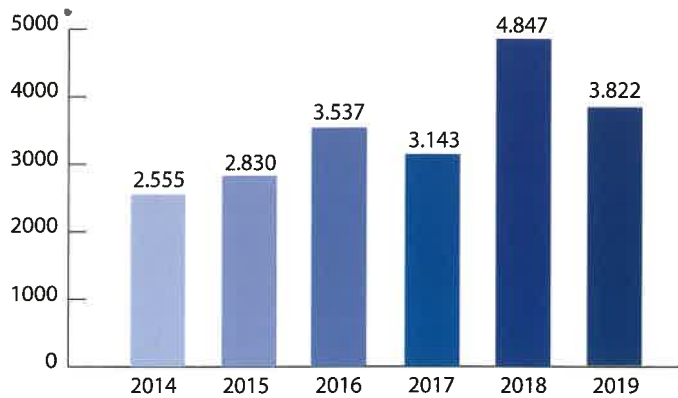
KENNZAHLEN 2014 – 2019

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Konzertdaten						
Konzerte	17	18	18	17	17	15
Spielorte	12	16	16	17	16	14
Spielstätten	16	18	18	17	17	15
Kartenkontingent	4.371	3.851	4.339	4.289	5.583	5.438
Verkaufte Karten/Besucher	2.555	2.830	3.537	3.143	4.847	3.822
Auslastung	58 %	73 %	81,5 %	75 %	87 %	70 %
Besucher pro Konzert	150	157	197	197	285	255
Besucher Konzerteinführungen	561	880	1.154	1.176	1.735	1.395
Kinder entdecken Klassik		49	124	128	74	71
Mediadaten						
Medien-Meldungszahl (Zeitraum 1.12. – 30.6. des Jahres)		299	488	527	632	807
Medien-Reichweite (Zeitraum 1.12. – 30.6. des Jahres)			17.644.737	17.035.999	19.080.261	19.588.709
Anzeigenäquivalenzwert (Zeitraum 1.12. – 30.6. des Jahres)			259.673 €	658.564 €	1.125.789 €	872.687 €
Finanzdaten						
Gesamtjahresertrag	305.702 €	370.880 €	399.759 €	382.741 €	464.835 €	411.296 €
Gesamtjahresaufwand	-271.532 €	-346.261 €	-398.931 €	-376.439 €	-464.532 €	-411.228 €
Jahresergebnis	34.170 €	24.619 €	828 €	6.302 €	303 €	68 €

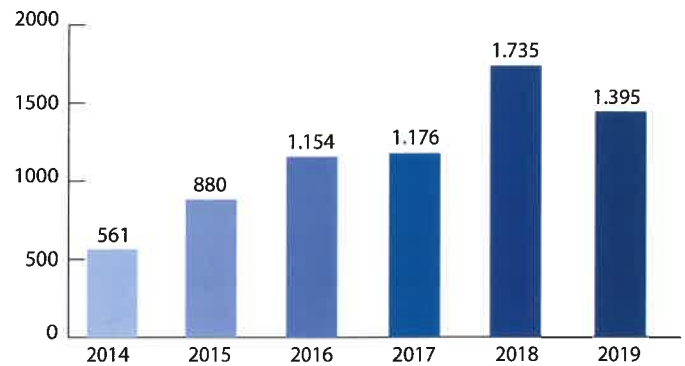
Für alle Daten gilt: Stand 4.3.2020

KENNZAHLEN 2014 – 2019

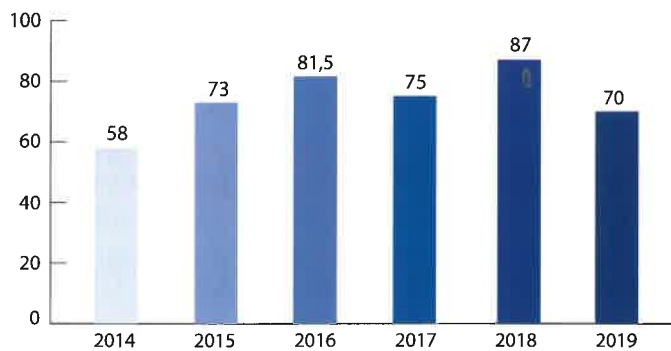
Besucher 2014 – 2019



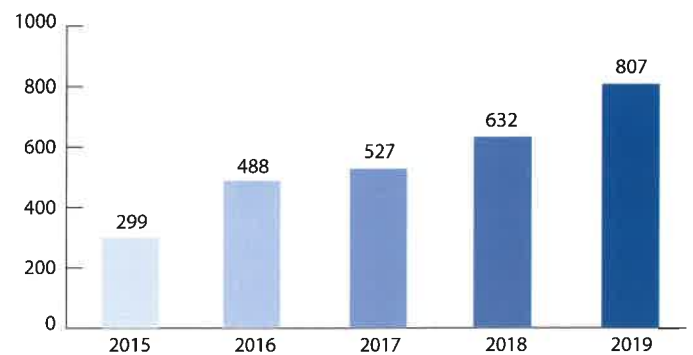
Besucher Konzerteinführungen 2014 – 2019



Auslastung 2014 – 2019 in %



Medien-Meldungszahlen 2015 – 2019



STRUKTUR, GREMIEN UND PERSONALIA

STRUKTUR DER SCHWARZWALD MUSIKFESTIVAL gGMBH

Hauptaktivität der am 23. Dezember 1999 gegründeten Schwarzwald Musikfestival gGmbH ist die „Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten, Musiktheater- und Vortragsveranstaltungen in Gemeinden des Schwarzwaldes, insbesondere im Rahmen des Schwarzwald Musikfestivals“ (Auszug aus §2 der Satzung der Schwarzwald Musikfestival gGmbH).

Die Schwarzwald Musikfestival gGmbH kann als Träger einer regionalen Kulturförderung zur Verfügung stehen. In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen zur Förderung von Kunst und Kultur will die Gesellschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Musikkultur in der Region leisten.

Diese Veranstaltungen werden vom Intendanten Mark Mast konzipiert und vom Festivalbüro und der Partneragentur Zeitklänge Gesellschaft für musikalischen Mehrwert mbH durchgeführt. Unterstützt wird das Festivalteam von den Organen der gGmbH, dem Kuratorium, der Fördergesellschaft sowie vielen ehrenamtlichen Helfern.

Schwarzwald Musikfestival heute

Aus 7 Veranstaltungen in 1998 sind 15 Veranstaltungen in 2019 geworden.

Aus 3 Veranstaltungsorten im Jahr 1998 sind 14 Veranstaltungsorte im Jahr 2019 geworden.

Seit seiner Gründung 1998 hat das Festival insgesamt an 57 Spielorten im gesamten Schwarzwald gespielt.

ORGANIGRAMM

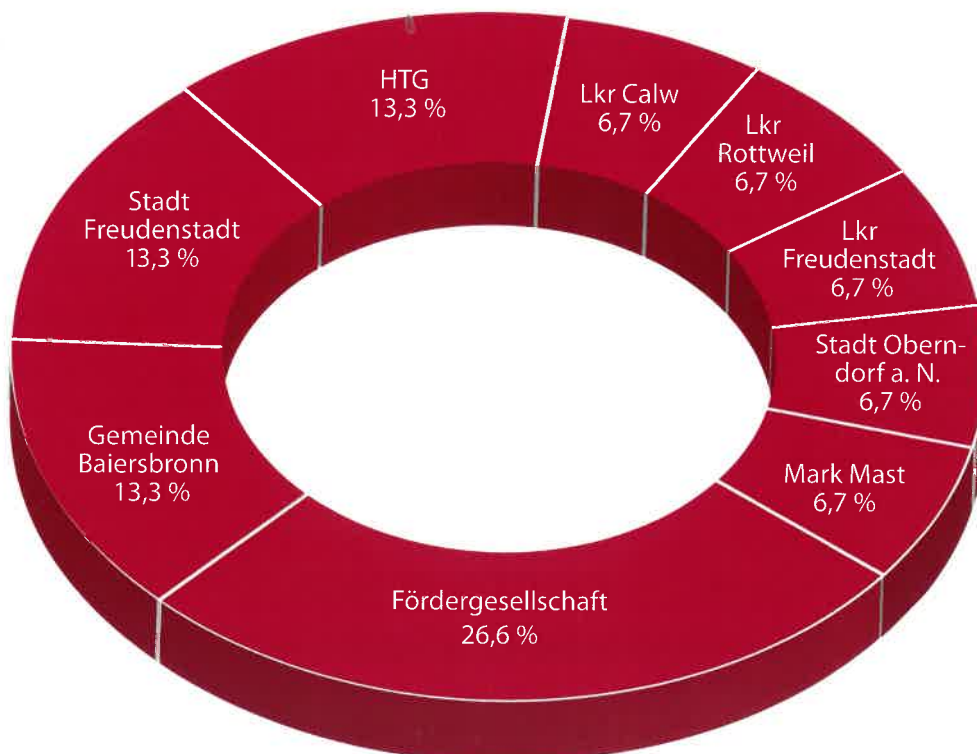


GESELLSCHAFTER

Die Gesellschäfterversammlung besteht aus den (gesetzlichen) Vertretern der Gesellschafter.

Gesellschafter	vertreten durch	Beitritt
Gemeinde Baiersbronn	Michael Ruf, Bürgermeister	1999
Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e. V.	Jochen Bischoff, 2. Vorsitzender	1999
Stadt Freudenstadt	Julian Osswald, Oberbürgermeister	1999
Landkreis Calw	Helmut Riegger, Landrat	2005
Mark Mast	denselben	2008
Landkreis Rottweil	Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Landrat	2008
Hochschwarzwald Tourismus GmbH (HTG)	Thorsten Rudolph, Geschäftsführer	2009
Landkreis Freudenstadt	Dr. Klaus Michael Rückert, Landrat	2010
Stadt Oberndorf a. N.	Herrmann Acker, Bürgermeister	2018

Das Stammkapital der SMF Schwarzwald Musikfestival gGmbH beträgt 56.250 Euro, welches sich wie folgt mit den entsprechenden Geschäftsanteilen zusammensetzt:



STRUKTUR, GREMIEN UND PERSONALIA

KURATORIUM

Unter Anwesenheit des damaligen Ministerpräsidenten Günther Oettinger wurde das Kuratorium des Schwarzwald Musikfestivals bei der Gründungsversammlung am 20. September 2007 ins Leben gerufen. In der konstituierenden Sitzung unter dem Patronat des damaligen Staatssekretärs Dr. Dietrich Birk am 1. Dezember 2007 wurden seine Aufgaben definiert und Hermann Bareiss, Geschäftsführer des Hotel Bareiss, zum Vorsitzenden ernannt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums wurden Dr. Bernhard Kallup und Jürgen Walther gewählt.

Kurator	Firma/Institution
Hermann Bareiss <i>Vorsitzender</i>	Hotel Bareiss
Dr. Bernhard Kallup <i>Stellvertretender Vorsitzender</i>	
Jürgen Walther <i>2. Stellvertretender Vorsitzender</i>	VUD Medien GmbH
Karin Abt-Straubinger	ABTART GmbH
Ann-Katrin Bauknecht	Honorargeneralkonsulat Königreich Nepal
Arnold Berens	
Dr. Dietrich Birk	
Jochen Bischoff	Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestival e. V.
Andreas Braun	TMBW
Uwe Braun	Kreissparkasse Freudenstadt
Dr. Robert Determann	Kultur- und Sportamt Stadt Ettlingen
Prof. Klaus Fischer	fischerwerke GmbH & Co KG
Andreas Gaupp	Mineralbrunnen Teinach GmbH
Vera Haueisen	
Hans-Joachim Heer	
Roger Heidt	Stadtwerke Pforzheim
Erika Heim	Erika Heim Communication
Carmen Hettich-Günther	HOMAG Holzbearbeitungssysteme GmbH
Carsten Huber	Schwarzwälder Bote Mediengesellschaft mbH

Kurator	Firma/Institution
Gerhard Kaufmann	Griesbacher Mineral- und Heilquellen GmbH
Alexander A. Klein	Oest Holding GmbH
Herbert Klumpp	
Hansjörg Mair	Schwarzwald Tourismus GmbH
Dr. Eleonore Mathier	Stiftung Lyra
Prof. Dr. Conny Mayer-Bonde	Duale Hochschule Ravensburg
Dr. Andreas Narr	SWR Tübingen
Dr. Eckard Peterson	Förderverein Kurtheater Wildbad e. V.
Jochen Protzer	Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH
Christian Rasch	Badische Staatsbrauerei Rothaus AG
Steffen Ringwald	EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH
Thomas Satinsky	J. Esslinger GmbH & Co. KG
Peter Schneider, MdL	Sparkassenverband Baden-Württemberg
Stephan Scholl	Sparkasse Pforzheim-Calw
Gerhard Schuler	
Christian Timmer	Concept Company GmbH
Prof. Arno Votteler	Vottelerdesign
Carsten Wenz	
Peter Wohlfarth	Badischer Weinbauverband e. V.
Dr. Ernst Wolf	Wolf Produktionssysteme GmbH

STRUKTUR, GREMIEN UND PERSONALIA

VERWALTUNGSRAT

Der Verwaltungsrat besteht aus neun Mitgliedern und wird von der Gesellschafterversammlung jeweils für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt.

Die Mitglieder des amtierenden Verwaltungsrates sind wie folgt:

Verwaltungsrat	Firma/Institution
Julian Osswald <i>Vorsitzender</i>	Oberbürgermeister Stadt Freudenstadt
Eric Becker <i>Stellvertretender Vorsitzender</i>	Stellvertretender Gesamtverkaufsleiter Badische Staatsbrauerei Rothaus AG
Hans-Joachim Ahner	Amtsleiter für Kultur, Bildung und Sport der Stadt Oberndorf a. N.
Hannes Bareiss	Geschäftsführer Hotel Bareiss GmbH
Uwe Braun	Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse Freudenstadt a. D.
Reinhard Geiser	Erster Landesbeamter des Landkreises Freudenstadt
Vera Haueisen	Beratung für Hotellerie und Dienstleistungsunternehmen
Michael Krause	Tourismusedirektor Freudenstadt
Norbert Pietsch	Schatzmeister der Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e. V.
Thorsten Rudolph	Geschäftsführer der Hochschwarzwald Tourismus GmbH
Bernhard Rüth	Kulturamtsleiter Landkreis Rottweil
Patrick Schreib	Tourismusedirektor Baiersbronn Touristik
Dr. Anette Sidhu-Ingenhoff	Klassikredaktion SWR2 Studio Tübingen
Norbert Weiser	Bereichsleiter Jugend, Soziales und Schulen Landkreis Calw
Bernhard Zepf	Geschäftsführer Hotel-Restaurant Erbprinz GmbH

SCHIRMHERREN 1998 – 2018

Jahr	Schirmherr	Funktion
1998 – 1999	Professor August Everding	Bayerischer Staatsintendant
1999 – 2007	Gerlinde Hämmerle	Regierungspräsidentin Regierungspräsidium Karlsruhe
2008 – 2009	Günther H. Oettinger	Ministerpräsident Baden-Württemberg
2010 – 2011	Stefan Mappus	Ministerpräsident Baden-Württemberg
2012 – 2016	Alexander Bonde	Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
2017	Winfried Kretschmann	Ministerpräsident Baden-Württemberg
2018	Günther H. Oettinger	Mitglied der europäischen Kommission zuständig für Haushalt und Personal

SCHWARZWALD MUSIKFESTIVAL GGMBH

Geschäftsführung

Mark Mast *Geschäftsführender Intendant*

Mitarbeiterin des Festivalbüros

Julia Freitag *Verwaltung*

Anzeigen

Vera Haueisen

Zu B) weitere geringfügige Beteiligungen (Ausleihungen):

6. Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG

18 Geschäftsanteile mit jeweils 50 Euro, insgesamt 900 Euro

vgl. Kurzbericht zum Geschäftsjahr 2019, Anlage 1

7. Volksbank Rottweil

3 Geschäftsanteile mit je 150 Euro, insgesamt 450 Euro

vgl. Kurzbericht zum Geschäftsjahr 2019, Anlage 2

8. Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG

20 Geschäftsanteile mit insgesamt 204,52 Euro

vgl. Jahresabschluss 30.09.2019, Anlage 3

WIR MACHEN
**DEINE
BANK**
#digital

Aktivseite (Kurzfassung)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			15.900.980,43		14.596
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	102.509.663,99		102.509.663,99		82.694 (82.694)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	118.410.644,42	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zent alnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierba	0,00		0,00		0 (0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			76.438.178,18		198.524
b) andere Forderungen			10.388.219,59	86.826.397,77	15.675
4. Forderungen an Kunden				1.175.805.651,99	1.076.231
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	263.579.597,43				(223.512)
Kommunalkredite	11.253.408,98				(7.490)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					0
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0) 0
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0,00	0,00		(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4.882.169,79				9.939 (9.939)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	182.901.757,28	294.119.554,32	299.001.724,11		330.946 (268.304)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	299.001.724,11	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				263.136.912,24	238.317
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			47.719.428,06		47.786
darunter: an Kreditinstituten	668.600,51				(669)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			82.370,00	47.801.798,06	82
darunter: bei Kreditgenossenschaften	32.900,00				(33)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				100.000,00	100
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				19.897,37	33
darunter: Treuhandkredite	19.841,20				(33)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			8.576,00		19
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	8.576,00	0
12. Sachanlagen				20.623.454,99	24.520
13. Sonstige Vermögensgegenstände				705.555,22	4.070
14. Rechnungsabgrenzungsposten				139.254,56	142
SUMME DER AKTIVA				2.012.579.866,73	2.043.674

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			651.669,64		472
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			147.762.281,85	148.413.951,49	177.507
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		367.128.981,36			374.727
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.001.223,88	371.130.205,24		10.705
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	1.250.278.845,40				1.240.076
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	19.754.395,75	1.270.033.241,15		1.641.163.446,39	26.783
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				19.897,37	33
darunter: Treuhandkredite	19.841,20				(33)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.928.605,31	2.405
6. Rechnungsabgrenzungsposten				26.799,25	44
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtunge			14.703.918,00		14.611
b) Steuerrückstellungen			2.145.722,53		942
c) andere Rückstellungen			4.630.999,30	21.480.639,83	7.691
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				80.000.000,00	70.000
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			28.971.323,46		29.974
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	33.200.000,00				31.800
cb) andere Ergebnisrücklagen	53.600.000,00	86.800.000,00			52.100
d) Bilanzgewinn			3.775.203,63	119.546.527,09	3.805
SUMME DER PASSIVA				2.012.579.866,73	2.043.674
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		39.722.871,15			38.532
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	39.722.871,15		0
2. Andere Verpflichtunge					
a) Rücknahmeverpflichtungen au unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtunge		0,00			0
c) Unwiderrufliche reditzusagen		105.435.932,17	105.435.932,17		98.226
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogene Termingeschäften	0,00				(0)

Gewinn- und Verlustrechnung

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	28.958.056,41				29.489
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.811.517,73	33.769.574,14			6.202
2. Zinsaufwendungen		2.773.698,46		30.995.875,68	3.302
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		314.630,69			196
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		1.079.646,38			1.088
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		1.394.277,07	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge		18.745.745,29			19.286
6. Provisionsaufwendungen		2.511.082,74		16.234.662,55	2.337
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands				0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.548.535,23	10.239
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				0,00	0
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	15.605.349,51				16.913
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.274.112,47	18.879.461,98			3.723
darunter: für Altersversorgung	352.099,77				(759)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		10.639.601,08		29.519.063,06	11.578
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				2.154.088,22	2.001
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				1.408.077,64	1.454
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		2.036.716,43			7.254
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		-2.036.716,43	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		57.069,00			0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		-57.069,00	113
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				18.998.336,18	18.050
20. Außerordentliche Erträge		0,00			0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00			0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5.085.610,25			4.139
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		144.065,68		5.229.675,93	112
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				10.000.000,00	10.000
25. Jahresüberschuss				3.768.660,25	3.800
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				6.543,38	5
				3.775.203,63	3.805
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00			0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen		0,00		0,00	0
				3.775.203,63	3.805
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		0,00			0
b) in andere Ergebnisrücklagen		0,00		0,00	0
29. Bilanzgewinn				3.775.203,63	3.805

Vorstand

Jürgen Findeklee Vorsitzender des Vorstands
Rainer Fader
Frank-Karsten Willer bis 30.04.2019

Aufsichtsrat

Dr. Hans-Joachim König Vorsitzender des Aufsichtsrats
Wolfgang Schneider Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dieter Teufel Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Senator E. h. Dr. Herbert O. Zinell Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Hans-Theodor Cordes Konrad Merkt
Heiko Fetzer Rainer Pfaff
Oliver Hauer Irene Rebmann
Rainer Hezel Renate Schwab (bis 05.06.2019)
Herbert Hils (bis 05.06.2019) Hanno Schweickhardt
Karl-Georg Hils René Störk
Holger Hilzinger Alexandra Zink-Colacicco
Clemens Knoblauch

Hauptgeschäftsstelle

Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG
Am Seltenbach 15, 78532 Tuttlingen
Tel.: 07461 707-0, Fax: 07461 707-1180
E-Mail: info@vbsdn.de
BLZ: 64390130
BIC: GENODES1TUT

Verbandszugehörigkeit

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin
Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V., Karlsruhe
Zentralbank ist die DZ BANK AG, Frankfurt am Main.

Die Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG ist der BVR Institutssicherung GmbH und der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um eine Kurzfassung. Der vollständige Jahresabschluss 2019 wurde vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V. mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

VOBA ZEIT

Anlage 2

AUSGABE 2020

„MEINE BANK“
VOLKSBANK ROTTWEIL –
LOKAL UND REGIONAL

ZAHLEN & FAKTEN

Kurz-Geschäftsbericht 2019

LOKALER HANDEL – VOR, WÄHREND UND NACH CORONA

Interview mit dem Rottweiler
GHV-Vorsitzenden Detlev Maier

DURCHDACHTE FINANZPLANUNG AUCH IN KRISENZEITEN

Tipps für Anleger

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Geschäftsjahr 2019



Jahresbilanz zum 31.12.2019

Aktiv	
Aktivseite	EUR
Barreserve	17.687.952,59
Forderungen an Kreditinstitute	7.846.821,98
Forderungen an Kunden	532.928.868,27
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	328.234.865,91
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	75.646.109,61
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	17.773.499,16
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59
Treuhandvermögen	17.930,58
Immaterielle Anlagewerte	0,00
Sachanlagen	5.460.312,77
Sonstige Vermögensgegenstände	5.908.536,84
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00
Summe der Aktiva	991.530.462,30
Passiv	
Passivseite	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58.160.623,67
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	784.985.873,17
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00
Treuhandverbindlichkeiten	17.930,58
Sonstige Verbindlichkeiten	469.322,34
Rechnungsabgrenzungsposten	1.085,00
Rückstellungen	8.482.665,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken	60.000.000,00
Eigenkapital	
- Gezeichnetes Kapital	10.756.950,00
- Ergebnismrücklagen	68.000.000,00
- Bilanzgewinn	656.012,54
Summe der Passiva	991.530.462,30
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	6.856.572,62
Andere Verpflichtungen z.B. unwiderrufliche Kreditzusagen	27.824.513,19

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2019 – 31.12.2019	
	EUR
Zinserträge	19.422.355,81
Zinsaufwendungen	1.056.382,85
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	2.508.892,13
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	172.634,89
Provisionserträge	5.691.001,74
Provisionsaufwendungen	737.140,39
Nettoertrag/-aufwand aus Finanzgeschäften	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	1.419.693,65
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	
- Personalaufwand	6.797.504,79
- andere Verwaltungsaufwendungen	5.011.212,83
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	724.784,34
Sonstige betriebliche Aufwendungen	324.950,63
Erträge aus Zuschreibung zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	5.153.319,86
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	852.408,20
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	18.863.514,05
Steuern	5.216.382,50
Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken	13.000.000,00
Jahresüberschuss	647.131,55
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	8.880,99
Einstellung in Ergebnismrücklagen	0,00
Bilanzgewinn	656.012,54

Der vollständige Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V. werden zur Offenlegung beim Bundesanzeiger eingereicht. Sie werden außerdem in den Geschäftsräumen der Volksbank Rottweil eG zur Einsicht ausgelegt.

Registergericht: Ulm
Registernummer: 640 157

Jahresabschluss

30.09.2019

Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG
Bad Schussenried

Bestandteile Jahresabschluss

1. Bilanz
2. Gewinn- und Verlustrechnung
3. Anhang

1. Bilanz zum 30. September 2019

Aktivseite

	30.09.2019 EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.489,00	0,00
	<u>2.489,00</u>	<u>0,00</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Sonstige Vermögensgegenstände	1.488,79	0,00
	<u>1.488,79</u>	<u>0,00</u>
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	490.215,73	512.501,08
	<u>491.704,52</u>	<u>512.501,08</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	3.505,81	0,00
Summe der Aktivseite	<u><u>497.699,33</u></u>	<u><u>512.501,08</u></u>

	Passivseite	
	30.09.2019 EUR	Vorjahr EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Geschäftsguthaben		
1. der verbleibenden Mitglieder	241.739,54	242.772,61
2. der ausscheidenden Mitglieder	3.148,35	2.135,66
- Rückständige fällige Einzahlungen auf Geschäftsanteile: EUR 19.172,61 (Vorjahr: EUR 20.341,23)		
	<u>244.887,89</u>	<u>244.908,27</u>
II. Kapitalrücklage		
1. Kapitalrücklage	33.272,41	33.272,41
	33.272,41	33.272,41
III. Ergebn isrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	28.451,33	28.451,33
2. Andere Ergebn isrücklagen	230.071,84	230.071,84
	<u>258.523,17</u>	<u>258.523,17</u>
IV. Bilanzgewinn/-verlust		
1. Gewinn-/Verlustvortrag	-42.602,29	-28.706,40
2. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-29.512,50	-13.895,89
	<u>-72.114,79</u>	<u>-42.602,29</u>
	464.568,68	494.101,56
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen	21.000,00	7.800,00
	21.000,00	7.800,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.812,76	297,80
2. Sonstige Verbindlichkeiten	8.317,89	10.301,72
- : EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
- : EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
	<u>12.130,65</u>	<u>10.599,52</u>
Summe der Passivseite	<u><u>497.699,33</u></u>	<u><u>512.501,08</u></u>

2. Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Oktober 2018 bis 30. September 2019

	2018/19 EUR	Vorjahr EUR
1. Gesamtleistung	0,00	0,00
2. Rohergebnis	0,00	0,00
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	0,00	-500,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	0,00	-205,22
	0,00	-705,22
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.512,50	-13.190,66
5. Zwischensumme	-29.512,50	-13.895,88
Finanzergebnis	0,00	0,00
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-0,01
7. Ergebnis nach Steuern	-29.512,50	-13.895,89
8. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-29.512,50	-13.895,89
9. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-42.602,29	-28.706,40
10. Bilanzgewinn/-verlust	-72.114,79	-42.602,29

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG hat ihren Sitz in 88212 Ravensburg und ist eingetragen in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Ulm. (Reg. Nr. 640 157)

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) aufgestellt.

Die Genossenschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer Kleinstkapitalgesellschaft gemäß § 267 a Abs. 1 HGB auf.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend den Bestimmungen des HGB gem. §§ 266 Abs. 2 und 3 HGB gegliedert. Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB erstellt. Leerposten wurden gemäß § 265 Abs. 8 HGB nicht angegeben.

In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert bewertet.

Die flüssigen Mittel wurden in allen Fällen mit dem Nennwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen entsprechen den zu erwartenden Ausgaben. Sie wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurde nicht abgewichen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

	im Geschäftsjahr					Abschreibungen zu Beginn des Geschäftsjahres (gesamt) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zshg. mit Abgängen EUR	Abschreibungen am Ende des Geschäftsjahres (gesamt) EUR	Buchwert Geschäftsjahr EUR	Buchwert Vorjahr EUR
	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten zu Beginn des Ge- schäftsjahres EUR	Zugänge EUR	Zuschreibungen EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR						
A. ANLAGEVERMÖGEN											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	2.489,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.489,00	0,00	
	0,00	2.489,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.489,00	0,00	
Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	0,00	2.489,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.489,00	0,00	
	0,00	2.489,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.489,00	0,00	

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. BILANZ

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögengegenständen mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr bestehen nicht.

Die Ergebnismrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage		Andere Ergebnismrücklagen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Anfangsbestand	28.451,33	28.451,33	230.071,84	230.071,84
Endbestand	28.451,33	28.451,33	230.071,84	230.071,84

In den sonstigen Rückstellungen sind insbesondere enthalten:

- Sachkostenrückstellungen: 21 TEUR

Von den Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit:

Verbindlichkeiten	bis zu einem Jahr		von einem bis zu fünf Jahren	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
- aus Lieferungen und Leistungen	3.812,76	297,80	0,00	0,00
- sonstige Verbindlichkeiten	8.317,89	10.301,72	0,00	0,00

Von den Verbindlichkeiten haben insgesamt EUR 0,00 eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind - soweit nicht bereits erläutert - folgende periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten:

	<u>EUR</u>
periodenfremde Aufwendungen	4.248,76

E. Sonstige Angaben

Es bestehen keine, **nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte**, deren Risiken, Vorteile und finanziellen Auswirkungen wesentlich sind.

Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfangsbestand	7.010	25.878	0,00
Zugang	3	3	0,00
Abgang	39	119	0,00
Endbestand	<u>6.974</u>	<u>25.762</u>	<u>0,00</u>

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr verändert um
Höhe des Geschäftsanteils

EUR	1.033,07
EUR	10,25

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V.

Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Mitglieder des Vorstands (Vor- und Zuname):

hauptamtliches Vorstandsmitglied:

Sebastian Hornsteini - Vorsitzender - seit 21.03.2019

neben-/ehrenamtliche Mitglieder:

Gerhard Schnitzler bis 21.03.2019

Stefan Laur - gf. Vorstandsmitglied seit 26.10.2015

Erwin Bek bis 21.03.2019

Mitglieder des Aufsichtsrats (Vor- und Zuname):

Josef Jehle - Vorsitzender-

Hans Friedrich Kächele - stellv. Vorsitzender bis 21.03.2019

Josef Eichenhofer - stell. Vorsitzender seit 21.03.2019

weitere Mitglieder

Martin Nuber bis 21.03.2019

Markus Weisshaupt bis 21.03.2019

Marijan Gogic seit 26.10.2015

Josef Halder seit 21.03.2019

Hans -Peter Hege seit 21.03.2019

Hermann Sommerfeld seit 21.03.2019

Manfred Ehrle seit 21.03.2019

Am Bilanzstichtag betragen die **Forderungen** an:

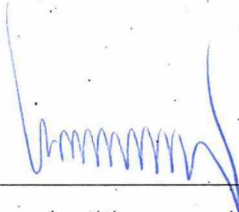
Mitglieder des Vorstands EUR 0,00

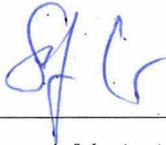
Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 0,00

Ravensburg, 20. Februar 2020

Holzverwertungsgenossenschaft
Oberschwaben eG

Der Vorstand:



S. Horstmann 

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der General-/Vertreterversammlung am festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

C) Mittelbare Beteiligungen über den Eigenbetrieb Wasserwerk Oberndorf a. N.

1. badenova AG & Co. KG

Gründung:

23. August 2001

Eintragung:

am 23. August 2001 in das Handelsregister Abt. A des Amtsgerichts Freiburg im Breisgau unter der Nummer HRA 4777

Gegenstand des Unternehmens:

Versorgung von Weiterverteilern und Endverbrauchern mit Erdgas, Strom, Wasser und Wärme unter Beachtung der Grundsätze von Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung sowie Klima- und Wasserschutz, das Erbringen von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie Dienstleistungen der Datenverarbeitung und Informationstechnologie wie auch der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau der Netze.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist über den Eigenbetrieb Wasserwerk Oberndorf a. N. als Kommanditistin mit **37.550** Euro am Stammkapital von **58.665.970** Euro beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **0,06 %**.

Des Weiteren sind beteiligt:

Thüga AG, München 44,6 %
Stadtwerke Freiburg GmbH 32,8 %
Offenburger Gasversorgung-Holding GmbH 7,1 %
Stadt Lörrach 4,1 %
Stadt Breisach am Rhein 2,1 %
Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH 1,6 %
Stadt Lahr 1,4 %
Stadt Wehr 1,0 %
Weitere Kommunen und Zweckverbände 5,3 %

Komplementärin:

Persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage, ohne Kapitalanteil und ohne Stimmrecht ist die badenova-Verwaltungs-AG. Alleinige Aktionärin der badeno-

va- Verwaltungs-AG ist die Gesellschaft selbst. Die Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft obliegt der Komplementärin badenova Verwaltungs-AG.

Organe des Unternehmens:

a) Vorstand:

Dipl.-Kfm. Dr. Thorsten Radensleben (Vorsitzender)
Dipl.-Ing. Mathias Nikolay
Dipl.-Volksw. Maik Wassmer

b) Aufsichtsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Gesellschafterversammlung:

Mitglieder siehe Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungen des Unternehmens:

siehe Anlage

Oberndorf a. N., 10.08.2023



Rainer Weber

Stadtkämmerei



Ronja Blossl



Lothar Kopf

Erster Beigeordneter

KONZERNBILANZ DER BADENOVA AG & CO. KG

ZUM 31. DEZEMBER 2019

AKTIVA IN EUR	31.12.2019	31.12.2018
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.748.599,01	3.388.564,86
	4.748.599,01	3.388.564,86
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	48.764.739,86	49.963.276,33
2. technische Anlagen und Maschinen	368.277.607,70	344.038.728,58
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.853.055,79	9.109.528,31
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	24.658.768,03	16.402.238,50
	452.554.171,38	419.513.771,72
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.179.859,23	4.439.061,71
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.047.200,00	0,00
3. Beteiligungen	157.633.277,48	142.258.035,58
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.752.000,00	11.383.564,17
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	12.800,00	12.800,00
6. sonstige Ausleihungen	54.590,15	15.331,90
	174.679.726,86	158.108.793,36
	631.982.497,25	581.011.129,94
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.683.389,86	12.499.291,87
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	3.546.098,03	4.871.417,05
3. fertige Erzeugnisse und Waren	265.224,43	357.987,31
	14.494.712,32	17.728.696,23
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	388.500.140,81	352.344.497,34
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	259.552.218,95	201.718.803,97
	128.947.921,86	150.625.693,37
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.970.207,54	2.051.200,35
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.832.229,56	5.399.210,38
4. Forderungen gegen Gesellschafter	2.047.492,88	1.595.668,41
5. sonstige Vermögensgegenstände	37.459.930,60	33.230.850,23
	180.257.782,44	192.902.622,74
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.119.758,57	4.906.213,58
	198.872.253,33	215.537.532,55
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	2.767.595,52	1.989.651,07
>	833.622.346,10	798.538.313,56

PASSIVA IN EUR	31.12.2019	31.12.2018
A. EIGENKAPITAL		
I. Kapitalanteile		
Kommanditisten	58.665.970,00	58.665.970,00
II. Rücklagen		
1. gesellschaftsvertragliche Rücklagen (Innovationsfonds)	3.305.844,68	3.052.649,36
2. übrige Rücklagen	114.616.705,02	117.215.428,03
III. Konzernbilanzgewinn	53.339.909,00	52.021.017,59
IV. nicht beherrschende Anteile	2.660.477,59	2.752.257,68
	232.588.906,29	233.707.322,66
B. AUSGLEICHSPOSTEN FÜR AKTIVIERTE EIGENE ANTEILE	50.000,00	50.000,00
C. ZUSCHÜSSE		
1. Kapitalzuschüsse	43.495.352,06	41.600.773,83
2. Ertragszuschüsse	18.361.834,44	21.234.230,51
	61.857.186,50	62.835.004,34
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	41.564.658,48	38.842.803,38
2. Steuerrückstellungen	2.331.643,58	3.894.552,29
3. sonstige Rückstellungen	82.712.554,05	94.906.297,00
	126.608.856,11	137.643.652,67
E. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	226.552.742,65	174.990.683,08
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	198.827,70	215.030,08
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	88.972.664,61	96.106.207,97
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14.611.998,49	11.776.783,51
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	224.376,81	109.224,19
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	43.481.093,80	43.192.309,68
7. sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 22.649.054,50 EUR (Vorjahr: 23.425.058,13 EUR) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.000,00 EUR (Vorjahr: 4.000,00 EUR)	37.666.620,29	37.220.637,68
	411.708.324,35	363.610.876,19
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	809.072,85	691.457,70
	833.622.346,10	798.538.313,56

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER BADENOVA AG & CO. KG

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2019

IN EUR	2019	2018
1. Umsatzerlöse	1.174.315.920,53	1.085.124.143,19
abzüglich abzuführende Stromsteuer/Erdgassteuer	-92.111.337,39	-84.915.326,80
Netto-Umsatzerlöse	1.082.204.583,14	1.000.208.816,39
2. Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen und Erzeugnissen	-1.316.629,36	537.715,04
3. andere aktivierte Eigenleistungen	16.522.836,10	12.424.195,70
4. sonstige betriebliche Erträge	28.205.926,44	18.204.597,88
	1.125.616.716,32	1.031.375.325,01
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-594.118.934,56	-545.861.047,53
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-236.811.799,51	-199.311.077,39
	-830.930.734,07	-745.172.124,92
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-84.781.338,13	-79.834.649,21
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: -4.723.792,19 EUR (Vorjahr: -5.477.299,78 EUR)	-20.560.862,87	-19.694.972,26
	-105.342.201,00	-99.529.621,47
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-48.441.206,08	-43.700.089,29
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-85.709.480,64	-82.461.635,24
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 575.759,85 EUR (Vorjahr: 262.742,21 EUR)	18.778.149,76	14.826.186,06
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.577,67	1.687,72
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 19.215,75 EUR (Vorjahr: 6.269,48 EUR)	525.186,05	746.883,94
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwendungen aus der Aufzinsung: -4.681.381,50 EUR (Vorjahr: -4.820.420,73 EUR)	-11.742.432,21	-12.383.921,16
	7.562.481,27	3.190.836,56
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.798.421,40	-9.304.050,15
14. Ergebnis nach Steuern	52.957.154,40	54.398.640,50
15. sonstige Steuern	-808.923,06	-1.147.416,51
16. Konzernjahresüberschuss	52.148.231,34	53.251.223,99
17. Entnahme aus der/Einstellung in die Rücklage	2.598.723,01	164.004,35
18. Entnahme aus dem Innovationsfonds	1.354.804,68	1.420.391,88
19. Einstellung in den Innovationsfonds	-1.608.000,00	-1.565.000,00
20. nicht beherrschende Anteile	-1.153.850,03	-1.249.602,63
21. Konzernbilanzgewinn	53.339.909,00	52.021.017,59

BADENOVA AG & CO. KG

KONZERNANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

Der Konzernabschluss der badenova AG & Co. KG (nachfolgend: badenova) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Regelungen des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Sitz des Mutterunternehmens ist Freiburg im Breisgau. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRA 4777 im Register des Amtsgerichts Freiburg im Breisgau eingetragen.

Soweit die Berichtspflichten wahlweise in der Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang erfüllt werden können, wurden die Angaben weitgehend in den Konzernanhang aufgenommen.

Für die Gliederung der Konzerngewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Stichtag der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist der 31. Dezember 2019, der damit dem Abschlussstichtag des Mutterunternehmens entspricht.

72

73

Die Konzernkapitalflussrechnung entspricht dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 21 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee und dient der Darstellung der Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft des Konzerns.

KONSOLIDIERUNGSKREIS

Der Konsolidierungskreis des badenova Konzerns umfasst die in der Anlage „Anteilsbesitz badenova Konzern“ zum Konzernanhang aufgeführten Gesellschaften.

Die badenCampus GmbH & Co. KG, badenCampus Verwaltungs-GmbH, badenovaKONZEPT Verwaltungs-GmbH, badenova Verwaltungs-AG, badenovaWÄRMEPLUS Verwaltungs GmbH, badenovaWIND GmbH, ee-invest vier GmbH & Co. KG, E-MAKS Verwaltungs-GmbH, Energiegesellschaft Mühlheim Verwaltung-GmbH, EVU-Service 24 GmbH, Kunzweiler GmbH Hoch- und Tiefbau, FreiNet Gesellschaft für Informationsdienste mbH, Infrastruktur-Trägersgesellschaft mbH & Co. KG, Infrastruktur-Verwaltungsgesellschaft mbH, regioDATA Gesellschaft für raumbezogene Informationssysteme mbH, sparstrom

Energievertriebs GmbH, TREA Breisgau Energieverwertung GmbH, Wärme Süd-West GmbH, Wärmegesellschaft Kehl GmbH & Co. KG, Wärmegesellschaft Kehl Verwaltungs-GmbH, Windpark Hohenlochen GmbH & Co. KG, Windpark Kallenwald GmbH & Co. KG wurden wegen geringem Geschäftsumfang gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Kapitalkonsolidierung wurde nach der Buchwertmethode (§ 301 Abs. 1 Nr. 1 HGB a.F.) auf Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Zeitpunkt

der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss vorgenommen.

Assoziierte Unternehmen sind gemäß § 312 HGB grundsätzlich at Equity zu bilanzieren. Aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung wurde bei diesen Gesellschaften auf eine Bilanzierung nach der Equity-Methode unter Anwendung der Erleichterungsvorschrift des § 311 Abs. 2 HGB verzichtet. Gemäß § 303 HGB wurden bei der Schuldenkonsolidierung Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen eliminiert. Unterschiedsbeträge zwischen den zu konsolidierenden Forderungen und Verbindlichkeiten sind dabei nicht entstanden.

In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind die Aufwendungen und Erträge nach Verrechnung von konzerninternen Vorgängen gemäß § 305 HGB ausgewiesen.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Anlagevermögen

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Zugänge des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der nach § 253 Abs. 3 HGB notwendigen Abschreibungen sowie abzüglich erhaltener Investitionszuschüsse bewertet.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zugrunde. Es wird teils linear, teils degressiv abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu 250 EUR werden als Aufwand gebucht. Liegt der Anschaffungswert zwischen 250 EUR und 1.000 EUR, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre linear oder degressiv abgeschrieben wird. Eine abweichende Behandlung erfolgt für Gasregler sowie für Gas-, Wasser-, Strom- und Wärmezähler. Diese werden auch bei Anschaffungskosten unter 250 EUR in einem Sammelposten aktiviert und über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren anzusetzenden Wert angesetzt. Bei Wegfall der Gründe für Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Unverzinsliche Ausleihungen sind zu Barwerten, die übrigen Ausleihungen zu Nennwerten bilanziert.

Umlaufvermögen

Vorräte werden zu durchschnittlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die Bewertung der unfertigen Leistungen erfolgt analog der selbst erstellter Anlagen. Das heißt, dass die Herstellungskosten alle dem Herstellungsprozess direkt zurechenbaren Kosten sowie notwendigen Teile der produktionsbezogenen Gemeinkosten umfassen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalbeträgen bilanziert. Für erkennbare Risiken werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Die Verbrauchsabgrenzung wurde im Berichtsjahr bei Erdgas, Strom und Wasser wie im Vorjahr mit vier Prozent Abschlag abgegrenzt.

Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden ab dem Berichtsjahr 2019 ausschließlich für Konzerngesellschaften des Mutterkonzerns und der badenova Verwaltungs-AG saldiert ausgewiesen. Im Vorjahr wurde eine Saldierung für sämtliche verbundene Unternehmen vorgenommen.

Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden ab dem Berichtsjahr 2019 abweichend zum Vorjahr nicht mehr saldiert ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Bilanzstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitpunkt nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Eigenkapital

Die Kapitalanteile werden zum Nennwert passiviert.

Zuschüsse

Die ausgewiesenen Zuschüsse betreffen die von Kunden erhaltenen pauschalen Baukostenzuschüsse für die Bereitstellung des Versorgungsnetzes sowie für Hausanschlüsse.

Die bis zum 31. Dezember 2002 erhaltenen Zuschüsse sind unter dem Posten „Zuschüsse“ als Ertragszuschüsse ausgewiesen und werden über eine Laufzeit von 20 Jahren anteilig bei den Umsatzerlösen aufgelöst.

Die ab dem 1. Januar 2003 erhaltenen Zuschüsse werden unter dem Posten „Zuschüsse“ als Kapitalzuschüsse dargestellt. Sie werden entsprechend den zugrunde liegenden Nutzungsdauern und Abschreibungssätzen der betroffenen Versorgungsleitungen bei den Umsatzerlösen aufgelöst. Im Zugangsjahr erfolgt die Auflösung zeitanteilig für ein halbes Jahr.

Die in der Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2013 in der bnNETZE GmbH erhaltenen Zuschüsse sind unter dem Posten „Zuschüsse“ als Ertragszuschüsse ausgewiesen und werden über eine Laufzeit von 20 Jahren anteilig bei den Umsatzerlösen aufgelöst.

Die ab dem 1. Januar 2014 in der bnNETZE GmbH erhaltenen Zuschüsse werden unter dem Posten „Zuschüsse“ als Kapitalzuschüsse dargestellt. Sie werden entsprechend den zugrunde liegenden Nutzungsdauern und Abschreibungssätzen der betroffenen Versorgungsleitungen bei den Umsatzerlösen aufgelöst. Im Zugangsjahr erfolgt die Auflösung zeitanteilig für ein halbes Jahr.

Die ausgewiesenen Zuschüsse aus Pachtverträgen werden unter dem Posten „Zuschüsse“ als Kapitalzuschüsse dargestellt. Sie werden über eine Laufzeit von 20 Jahren anteilig bei den Umsatzerlösen aufgelöst. Im Zugangsjahr erfolgt die Auflösung zeitanteilig für ein halbes Jahr.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen werden in Anlehnung an internationale Standards nach der Projected Unit Credit Methode (PUC-Methode) unter Verwendung der Heubeck Richttafel 2018 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der Zinssatz von 2,72 Prozent gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung verwendet. Hierfür wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 10 Geschäftsjahre

zum 30. November 2019 festgestellt und bei unterstelltem unverändertem Zinsniveau auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden mit 2,5 Prozent und der jährliche Anstieg der Pensionen mit 2 Prozent bzw. alle drei Jahre mit 5,34 Prozent berücksichtigt.

Für die Bewertung der Rückstellung Altersteilzeit wurde gem. der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Zinssatz zum 30. November 2019 in Höhe von 1,97 Prozent verwendet. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden mit 2,5 Prozent berücksichtigt.

Die Jubiläumsrückstellungen wurden in Anlehnung an internationale Standards nach der Projected Unit Credit Methode (PUC-Methode) unter Verwendung der Heubeck Richttafeln 2018 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der Zinssatz von 1,97 Prozent gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung verwendet (RückAbzinsV). Hierfür wurde der Zinssatz zum 30. November 2019 festgestellt und bei unterstelltem unverändertem Zinsniveau auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden mit 2,5 Prozent berücksichtigt. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten angesetzt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften.

Bis auf die Pensionsrückstellungen sind alle Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitpunkt nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den verschiedenen Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in den späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert.

ERLÄUTERUNGEN ZU BILANZPOSTEN

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage „Entwicklung des Anlagevermögens“ dargestellt.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen (Anteilsbesitz) – das heißt die Unternehmen, von denen die Gesellschaft direkt oder indirekt mindestens 20 Prozent der Anteile besitzt – sind der Anlage „Anteilsbesitz badenova Konzern“ zu entnehmen.

Bei den von der badenova an ihrer Komplementärgesellschaft badenova Verwaltungs-AG gehaltenen Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 50 Tsd. EUR handelt es sich um eigene Anteile. In Höhe des Betrages wurde nach § 264c Abs. 4 HGB ein Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile gebildet.

UMLAUFVERMÖGEN*Vorräte*

Unter den Vorräten sind im Wesentlichen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Gasvorrat eines Gasspeichers sowie abgegrenzte unfertige Leistungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten mit 277.209 Tsd. EUR (Vorjahr: 233.325 Tsd. EUR) die Verbrauchsabgrenzung des Berichtsjahres.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen belaufen sich auf 9.970 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.051 Tsd. EUR). Darin sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 9.250 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.111 Tsd. EUR) enthalten.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, belaufen sich auf 1.832 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.399 Tsd. EUR). Darin sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.455 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.135 Tsd. EUR) enthalten.

Unter den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, wurden im Vorjahr Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 935 Tsd. EUR saldiert ausgewiesen.

Bei den Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 2.047 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.596 Tsd. EUR) handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus weitergereichten Steuererstattungsansprüchen an die Gesellschafter. Es sind des Weiteren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 291 Tsd. EUR enthalten (Vorjahr: 396 Tsd. EUR).

76

77

In den Forderungen gegen Gesellschafter werden im Vorjahr Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 10 Tsd. EUR saldiert ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer gegenüber dem Finanzamt, Gewerbesteuerforderungen, Forderungen im Rahmen von Anteilskäufen und Anteilsverkäufen, Forderungen aus der Rückabwicklung eines KWK-Bonus und Forderungen gegenüber debitorischen Kreditoren.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben in Höhe von 62 Tsd. EUR (Vorjahr: 77 Tsd. EUR) eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Die übrigen Forderungen haben alle eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

In dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind u.a. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag für Bonuszahlungen, Wartungsverträge und IT-Anwendungsbetrieb enthalten.

Gesellschaftsvertragliche Rücklage (Innovationsfonds)

Laut Gesellschaftsvertrag ist eine Zielsetzung des Mutterunternehmens, ökologisch innovative Projekte zum Wasserschutz und zur Energieeinsparung sowie regenerativen Energieerzeugung zu entwickeln und zu fördern, die aus sich heraus die Wirtschaftlichkeit nicht erreichen. Es ist hierfür ein Betrag, der sich mit drei Prozent des Jahresüberschusses errechnet, dem Innovationsfonds zuzuweisen. In den Geschäftsjahren 2001 bis 2019 wurden 32.315 Tsd. EUR in den Innovationsfonds eingestellt und 29.009 Tsd. EUR zweckgebundenen Projekten zugeführt.

Rückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen sind durch Rückstellungen voll gedeckt.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen 10 Jahren und dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen 7 Jahren beträgt 4.848 Tsd. EUR.

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Altersteilzeit, rückständigen Urlaub, Lohn- und Gehaltszulagen, Gleitzeit- und Stundenguthaben, Jubiläumswendungen, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Abschlusskosten, Altlasten, Auswirkungen aus dem EnWG, ausstehende Rechnungen und ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. Allen übrigen erkennbaren Risiken wurde in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gehen aus der Anlage „Verbindlichkeitspiegel badenova Konzern“ hervor.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich hauptsächlich um Verbindlichkeiten aus dem laufenden Verrechnungsverkehr. Es sind des Weiteren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 627 Tsd. EUR enthalten (Vorjahr: 227 Tsd. EUR).

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 4 Tsd. EUR (Vorjahr: 306 Tsd. EUR) saldiert ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, belaufen sich auf 224 Tsd. EUR (Vorjahr: 109 Tsd. EUR). Wie auch im Vorjahr handelt es sich hierbei ausschließlich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen 323 Tsd. EUR (Vorjahr: 222 Tsd. EUR) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern werden im Vorjahr Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 91 Tsd. EUR saldiert ausgewiesen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten werden überwiegend Steuern und kreditorische Debitoren ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern der Konzerngesellschaften entstehen aus Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge. Für die Ermittlung der latenten Steuern sind die für die Konzerngesellschaften gültigen Regelungen des Steuerrechts maßgebend.

Die Differenzen resultieren im Wesentlichen aus:

- > abweichenden Abschreibungen (Firmenwert, Technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Beteiligungen)
- > abweichenden Ansätzen bei den Vorräten und den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- > abweichenden Wertansätzen bei den Rückstellungen (Pensionsrückstellung, Rückstellung für ausstehende Rechnungen, Altersteilzeit-Rückstellungen, Drohverlustrückstellungen, Rückstellungen für Altlasten, sonstige Rückstellungen, sonstige personalbezogene Rückstellungen)

Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein unternehmensindividueller effektiver Steuersatz von 15,82 Prozent zugrunde.

Es wird von dem Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Überleitungsrechnung gem. DRS 18:

> ÜBERLEITUNGSRECHNUNG NACH DRS 18 Tsd. EUR

	2019 Konzern	2018 Konzern
> Ergebnis vor Ertragsteuern (Handelsbilanz)	61.947	62.555
rechnerischer Ertragsteuerertrag/-aufwand (15,00% / 15,14%)	9.290	9.471
Überleitung:		
> Steueranteil für		
a) steuerfreie Erträge	-434	-281
b) steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen	452	199
c) temporäre Differenzen und Verluste, für die keine latenten Steuern erfasst wurden	-285	-326
d) gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	588	140
sonstige Steuereffekte (GewSt Vj./KSt/SolZ)	188	102
> ausgewiesener Ertragsteueraufwand	9.798	9.304
> Effektiver (Konzern-) Steuersatz (%)	15,82 %	14,87 %

Derivative Finanzinstrumente

> DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE Tsd. EUR

Art/Kategorie	Nominalbetrag	beizulegender Zeitwert
> zinsbezogene Geschäfte	16.452	-1.091

Bei den zinsbezogenen Geschäften handelt es sich ausschließlich um Zinsswaps.

Der beizulegende Zeitwert der zinsbezogenen Geschäfte entspricht dem Marktwert der Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag, der nach marktüblichen Bewertungsmethoden ermittelt wurde. Die Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2019 sind ausschließlich Kreditinstitute.

Die derivativen Finanzinstrumente wurden in die folgenden Bewertungseinheiten einbezogen.

Bewertungseinheiten

Folgende Bewertungseinheiten wurden gebildet:

> DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE Tsd. EUR

Gesellschaft	Grundgeschäft/ Sicherungsinstrumente	Risiko/Art der Bewertungseinheit	einbezogener Betrag	Höhe des ab- gesicherten Risikos
> badenova AG & Co. KG	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten/Zinsderivat	Zinsrisiko/ micro hedge	6.694	6.694
> badenovaWÄRMEPLUS GmbH & Co. KG	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten/Zinsderivat	Zinsrisiko/ micro hedge	9.000	9.000
> Freiburger Wärmeversorgungs- GmbH	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten/Zinsderivat	Zinsrisiko/ micro hedge	319	319
> badenIT GmbH	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten/Zinsderivat	Zinsrisiko/ micro hedge	439	439

Die gegenläufigen Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft gleichen sich im Sicherungszeitraum aus, weil der Basiszinssatz der zu leistenden Zinszahlungen aus dem Grundgeschäft mit dem Basiszinssatz der zu empfangenden Zinszahlungen aus dem Sicherungsinstrument übereinstimmt.

Zur Messung der Effektivität der Sicherungsbeziehung wird die „Critical-Term-Match-Methode“ verwendet.

Sofern der dem Grundgeschäft zugrundeliegende Zinssatz negativ wird, liegt keine perfekte Sicherungsbeziehung mehr vor, da sich die Zahlungsströme aufgrund einer im Darlehensvertrag enthaltenen Untergrenze in diesem Fall nicht vollständig ausgleichen. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wurde ermittelt und nicht in die Bewertungseinheit mit einbezogen. Eine entsprechende Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wurde für den ineffektiven Teil der Absicherung passiviert.

ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

UMSATZERLÖSE

Die erzielten Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

> UMSATZERLÖSE EUR	2019	2018
> Stromversorgung	649.423.070,89	568.306.445,76
abzüglich abzuführende Stromsteuer	53.009.891,72	48.811.094,21
	596.413.179,17	519.495.351,55
> Erdgasversorgung	407.036.942,26	400.460.870,45
abzüglich abzuführende Erdgassteuer	39.101.445,67	36.104.232,59
	367.935.496,59	364.356.637,86
> Wasserversorgung	36.047.212,37	36.169.328,51
> Wärmeversorgung	25.016.386,37	21.864.422,80
> Biomasse	2.138.571,06	1.802.429,57
> Nebengeschäft	47.873.031,13	49.428.457,65
> Auflösung Kapital- und Ertragszuschüsse	6.780.706,45	7.092.188,45
> Gesamt	1.082.204.583,14	1.000.208.816,39

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

> SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE EUR	2019	2018
> Erträge aus Anlageabgängen	170.510,28	962.124,80
> Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	20.107.594,57	10.820.165,06
> Erträge Inanspruchnahme Drohverlustrückstellung	3.252.903,39	3.252.903,39
> Einnahme Schadensfälle/Mahngebühren	970.881,74	748.408,89
> sonstige betriebliche Erträge	3.704.036,46	2.420.995,74
> Gesamt	28.205.926,44	18.204.597,88

MATERIALAUFWAND

Der Materialaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

> MATERIALAUFWAND EUR	2019	2018
> Strombezug	360.846.060,60	313.051.479,56
> Netznutzung Strom	113.993.832,90	92.228.745,87
> Erdgasbezug	190.663.290,98	191.886.887,58
> Netznutzung Erdgas	27.790.519,25	21.172.572,77
> Wasserbezug	2.847.969,88	2.419.167,91
> Wärmebezug	17.747.015,96	16.080.385,94
> Bezug Biomasse	6.247.372,43	5.437.574,96
> übrige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15.767.224,71	16.985.551,58
> Aufwendungen für bezogene Leistungen	95.027.447,36	85.909.758,75
> Gesamt	830.930.734,07	745.172.124,92

PERSONALAUFWAND

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

> PERSONALAUFWAND EUR	2019	2018
> Löhne und Gehälter	84.781.338,13	79.834.649,21
> soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	20.560.862,87	19.694.972,26
> Gesamt	105.342.201,00	99.529.621,47

80
81**SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

> SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN EUR	2019	2018
> Mieten, Pachten, Leasing, Erbbauzinsen	3.081.446,06	2.839.949,78
> Fremdreparaturen und Instandhaltungen für Verwaltung	3.432.902,75	2.969.720,11
> Konzessionsabgabe	17.684.969,21	17.461.225,56
> Versicherungen, Beiträge, Gebühren und Abgaben	4.744.313,51	4.484.903,67
> Prüfungs-, Rechts-, Beratungskosten und Gutachten	5.344.504,70	4.483.478,82
> Telefongebühren und Porto	316.484,26	412.068,93
> Büromaterial, Zeitschriften und Bücher	561.344,24	572.537,58
> EDV-Kosten	8.030.712,96	7.323.443,98
> Kosten der Organe der Gesellschaft	305.650,00	303.362,50
> Werbe- und Marketingkosten einschließlich Provisionen	19.466.200,24	22.148.396,30
> Verluste aus Anlagenabgängen	1.128.694,76	587.437,11
> Abschreibungen/Wertberichtigung auf Forderungen	3.863.176,01	5.378.107,35
> Kostenerstattung badenova Verwaltungs-AG	3.087.250,42	2.654.123,87
> Zuführung Drohverlustrückstellung/sonstige Rückstellung	7.682.153,71	3.104.611,51
> andere sonstige Aufwendungen	6.979.677,81	6.861.269,87
> Gesamt	85.709.480,64	82.461.635,24

ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

> ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN EUR	2019	2018
> Dauerschuldzinsen	3.427.219,32	4.102.481,70
> Zinsen aus der Diskontierung von Rückstellungen	4.681.381,50	4.820.420,73
> Zinsen stille Beteiligung	2.768.530,11	2.931.670,00
> sonstige zinsähnliche Aufwendungen	865.301,28	529.348,73
> Gesamt	11.742.432,21	12.383.921,16

PERIODENFREMDES ERGEBNIS

In der Gewinn- und Verlustrechnung ist ein Mehrertrag aus aperiodischen Aufwendungen und Erträgen in Höhe von 25.677 Tsd. EUR (Vorjahr: 14.402 Tsd. EUR) enthalten. Dieser Mehrertrag beinhaltet im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, verminderte Bezugsaufwendungen und Erlöse für Vorjahre.

SONSTIGE ANGABEN**HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS**

Das im Geschäftsjahr angefallene Honorar des Abschlussprüfers setzt sich wie folgt zusammen:

> HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS Tsd. EUR	2019	2018
> Abschlussprüfungsleistungen	128	115
> andere Bestätigungsleistungen	38	17
> sonstige Leistungen		58
> Gesamt	166	190

PERSÖNLICH HAFTENDE GESELLSCHAFTERIN

Persönlich haftende Gesellschafterin des Mutterunternehmens badenova AG & Co. KG ist die badenova Verwaltungs-AG, Freiburg im Breisgau, deren gezeichnetes Kapital 50 Tsd. EUR beträgt.

MITARBEITER/-INNEN

Im Geschäftsjahr 2019 waren im Konzern durchschnittlich 1.338 (Vorjahr: 1.301) Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Zusätzlich waren 67 (Vorjahr: 55) Auszubildende tätig.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen betragen insgesamt 45.371 Tsd. EUR. Das Bestellobligo für Investitionen beläuft sich auf 25.550 Tsd. EUR. Außerdem bestehen Verpflichtungen aus Erbbauverträgen und Pachten über die Restlaufzeit in Höhe von 48.184 Tsd. EUR, davon 20.550 Tsd. EUR gegenüber Gesellschaftern der badenova. Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen in Höhe von 7.156 Tsd. EUR.

Zum Bilanzstichtag bestehen finanzielle Verpflichtungen aus schwebenden Strombezugsverträgen in Höhe von 301.756 Tsd. EUR, aus Erdgasbezugsverträgen in Höhe von 324.764 Tsd. EUR und aus Biomethanbezugsverträgen in Höhe von 23.974 Tsd. EUR.

Den schwebenden Bezugsverträgen stehen Absatzgeschäfte in Höhe von 102.733 Tsd. EUR gegenüber.

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Die badenova AG & Co. KG hat am 1. Januar 2014 eine Patronatserklärung bezüglich der sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen ihrer Tochtergesellschaft bnNETZE GmbH gegenüber der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsbundes Baden-Württemberg abgegeben. Im Rahmen der Patronatserklärung verpflichtet sich die badenova AG & Co. KG, die bnNETZE GmbH so auszustatten, dass sie im Falle der Zahlungsunfähigkeit allen Verbindlichkeiten aus der Zusatzversicherung ihrer Arbeitnehmer fristgemäß nachkommen kann. Die gesamte Verpflichtung der Tochtergesellschaft bnNETZE GmbH gegenüber der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsbetriebes Baden-Württemberg beträgt am Abschlussstichtag 71.260 Tsd. EUR. Die bnNETZE GmbH deckt durch eigens aufgenommene Bankbürgschaften 46.540 Tsd. EUR der Gesamtverpflichtung ab. Für die badenova AG & Co. KG verbleibt somit ein Haftungsrisiko zum Bilanzstichtag in Höhe von 24.720 Tsd. EUR.

Gegenüber den Gemeinden Lauchringen und Wutöschingen bestehen seitens der bnNETZE GmbH Rückbürgschaftsverpflichtungen für die Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG in Höhe von jeweils 602 Tsd. EUR.

82

83

Die Freiburger Wärmeversorgungs GmbH ist Bürgschaftsverpflichtungen gegenüber der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau für das verbundene Unternehmen TREA Breisgau Energieverwertung GmbH in Höhe von 549 Tsd. EUR eingegangen.

Des Weiteren bestehen seitens der badenova AG & Co. KG gegenüber der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau eine Rückbürgschaftsverpflichtung für die Tochtergesellschaft E-MAKS GmbH & Co. KG in Höhe von 5.200 Tsd. EUR, sowie gegenüber der Stadt Kehl für die Wärmegesellschaft Kehl GmbH & Co. KG in Höhe von 1.260 Tsd. EUR.

Aufgrund der Ertragssituation der einzelnen Gesellschaften ist nicht mit einer Inanspruchnahme der badenova AG & Co. KG, der bnNETZE GmbH und der Freiburger Wärmeversorgungs GmbH zu rechnen.

KONZERNVERHÄLTNISSE

Die badenova AG & Co. KG, Freiburg im Breisgau, erstellt als Muttergesellschaft den Konzernabschluss.

BEZÜGE DES AUFSICHTSRATS UND DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Bezüge des Vorstands und der ehemaligen Mitglieder des Geschäftsführungsorgans der badenova Verwaltungs-AG betragen insgesamt 1.666 Tsd. EUR (davon 350 Tsd. EUR für ehemalige Vorstände und Geschäftsführer bzw. Angehörige) (Vorjahr: 1.659 Tsd. EUR, davon 341 Tsd. EUR für ehemalige Vorstände und Geschäftsführer bzw. Angehörige), die der ehemaligen Vorstände und Geschäftsführer der badenova AG & Co. KG und deren Vorgängerunternehmen 142 Tsd. EUR (Vorjahr: 140 Tsd. EUR).

Die Pensionsverpflichtungen für die ehemaligen Mitglieder des Geschäftsführungsorgans wurden mit 5.456 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.248 Tsd. EUR) zurückgestellt.

Der Aufsichtsrat erhielt an Vergütungen und Sitzungsgeldern 110 Tsd. EUR (Vorjahr: 112 Tsd. EUR).

ORGANE DER GESELLSCHAFT

	Martin Horn Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Vorsitzender
	Dr. Christof Schulte Vorstandsmitglied der Thüga AG, 1. stellvertretender Vorsitzender
	Ralf Kienzler Mitglied des Betriebsrates der badenova AG & Co. KG, 2. stellvertretender Vorsitzender
	Isabel Asmus Betriebsratsvorsitzende
	Dr. Philipp Frank Oberbürgermeister der Stadt Waldshut-Tiengen
	Eckart Friebis bis Juli 2019 Stadtrat der Stadt Freiburg
	Sophie Schwer ab November 2019 Stadträtin der Stadt Freiburg
	Michael Gaißer Betriebsratsvorsitzender E-MAKS GmbH & Co. KG
	Udo Harter bis Juli 2019 Stadtrat der Stadt Freiburg, Fluglehrer
	Michael Moos ab November 2019 Stadtrat der Stadt Freiburg
	Walter Krögner bis Dezember 2019 Stadtrat der Stadt Freiburg
	Julia Söhne ab Januar 2020 Stadträtin der Stadt Freiburg
Aufsichtsrat	Jörg Lutz Oberbürgermeister der Stadt Lörrach
	Dr. Wolfgang G. Müller bis November 2019 Oberbürgermeister der Stadt Lahr
	Markus Ibert ab November 2019 Oberbürgermeister der Stadt Lahr
	Klaus Muttach Oberbürgermeister der Stadt Achern
	Oliver Rein Bürgermeister der Stadt Breisach
	Stefan Röbert Mitarbeiter der bnNETZE GmbH
	Gerd Schmidlin Mitglied des Betriebsrates
	Joachim Schuster Bürgermeister der Stadt Neuenburg am Rhein
	Marco Steffens Oberbürgermeister der Stadt Offenburg
	Michael Thater Bürgermeister der Stadt Wehr
	Daniela Ullrich Mitglied des Betriebsrates
	Claudia Wagner Mitarbeiterin der badenova AG & Co. KG
	Ralf Winter Prokurist der Thüga AG

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung der Gesellschaft obliegt der Komplementärin.

Der Vorstand der badenova Verwaltungs-AG setzt sich wie folgt zusammen:



NACHTRAGSBERICHT

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Ende Januar 2020 den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Seit dem 11. März 2020 stuft die WHO die Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) als Pandemie ein. Die Corona-Krise wird voraussichtlich wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage der badenova im Geschäftsjahr 2020 haben. Die Auswirkungen werden im Lagebericht unter Abschnitt „5. Prognose-/Chancenbericht“ näher erläutert. Bis zum 31. März 2020 wurden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von rd. 41,9 Mio. EUR zurückgezahlt. In gleicher Höhe wurden kurzfristige Darlehen als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgenommen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind nicht zu verzeichnen.

84
85

ERGEBNISVERWENDUNG

Aufgrund der voraussichtlich wesentlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Finanz- und Ertragslage der badenova AG & Co. KG schlägt der Vorstand vor, in den anstehenden Gremiensitzungen über die Verwendung des Bilanzgewinns von 53.339.909,00 EUR unter Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Freiburg im Breisgau, 14. April 2020
 badenova Verwaltungs-AG
 Der Vorstand





Dr. Thorsten Radensleben

Mathias Nikolay

Maik Wassmer

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

BADENOVA KONZERN 2019

	ANSCHAFFUNGS-/HERSTELLUNGSKOSTEN				
	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	30.389.052,83	1.712.164,73	0,00	1.340.813,90	33.442.031,46
2. Geschäftswert	14.251.806,58	0,00	5.539.537,81 ⁵	0,00	8.712.268,77
	44.640.859,41	1.712.164,73	5.539.537,81	1.340.813,90	42.154.300,23
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	127.719.961,85 ¹	296.134,50	13.532,19	1.296.416,63	129.298.980,79
2. technische Anlagen und Maschinen	1.574.499.459,75 ²	58.244.605,22	10.617.288,69	7.279.599,63	1.629.406.375,91
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	69.421.532,10 ³	3.822.539,62	1.490.333,31	1.655.130,94	73.408.869,35
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	69.421.532,10 ⁴	19.830.278,13	1.787,50	-11.571.961,10	24.658.768,03
	1.788.043.192,20	82.193.557,47	12.122.941,69	-1.340.813,90	1.856.772.994,08
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.439.061,71	8.725.797,52	0,00	15.000,00	13.179.859,23
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	1.047.200,00	0,00	0,00	1.047.200,00
3. Beteiligungen	146.560.170,03	16.377.335,40	3.869.727,95 ⁶	-15.000,00	159.052.777,48
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.383.564,17	221.371,02	8.852.935,19	0,00	2.752.000,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	12.800,00	0,00	0,00	0,00	12.800,00
6. sonstige Ausleihungen	16.040,07	40.000,00	1.449,92 ⁷	0,00	54.590,15
	162.411.635,98	26.411.703,94	12.724.113,06	0,00	176.099.226,86
> Gesamt	1.995.095.687,59	110.317.426,14	30.386.592,56	0,00	2.075.026.521,17

¹ abzgl. verrechnete Investitionszuschüsse: -471,40 EUR
² abzgl. verrechnete Investitionszuschüsse: -3.131.092,87
³ abzgl. verrechnete Investitionszuschüsse: -24.316,61
⁴ abzgl. verrechnete Investitionszuschüsse: -345.203,26
⁵ Es wurde eine Bereinigung der historischen AHK und zugehörigen kumulierten Abschreibungen in Höhe von 5.539.537,81 EUR für vergangene Geschäftsjahre vorgenommen.

⁶ Es wurde eine Bereinigung der historischen AHK und zugehörigen kumulierten Abschreibungen in Höhe von 55.890,85 EUR für vergangene Geschäftsjahre vorgenommen.
⁷ Es wurde eine Bereinigung der historischen AHK und zugehörigen Zuschreibungen in Höhe von 703,66 EUR für vergangene Geschäftsjahre vorgenommen.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

ABSCHREIBUNGEN				BUCHWERTE		
01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2018
27.000.487,97	1.692.944,48	0,00	0,00	28.693.432,45	4.748.599,01	3.388.564,86
14.251.806,58	0,00	5.539.537,81 ⁵	0,00	8.712.268,77	0,00	0,00
41.252.294,55	1.692.944,48	5.539.537,81	0,00	37.405.701,22	4.748.599,01	3.388.564,86
77.756.685,52	2.788.310,15	10.754,74	0,00	80.534.240,93	48.764.739,86	49.963.276,33
1.230.460.731,17	40.232.615,50	9.564.578,46	0,00	1.261.128.768,21	368.277.607,70	344.038.728,58
60.312.003,79	3.727.335,95	1.483.526,18	0,00	62.555.813,56	10.853.055,79	9.109.528,31
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.658.768,03	16.402.238,50
1.368.529.420,48	46.748.261,60	11.058.859,38	0,00	1.404.218.822,70	452.554.171,38	419.513.771,72
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.179.859,23	4.439.061,71
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.047.200,00	0,00
4.302.134,45	0,00	882.634,45 ⁶	2.000.000,00	1.419.500,00	157.633.277,48	142.258.035,58
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.752.000,00	11.383.564,17
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.800,00	12.800,00
708,17	0,00	0,00	708,17 ⁷	0,00	54.590,15	15.331,90
4.302.842,62	0,00	882.634,45	2.000.708,17	1.419.500,00	174.679.726,86	158.108.793,36
1.414.084.557,65	48.441.206,08	17.481.031,64	2.000.708,17	1.443.044.023,92	631.982.497,25	581.011.129,94

ANTEILSBESITZ BADENOVA KONZERN

31. DEZEMBER 2019

	Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
> ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN				
a) unmittelbare				
> badenCampus GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	329	-77 ¹⁾
> badenCampus Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	19	-1 ¹⁾
> badenIT GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	2.808	0 ²⁾
> badenova Beteiligungs-GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	124.647	0 ²⁾
> badenova Verwaltungs-AG	Freiburg i. Br.	100,00	703	3 ¹⁾
> badenova WÄRMEPLUS GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	32.109	0 ²⁾
> badenova WÄRMEPLUS Verwaltungs GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	44	1 ¹⁾
> bnNETZE GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	314.521	0 ²⁾
> E-MAKS GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	73,50	1.934	611
> E-MAKS Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	75,00	77	2 ¹⁾
> Energie-Service Dienstleistungsgesellschaft mbH	Freiburg i. Br.	100,00	125	0 ²⁾
> Infrastruktur-Trägersgesellschaft mbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	68,00	30	29 ¹⁾
> Infrastruktur-Verwaltungsgesellschaft mbH	Freiburg i. Br.	68,00	30	1 ¹⁾
> sparstrom Energievertriebs GmbH	Köln	50,10	360	15 ^{1) 3)}
b) mittelbare				
> badenova KONZEPT Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	51,00	172	8 ^{1) 3)}
> badenovaWIND GmbH	Offenburg	100,00	34	9 ¹⁾
> ee-invest vier GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	3.775	235 ¹⁾
> Energiegesellschaft Mühlheim Verwaltungs-GmbH	Mühlheim	100,00	27	0 ¹⁾
> EVU-Service 24 GmbH	Hameln	60,00	70	-26 ^{1) 3)}
> Freiburger Wärmeversorgungs GmbH	Freiburg i. Br.	51,00	4.383	2.024
> FreiNet Gesellschaft für Informationsdienste mbH	Freiburg i. Br.	60,00	100	0 ^{1) 3) 6)}
> Kunzweiler GmbH Hoch- und Tiefbau	Rust	100,00	860	396 ^{1) 3)}
> regioDATA Gesellschaft für raumbezogene Informationssysteme mbH	Lörrach	51,00	980	416 ^{1) 3)}
> TREA Breisgau Energieverwertung GmbH	Eschbach	60,00	817	91 ^{1) 3)}
> Wärme Süd-West GmbH	Freiburg i. Br.	55,00	275	43 ^{1) 3)}
> Wärme-gesellschaft Kehl GmbH & Co. KG	Kehl	60,00	2.097	82 ¹⁾
> Wärme-gesellschaft Kehl Verwaltungs-GmbH	Kehl	60,00	34	1 ¹⁾
> Windpark Hohenlochen GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	20	-9 ^{1) 3)}
> Windpark Kallenwald GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	17	-3 ¹⁾
> ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN				
a) unmittelbare				
> Badische Rheingas GmbH	Lörrach	50,00	1.320	326 ⁴⁾
> Energie- und Wasserversorgung Kirchzarten GmbH	Kirchzarten	46,00	3.575	715 ³⁾
> Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH	Todtnau	24,00	4.087	204 ³⁾
> Energiewerk Ortenau Energiegesellschaft mbH & Co. KG	Achern	24,50	199	-231 ³⁾
> Gemeindewerke Gundelfingen GmbH	Gundelfingen	30,00	4.100	0 ^{3) 6)}
> Gemeindewerke Umkirch GmbH	Umkirch	40,00	2.075	129 ³⁾
> homeandsmart GmbH	Karlsruhe	50,00	138	116 ³⁾

	Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
b) mittelbare				
> ASF Solar GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	49,00	1.363	217 ³⁾
> ASF Solar Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	49,00	36	1 ³⁾
> badenova KONZEPT GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	49,00	100	98 ³⁾
> Badenweiler Energie GmbH	Badenweiler	50,00	739	39 ³⁾
> Das Grüne Emissionshaus GmbH	Freiburg i. Br.	50,00	330	94 ³⁾
> dge wind Baar eins GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	33,33	99	0 ³⁾
> dge wind Baar eins Verwaltungs GmbH	Freiburg i. Br.	33,33	25	-1 ³⁾
> EVB Energieversorgungsgesellschaft Bauverein Breisgau mbH	Freiburg i. Br.	24,80	646	48 ³⁾
> Netzgesellschaft Tuttlingen GmbH & Co. KG	Tuttlingen	50,00	4.503	342
> Netzgesellschaft Tuttlingen Verwaltungs-GmbH	Tuttlingen	50,00	29	1
> regioAQUA Gesellschaft für Wasser und Abwasser mbH	Rheinfelden	50,00	81	17 ³⁾
> Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG	Lauchringen	25,10	3.221	245
> Regionalwerk Hochrhein Verwaltungs-GmbH	Lauchringen	25,10	64	2
> regiosonne Verwaltungs GmbH	Freiburg i. Br.	37,00	49	7 ³⁾
> regiowind Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	50,00	70	8 ³⁾
> Stadtwerke Caléo	Guebwiller	44,45	10.548	1.076
> Windpark Kambacher Eck GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	47,60	2.554	253

> **ÜBRIGE WESENTLICHE BETEILIGUNGEN**

a) unmittelbare				
> Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG	Freudenstadt	15,00	15.786	1.092 ³⁾
> Syneco GmbH & Co. KG i.L.	München	9,81	2.243	-155 ⁵⁾
> Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Hamburg	0,78	216.098	8.359 ³⁾
b) mittelbare				
> KOM9 GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	13,62	879.811	98.701

- 1) Die Gesellschaft wurde wegen untergeordneter Bedeutung gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht in die Konsolidierung einbezogen.
- 2) Ergebnisabführungsvertrag oder Ergebnisübernahme durch badenova
- 3) Zahlen lt. Jahresabschluss 2018
- 4) abweichendes Wirtschaftsjahr (30. Juni 2018)
- 5) abweichendes Wirtschaftsjahr (30. April 2018)
- 6) Ergebnisabführungsvertrag oder Ergebnisübernahme durch Anteilseigner

VERBINDLICHKEITENSPIEGEL BADENOVA KONZERN

ZUM 31. DEZEMBER 2019

> IN EUR

31. DEZEMBER 2019

Art der Verbindlichkeit	bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.407.346,36	83.395.325,09	128.750.071,20	226.552.742,65
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	198.827,70	0,00	0,00	198.827,70
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	88.972.664,61	0,00	0,00	88.972.664,61
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon gegenüber Gesellschaftern	14.611.998,49 (-12.007.097,83)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	14.611.998,49 (-12.007.097,83)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	224.376,81	0,00	0,00	224.376,81
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	43.481.093,80	0,00	0,00	43.481.093,80
7. sonstige Verbindlichkeiten	37.666.620,29	0,00	0,00	37.666.620,29
> Gesamt	199.562.928,06	83.395.325,09	128.750.071,20	411.708.324,35

31. DEZEMBER 2018

Summe	bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
174.990.683,08	51.079.163,78	54.741.255,41	69.170.263,89
215.030,08	215.030,08	0,00	0,00
96.106.207,97	96.106.207,97	0,00	0,00
11.776.783,51 (10.764.077,99)	11.776.783,51 (10.764.077,99)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
109.224,19	109.224,19	0,00	0,00
43.192.309,68	43.192.309,68	0,00	0,00
37.220.637,68	37.220.637,68	0,00	0,00
363.610.876,19	239.699.356,89	54.741.255,41	69.170.263,89

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Als Energie- und Umweltdienstleister, der insbesondere in Mittel- und Südbaden seine Produkte und Leistungen anbietet, bestimmen insbesondere die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der trinationalen Metropolregion Oberrhein und Hochrhein im Dreiländereck Frankreich, Schweiz und Deutschland die entscheidenden Marktparameter und Impulse für die Entwicklung der badenova.

Infrastrukturell ist die Region mit einem hochentwickelten Straßen-, Autobahn- und Schienennetz und dem Rhein als einer der großen internationalen Wasserstraßen ausgestattet. Zahlreiche internationale Konzerne haben sich ebenso wie eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen in dieser Region niedergelassen. Das badenova Marktgebiet ist gekennzeichnet von einem breiten Spektrum an Gewerbeansiedlungen, einer Vielzahl von Industriestandorten und hochentwickelten Dienstleistungsbranchen (Handel, Banken und Versicherungen). Mit „BioValley“ vertritt die Region am Oberrhein ein weltweit bekanntes Cluster im Bereich der Life-Sciences.

Im Jahr 2018 wurde in Baden-Württemberg ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent erreicht. Die Konjunktur hat sich in Baden-Württemberg aber zuletzt deutlich abgeschwächt. Für 2019 wurde lediglich ein geringes Wachstum des realen BIP von 0,1 Prozent erzielt. Verantwortlich hierfür war insbesondere die Exportabhängigkeit Baden-Württembergs sowie die strukturellen Herausforderungen der in den Vorjahren starken Bereiche Automotive und Maschinenbau. Zu Beginn des Jahres 2020 rechneten die Experten der Landesbank Baden-Württemberg mit einem Rückgang des realen BIP von 0,8 Prozent für Baden-Württemberg und 0,1 Prozent für Gesamtdeutschland. Aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie geht der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Zeitpunkt der Berichterstellung von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes zwischen 2,8 Prozent und 5,4 Prozent für das laufende Jahr aus.

44
45

2.2 ENERGIEWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

ENERGIEVERBRAUCH

Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen belief sich der voraussichtliche Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2019 auf 12.815 Petajoule (437,3 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten). Das entspricht einem Rückgang von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang ist hierbei auf die stetigen Verbesserungen bei der Energieeffizienz, Substitutionen im Energiemix sowie auf die konjunkturell bedingte geringere Energienachfrage aus der Industrie zurückzuführen. Verbrauchssteigernd wirkten sich hingegen die etwas kühlere Witterung und die Zunahme der Bevölkerung aus. Diese deutlich schwächeren Faktoren konnten aber den Trend eines weiter sinkenden Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland nicht vollständig kompensieren.

Im Jahresvergleich stellt sich der detaillierte Energieverbrauch wie folgt dar:

> PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH IN DEUTSCHLAND	2019*		2018		ABWEICHUNG	
	Petajoule	%	Petajoule	%	Petajoule	%
> Mineralöl	4.519	35	4.443	34	76	1,7
> Erdgas	3.200	25	3.090	24	110	3,6
> Steinkohle	1.134	9	1.427	11	-293	-20,5
> Braunkohle	1.170	9	1.476	11	-306	-20,7
> Kernenergie	820	6	829	6	-9	-1,1
> Erneuerbare Energien	1.886	15	1.805	14	81	4,5
> Sonstige	86	1	45	< 1	41	91,1
> Gesamt	12.815	100	13.115	100	-300	-2,3

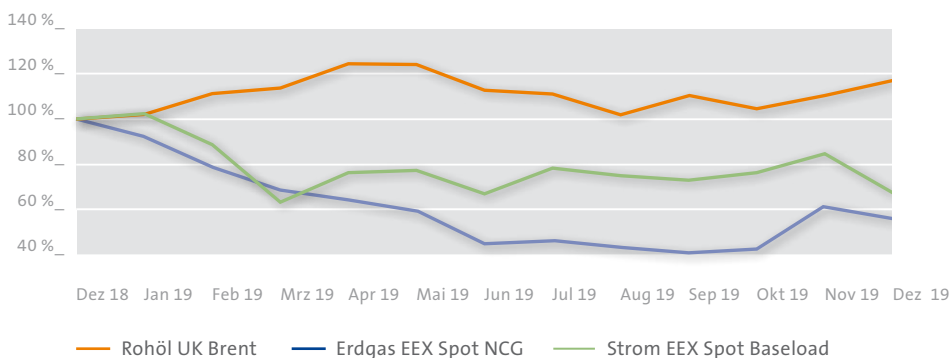
* vorläufig

Quelle:
Arbeitsgemeinschaft
Energiebilanzen e. V.

Der Erdgas- und Mineralölverbrauch nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht zu, was im Wesentlichen der etwas kühleren Witterung im Frühjahr geschuldet ist. Hingegen ist der Einsatz des Energieträgers Kohle weiterhin stark rückläufig. Der Verbrauch an Braunkohle verringerte sich um rund 21 Prozent und sank damit das siebte Jahr in Folge. Der Einsatz an Steinkohle erreichte 2019 sogar ein historisches Tief. Insbesondere in der Stromerzeugung wurde verstärkt auf den Einsatz erneuerbarer Energien und Erdgas gesetzt. Die erneuerbaren Energien konnten ihren Anteil am Gesamtenergieverbrauch in Deutschland hierdurch weiter ausbauen und tragen nunmehr rund 15 Prozent zum nationalen Energiemix bei.

ENERGIEPREISE

> ENERGIEPREISENTWICKLUNG 2019 (DEZEMBER 2018 = 100)



Quelle: Mineralölwirtschaftsverband, European Energy Exchange Leipzig, eigene Berechnungen

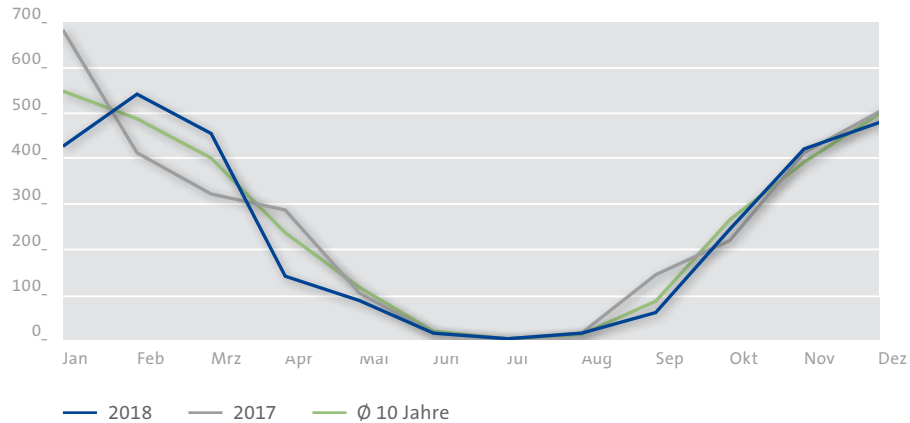
Der wachsende Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion hat aufgrund der Abhängigkeiten von klimatischen Einflussfaktoren zu einer weiterhin steigenden Volatilität der Großhandelspreise geführt. Im Durchschnitt lag der Preis bei 37,93 EUR/MWh (EEX Spot Baseload) und somit 6,70 EUR/MWh unter dem Vorjahresniveau.

Die Notierungen im Monatsdurchschnitt für die Nordseeölsorte Brent stiegen bis in den Mai, fielen in der Folge ab, um sich bis zum Jahresende wieder zu erholen. Von dem Jahreshöchststand im Mai 2019 von 71,32 USD/Barrel fiel der Rohölpreis bis zum Dezember auf 67,31 USD/Barrel (-6 Prozent). Der durchschnittliche Rohölpreis lag 2019 bei 64,36 USD/Barrel und somit 6,70 USD/Barrel unter dem Vorjahresdurchschnitt. Gestützt wurde der Preis hauptsächlich durch neue Sanktionen der USA gegenüber dem Iran, verbunden mit der Ankündigung von Kürzungen der Fördermengen der OPEC-Staaten.

Die Erdgaspreise sind nach einem milden Winter 2018/2019 und der witterungsbedingt geringen Nachfrage in den ersten beiden Quartalen stark gefallen. Sie konnten erst Ende des dritten Quartals 2019 in eine leichte Gegenbewegung übergehen. Über den gesamten Sommer bewegten sich die Spotpreise zwischen 8 und 10 EUR/MWh. Der Terminmarkt war in der gleichen Zeit relativ stabil. Erst mit Ausbleiben des Winters ab Oktober und der Langfristprognose für einen warmen, nassen Winter 2019/2020 gaben auch am Terminmarkt die Preise für das Folgejahr deutlich nach.

WITTERUNGSEINFLÜSSE

> GRADTAGSAZAHLEN FREIBURG



Die Geschäftsentwicklung der badenova ist auch von den Wetterverhältnissen abhängig. Der verwendete Indikator für den Heizenergiebedarf ist die Gradtagszahl. Bezogen auf Freiburg lag diese Kennzahl in Summe für 2019 um 127,1 Gradtage über der des Vorjahres (+4,5 Prozent) und um 50 Gradtage unter dem 10-jährigen Mittel. Gemessen an den Gradtagen war das abgeschlossene Geschäftsjahr somit etwas kälter als das Vorjahr, aber immer noch wärmer als das 10-jährige Mittel.

46

47

ENERGIEPOLITIK UND REGULIERUNG

Klimaschutzgesetz

Das Klimaschutzgesetz wurde vom Bundestag am 15. November 2019 beschlossen und ist am 18. Dezember 2019 in Kraft getreten. Zielsetzung des Gesetzes ist die Erfüllung der deutschen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben. Das Gesetz sieht im Vergleich zum Jahr 1990 eine Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent bis 2030 vor. Der Zielwert kann erhöht, jedoch nicht gesenkt werden. Bis 2050 ist die Treibhausgasneutralität vorgesehen. Aufgeteilt auf verschiedene Sektoren werden jeweils absinkende Emissionsmengen festgelegt. Für den Bereich Energiewirtschaft wird eine Minderung von 280 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr 2020 auf 175 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahre 2030 vorgegeben. Die Senkung soll möglichst stetig verlaufen. Ab 2031 sollen die jährlichen Minderungsziele fortgeschrieben werden. Zur Einhaltung und Fortschreibung des Klimaschutzplans sind Sofortprogramme vorgesehen. Die zuständigen Bundesministerien schlagen nach Vorlage der Bewertung des Expertenrats für Klimafragen Maßnahmen vor, um die in den jeweiligen Sektoren erforderlichen Treibhausgasminderungen zu erzielen. Die Bundesregierung berät und beschließt daraufhin die zu ergreifenden Maßnahmen. Für die Energiewirtschaft ist dieser Vorgang beginnend ab dem Jahr 2023 im Turnus von drei Jahren vorgesehen. Zur Umsetzung der Ziele sind ein fortzuschreibender Klimaschutzplan und Klimaschutzprogramme vorgesehen. Das Gesetz verpflichtet die öffentliche Hand, entfaltet hingegen keine unmittelbaren Rechtswirkungen für den Privatsektor. Die Bindung für die Verbraucher und die Wirtschaft wird sich dann aus den Maßnahmen- und Sofortprogrammen mit den entsprechenden gesetzlichen Festlegungen ergeben. Der Verordnung liegt zugrunde, dass Deutschland die auf europäischer Ebene eingegangenen Verpflichtungen zunächst für 2020 nicht einhalten wird und wegen der Verfehlung der Ziele erhebliche Zahlungspflichten anfallen. Für Sektoren, die dem Europäischen Emissionshandel unterliegen, wie die Energiewirtschaft und die Industrie, sollen zwar keine Zahlungspflichten nach der Europäischen Klimaschutzverordnung entstehen und es besteht etwas mehr Flexibilität zwischen den festgelegten Emissionsmengen. Gleichwohl sieht das Gesetz auch für diese Sektoren Sofortprogramme bei Überschreitung der festgelegten Emissionsmengen vor, wobei berücksichtigt werden soll, dass Emissionsminderungen auch im Ausland erbracht werden können.

Änderungsgesetz EDL-G, EnWG, EEG und KWKG

Das Gesetz verfolgt das Ziel, die gesetzlichen Regelungen zu den verpflichtenden Energieaudits weiterzuentwickeln. Außerdem werden Änderungen im EnWG, EEG und KWKG vorgenommen. Unter anderem werden die beihilferechtlichen Genehmigungsvorbehalte im EEG und KWKG gestrichen, da die Förderungen und Umlagen nach dem EEG und KWKG gemäß dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 28. März 2019 keine staatlichen Beihilfen darstellen. Das Gesetz ist am 26. November 2019 in Kraft getreten.

Zu den wesentlichen Anpassungen gehören die Absenkung der EEG-Umlage auf 40 Prozent für die Eigenstromversorgung neuer KWK-Anlagen mit einer Leistung zwischen 1 und 10 MW.

Die Nutzung von regenerativ erzeugtem Strom zur Erzeugung von Wasserstoff, Sauerstoff oder Methan (Power-to-X) wird von vielen Experten als wesentlicher Baustein der Sektorenkopplung angesehen. Bisher waren Anlagen zur Wasserelektrolyse mit anschließender Methanisierung von der Netzentgeltspflicht ausgenommen. Nachdem 2019 eine volle Netzentgeltspflicht für Power-to-X-Technologien eingeführt wurde, soll sie nun wieder fallen gelassen werden.

EEG-Umlage

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber haben die EEG-Umlage für 2020 festgelegt und veröffentlicht. Die EEG-Umlage für nicht privilegierten Letztverbraucherabsatz steigt demzufolge um 0,351 ct/kWh von 6,405 ct/kWh auf 6,756 ct/kWh in 2020 an.

Clean Energy Package der EU

Das von der EU-Kommission unter dem Begriff „Clean Energy Package“ zusammengefasste Paket von insgesamt acht europäischen Richtlinien und Verordnungen ist im Juli 2019 in Kraft getreten. Das Gesetzespaket umfasst vier EU-Verordnungen und vier EU-Richtlinien und deckt ein breites Themenspektrum ab, von einem neuen Governance-System für die Energieunion über die europäische Risikovorsorge im Elektrizitätssektor, die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) und die Energieeffizienz (auch in Gebäuden) bis hin zu neu gefassten Vorgaben für den Strombinnenmarkt in Europa und für die zukünftige Förderung erneuerbarer Energien.

Inhaltlich sieht das Paket beispielsweise den Lieferantenwechsel an jedem Werktag innerhalb von 24 Stunden bis spätestens zum Jahre 2026 und damit mittelfristig eine neuerliche Anpassung der Marktprozesse vor. Haushaltskunden sollen zudem in die Lage versetzt werden, sich an kollektiven Versorgerwechselmodellen zu beteiligen. Bürgerenergiegemeinschaften ist zukünftig die Möglichkeit einzuräumen, gemeinsam und diskriminierungsfrei an Stromerzeugung und -lieferung teilzuhaben. Neue Vorgaben für Stromrechnungen werden ihren Niederschlag im Energiewirtschaftsgesetz finden. Der deutsche Gesetzgeber hat ferner eine bestimmte Anzahl von Ladepunkten für Elektromobilität beim Bau oder der Sanierung von Gebäuden vorzuschreiben. Zu erwarten sind damit bis 2021 zumindest Novellierungen des EnWG, des EEG, des MsbG, des Gebäudeenergiegesetzes, der StromGvV, der AVBFernwärmeV und der Heizkostenverordnung sowie Anpassungen im Miet- und Sozialrecht.

2.3 GESCHÄFTSVERLAUF**ALLGEMEIN**

Im Geschäftsjahr 2019 konnte das wirtschaftliche Ergebnis auf hohem Niveau gefestigt werden. Die vertrieblichen Vorgaben zum Kundenwachstum konnten erreicht, die internen Prozesse weiter optimiert sowie digitalisiert und Maßnahmen für die digitale Transformation der Wertschöpfungsstufen weiter vorangebracht werden. Neue Themen wurden auf den Weg gebracht, um die badenova Gruppe als attraktiven Arbeitgeber in der Region weiter voranzubringen und die Kundenorientierung des Unternehmens weiter zu erhöhen. Mit dem Jahresabschluss 2019 dokumentiert die badenova auch für das

abgelaufene Geschäftsjahr ein hohes Maß an wirtschaftlicher Stabilität in einem dynamischen und volatilen Wettbewerbsumfeld.

Die wettbewerblichen Herausforderungen im Vertriebsgeschäft sind durch Zusammenschlüsse von Unternehmen und den Eintritt neuer Marktteilnehmer weiter gestiegen. In diesem Marktumfeld müssen die Kostenstrukturen in sämtlichen Vertriebsprozessen weiterhin konsequent optimiert werden. Einen wichtigen Beitrag hierzu hat das realisierte Kundenwachstum in den letzten Jahren geleistet, so dass die fixen Kosten spezifisch weiter reduziert werden konnten. In der Kundenakquise konnten durch eine konsequente Vertriebskanalsteuerung erste Erfolge in der Kostensenkung erzielt werden. Mit dem Erwerb weiterer 42 Prozent der Geschäftsanteile an der Homeandsmart GmbH ergeben sich für die badenova zudem neue vertriebliche Ansätze in der Produktentwicklung. Homeandsmart.de gehört zu den führenden Verbraucherportalen für Smart Home, E-Mobilität und IoT in Deutschland.

Die Konzerntochter badenova Beteiligungs-GmbH (nachfolgend: bnBETEILIGUNG) hat sich 2019 mit 44,45 Prozent am elsässischen Stadtwerk Caléo in Guebwiller (nachfolgend: Caléo) beteiligt. Gemeinsam vereinbarte Ziele der Zusammenarbeit sind der Bau und Betrieb von Nahwärmenetzen, von Anlagen für erneuerbare Energien im Bereich Biomasse, Windkraft und Solar, der Ausbau lokaler Dienstleistungen im Bereich Energie und Umwelt, Smart City-Angebote, Energieberatung, neue Strom- und Gasvertriebskonzepte, oder auch der Ausbau der Zusammenarbeit mit gemeinsamen Partnern aus der Region. badenova erhofft sich durch die Partnerschaft eine deutsch-französische Kooperation, aus der sich weitere gemeinsame Aktivitäten am Oberrhein ergeben können, ohne dass badenova einen eigenen Standort in Frankreich aufbauen muss. Gerade im Post-Fessenheim-Prozess sieht badenova große Chancen in einer solchen Zusammenarbeit. Aus dieser Kooperation ist bereits im Geschäftsjahr die 10-prozentige Beteiligung an der Projektgesellschaft FLORIGAZ S.A.S hervorgegangen. Ziel dieser Gesellschaft ist die Entwicklung, Errichtung und der Betrieb einer Biogasanlage mit Biomethanein-
speisung in Guebwiller.

48
49

Die Konzerntochter bnNETZE GmbH (nachfolgend: bnNETZE) betreibt das eigene Erdgas-, Strom- und Wassernetz, das Erdgasnetz der Hafenvverwaltung in Kehl, der Netzgesellschaft Tuttlingen GmbH & Co. KG, der Stadtwerke Müllheim-Staufen GmbH, der Gemeindewerke Umkirch GmbH und der Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH sowie die Stromnetze der Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG und der Gemeindewerke Umkirch GmbH. Das eigene Erdgasnetz erstreckt sich über zwei Regierungspräsidien und 11 Land- und Stadtkreise, in denen 158 Konzessionsverträge mit Städten und Gemeinden abgeschlossen sind. Im Bereich Erdgas wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Konzessionsfolgevertrag unterzeichnet. Im Strom- und Wasserkonzessionsbereich gibt es gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung. Es sind unverändert 21 Stromkonzessionen und zwei Wasserkonzessionen in der Obhut der bnNETZE.

Während der Roll-out moderner Messeinrichtungen planmäßig durchgeführt wird, verzögert sich die Umsetzung bei den SmartMeter-Gateways durch die erst am 31. Januar 2020 veröffentlichte Markterklärung durch das BSI auf das Jahr 2020.

Die Trinkwasserleitung nach Breisach wurde Ende 2019 fertiggestellt. Für die Stadt Breisach und die Gemeinden Ihringen und Merdingen besteht nun eine Zusatzabsicherung mit Trinkwasser. Inzwischen werden die Versorgungsanlagen schrittweise in Betrieb genommen. In den Wasserwerken Freiburg und Lahr wurde mit dem zukunftssicheren Ausbau der Förderanlagen begonnen.

Die badenova WärmePlus GmbH & Co. KG (nachfolgend: bnWÄRMEPLUS) hat im Geschäftsjahr 2019 im Segment Wärmeversorgung die Netzerweiterung von der Firma Cerdia in Richtung Freiburger Messe/Kopfbau mit dem Anschluss des neuen SC-Stadions sowie des Neubaus des Fraunhofer IPM abgeschlossen. Darüber hinaus wurden auf der Parkplatzüberdachung des Europaparks in Rust PV-Anlagen umgesetzt. Weiterhin wurde die Erschließung des Versorgungsgebietes Schildacker sowie die Weiterentwicklung des Baugebietes Gutleutmatten abgeschlossen.

In Lahr/Mauerfeld hat bnWÄRMEPLUS bestehende Wärmeerzeugungsanlagen modernisiert und im Versorgungsgebiet Güterbahnhof Nord in Freiburg ein zweites Blockheizkraftwerk installiert. Im Auftrag der Wärmegesellschaft Kehl wurde der Wärmeverbund für die Stadthalle Kehl weiter ausgebaut sowie das Kulturhaus mit einem Blockheizkraftwerk ausgestattet.

Im Bereich der erneuerbaren Energien hat die bnWÄRMEPLUS mit dem Bau des Windparks Hohenlochen im Schwarzwald begonnen. Dort sollen 2020 vier Windkraftanlagen vom Typ Enercon E-138 mit je 4,2 MW Leistung, durch die Tochtergesellschaft Windpark Hohenlochen GmbH & Co. KG, gebaut und in Betrieb genommen werden. Im Juli 2019 wurde ein Vertrag über den Erwerb von 49 Prozent der Anteile an einem Photovoltaik-Projektportfolio mit insgesamt 46 MWp in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern geschlossen. Der Bau dieser Parks soll im Jahr 2020 erfolgen und die Anlagen sollen noch im selben Jahr in Betrieb gehen.

Die badenIT GmbH (nachfolgend: badenIT) blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2019. Der Geschäftsumfang mit Kunden außerhalb der badenova Gruppe konnte auch in diesem Jahr weiter gesteigert werden. In der Region Südbaden hat sich die Marktposition der badenIT weiter gefestigt, Marktanteile als kompetenter IT- und Kommunikationsdienstleister konnten gezielt ausgebaut werden. Unterstützt wird der positive Auftritt der badenIT am Markt durch die Zertifizierung nach ISO 27001 (Informationssicherheit) und ISO 20000 (IT Service Management). Durch jährliche Überwachungsaudits und ausführliche Rezertifizierungsaudits durch den TÜV im Abstand von 3 Jahren wird der hohe Standard weiterhin gewährleistet. Das zweite Hochsicherheitsrechenzentrum am Standort im Industriegebiet Freiburg-Nord konnte im Januar 2019 erfolgreich in Betrieb genommen werden. Dabei wurden alle TÜV-Standards für ein zertifiziertes Rechenzentrum erfüllt und zertifiziert.

Auch die Abrechnungsgesellschaft E-MAKS GmbH & Co. KG (nachfolgend: E-MAKS) konnte 2019 die gesteckten Ziele deutlich übertreffen und sieht sich durch den weiteren Ausbau des Geschäfts in Form von Wachstum der Auftraggeber sowie den Ausbau von Beratungs- und Projektleistungen gut aufgestellt. Die E-MAKS wurde beim diesjährigen Wiederholungsaudit erfolgreich nach der Norm ISO 9001:2015 zertifiziert.

Der implementierte Steuerungsprozess in der badenova wie auch den Konzerntöchtern sorgt für Transparenz und Zielorientierung in allen Unternehmensbereichen. Die definierten strategischen Maßnahmen im Geschäftsfeld der badenova sowie in den Geschäftsfeldern der Tochtergesellschaften wurden weiter planmäßig umgesetzt.

ERDGAS

Im Geschäftsfeld Markt und Energiedienstleistungen organisiert die badenova Gruppe mit den Gesellschaften badenova und ESDG den Einkauf und Weiterverkauf von Erdgas an private und industrielle Endkunden sowie an Weiterverteiler.

2019 wurde badenova von Focus Money mit dem Siegel „Höchste Kompetenz“ ausgezeichnet.

> ERDGASABSATZ* Mio. kWh	2019*	2018	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Privat- und Gewerbekunden	4.897,8	4.415,6	482,2	10,9
> Geschäftskunden	5.109,3	6.225,9	-1.116,6	-17,9
> Gesamt	10.007,1	10.641,5	-634,4	-6,0

* einschließlich Eigenverbrauch

Der Erdgasverkauf liegt mit 10.007,1 Mio. kWh unter dem Niveau von 2018. Im Privat- und Gewerbe-kundensegment führte die weiterhin sehr erfolgreiche Neukundengewinnung im bundesweiten Vertrieb zu einem Wachstum der Absatzmenge. Im Geschäftskundensegment ist der Absatzrückgang im Kundensegment der Weiterverteiler begründet.

STROM

Neben dem Kernprodukt Erdgas verkaufen badenova und ESDG den von Vorlieferanten bezogenen Strom an Privat- und Gewerbe-kunden, Geschäftskunden und Weiterverteiler. Alle Privatkunden erhalten zu 100 Prozent zertifizierten Ökostrom.

Mit der Auszeichnung „Bester Kunden- und Verbraucherservice 2019“ der Zeitschrift Wirtschaftswoche konnte badenova sich zum dritten Mal in Folge den Spitzenplatz unter den regionalen Energieversorgern sichern.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Stromabsatz wie folgt:

> STROMABSATZ Mio. kWh	2019	2018	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Privat- und Gewerbe-kunden	793,7	687,1	106,6	15,5
> Geschäftskunden	2.882,5	2.660,8	221,7	8,3
> Gesamt	3.676,2	3.347,9	328,3	9,8

Der Stromverkauf ist im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 Prozent gestiegen und beträgt für das abgelaufene Geschäftsjahr 3.676,3 Mio. kWh. Im Privat- und Gewerbe-kundensegment ist die Absatzsteigerung weiterhin auf das Kundenwachstum im bundesweiten Vertrieb zurückzuführen. Die Steigerung im Geschäftskundensegment ist im Wesentlichen auf erhöhte Absatzmengen im Kundensegment der Weiterverteiler zurückzuführen.

WÄRME

Die Wärmeversorgung in der badenova Gruppe erfolgt durch die beiden Konzerngesellschaften bnWÄRMEPLUS und FWV.

Unternehmensgegenstand der bnWÄRMEPLUS ist die Entwicklung, die Planung, der Bau, die Pacht und der Betrieb von Anlagen zur Energiewandlung und Energieversorgung in Form von Strom, Wärme und Biogas, insbesondere zum Einsatz in Einzelobjekten wie auch in Nah- und Fernwärmeversorgungs-systemen im In- und Ausland, technische und kaufmännische Dienstleistungen, Beratungsleistungen und Geschäftsbesorgungen im Energiebereich, Planung technischer Gebäudeausstattungen und Ankauf, Reinigung, Veredelung und Verkauf von Biogasen.

Die FWV ist verantwortlich für die Wärmeversorgung sowie die technische Betriebsführung von Heizanlagen in ausgewählten Freiburger Stadtteilen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Wärmeabsatz wie folgt:

> WÄRMEABSATZ* Mio. kWh	2019	2018	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Wärmeabsatz	317,2	311,0	6,2	2,0
> Gesamt	317,2	311,0	6,2	2,0

* einschließlich Strom

Der Absatz der badenova Gruppe im Bereich der Wärmeversorgung ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,2 Mio. kWh gestiegen. Wie das Vorjahr war auch das Jahr 2019 ein eher mildes Jahr. Aufgrund der genannten Wärmenetzerweiterungen konnte der Wärmeabsatz dennoch leicht gesteigert werden.

WASSER

Die Städte Freiburg und Lahr haben bnNETZE als Konzessionsnehmer beauftragt, die Trinkwasserversorgung sicherzustellen. Darüber hinaus werden vom Wasserwerk in Hausen an der Möhlin weitere Kommunen ganz oder teilweise mit Wasser versorgt. Die Bedeutung als regionaler Versorger im Bereich der Wasserversorgung gewinnt durch die zunehmenden Wetterextreme eine immer größere Bedeutung. Im Jahr 2018 wurde so viel Wasser gefördert und verkauft wie nie zuvor. Das Jahr 2019 war ein sehr trockenes Jahr. Allerdings waren die Hitzeperioden nicht so heiß und lang andauernd. Daher wurden keine erneuten Spitzenverbräuche erreicht. In Freiburg und Lahr wurden insgesamt circa 4 Prozent weniger Wasser verkauft als im Vorjahr.

Für die Versorgungen im Schwarzwald war die Trockenheit allerdings weiterhin ein Problem. So war die Quellschüttung im Jahr 2019 weiterhin viel zu gering und einige Versorger mussten erneut große Mengen Wasser von bnNETZE beziehen. Diese Mengen konnten problemlos aus dem Wasserwerk Hausen an der Möhlin zur Verfügung gestellt werden.

Im Wasserwerk Ebnet wurde damit begonnen, die Förderanlagen zukunftssicher auszubauen. In Lahr wurde ebenfalls mit den notwendigen Sanierungen begonnen, um die Wasserverteilung für die Zukunft zu sichern.

Um die Wasserversorgung an die zusätzlichen Anforderungen aus dem Klimawandel anzupassen, wurden die Versorgungsanlagen 2019 hinsichtlich ihrer Spitzenauslastung überprüft. Ab 2020 können die daraus resultierenden strukturverbessenden Maßnahmen für die Wasserversorgung ausgeplant und abgestimmt werden, so dass ab 2021 eine schrittweise Anpassung möglich sein wird.

In Freiburg wurde zudem mit der Sanierung des Hochbehälters Schlossberg begonnen. Für über 1,5 Mio. Euro werden in dem denkmalgeschützten Gebäude Innenverkleidungen eingebaut, um dessen Nutzung auch weiterhin zu gewährleisten. Der alte Baumbestand auf dem Behälter kann erhalten bleiben. So werden ein ressourcenschonender Umgang mit Umwelt und Natur sowie der Denkmalschutz vereint.

Die Trinkwasserleitung nach Breisach wurde Ende 2019 fertiggestellt. Für die Stadt Breisach und die Gemeinden Ihringen und Merdingen besteht nun eine Zusatzabsicherung mit Trinkwasser. Seit Anfang 2020 werden die Versorgungsanlagen nun schrittweise in Betrieb genommen.

Die Anstrengungen im Gewässer- und Grundwasserschutz sind weiter ausgebaut worden. Neben den regelmäßigen Untersuchungen wurde mit neuen Projekten zur grundwasserschonenden Düngerausbringung sowie zum Humusaufbau begonnen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Wasserabsatz wie folgt:

> WASSERABSATZ Mio. m ³	2019	2018	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Tarifkunden	15,4	16,1	-0,7	-4,3
> Geschäftskunden	0,2	0,2	0,0	0,0
> weiterverteilende Kunden	4,5	4,5	0,0	0,0
> Gesamt	20,1	20,8	-0,7	-3,4

Der Wasserabsatz verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf 20,1 Mio. m³. Während es sich bei dem Jahr 2018 um ein Ausnahmejahr mit einer besonders langen Trockenperiode ohne Niederschlag gehandelt hat, ist der Wasserabsatz 2019 wieder auf ein „normales“ Niveau gesunken. Somit ist der Rückgang im Wesentlichen auf die Witterung zurückzuführen.

NETZ

Gemäß den Vorgaben der regulierenden Gesetzgebung und Verordnungen (hier insbesondere die Strom- bzw. Gasnetzentgeltverordnung sowie die Anreizregulierungsverordnung) betreibt die bnNETZE das eigene Gas- und Stromnetz, das Gasnetz der Hafenverwaltung in Kehl (HVK), der Netzgesellschaft Tuttlingen GmbH & Co. KG (NGT), der Stadtwerke MüllheimStaufen GmbH (SWMS), der Gemeindewerke Umkirch GmbH (GWU) und der Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH (EOW) sowie das Stromnetz der Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG (RWH), der GWU und seit dem 1. Januar 2019 der SWMS.

Der Pachtvertrag mit der HVK hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022, der Pachtvertrag mit der NGT bis zum 31. Dezember 2033. Der Pachtvertrag mit der SWMS läuft noch bis zum 31. Dezember 2024. Der Pachtvertrag mit der RWH hatte eine Erstlaufzeit bis zum 31. Dezember 2015 und verlängert sich bis auf weiteres. Der zum 1. Januar 2016 mit der EOW abgeschlossene Pachtvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2025. Die Pachtverträge mit der GWU hatten jeweils eine Erstlaufzeit bis zum 31. Dezember 2018 und verlängerten sich automatisch. Der Pachtvertrag mit der SWMS im Bereich Strom läuft bis zum 31. Dezember 2025.

Die Netzlänge beträgt zum 31. Dezember 2019 im Erdgasnetz 8.058,7 km. 180.292 Zähler sind in diesem Netz installiert.

Das Stromnetz der bnNETZE erstreckt sich über eine Länge von 6.437,3 km. Zum 31. Dezember 2019 sind in diesem Stromnetz 221.139 Zähler installiert.

Die angegebenen Netzlängen beinhalten jeweils die Netzanschlussleitungen.

Der Betrieb sowie die laufende Instandhaltung der gepachteten Netze obliegen der bnNETZE. Investitionen werden durch die Verpächter getragen.

Die Abgrenzung zwischen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt anhand bestehender Richtlinien innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Bewertungsgrundsätze. Die Investitionen der bnNETZE lagen im Berichtsjahr für ihr Erdgasnetz bei 34,5 Mio. EUR. In das Stromnetz wurden 18,5 Mio. EUR investiert.

Konzessionen

Das Gasnetz umfasst 158 Konzessionsverträge mit Städten und Gemeinden in zwei Regierungspräsidien und 11 Land- und Stadtkreisen.

Im Bereich Erdgas wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Konzessionsfolgevertrag unterzeichnet. Bei den Stromkonzessionen sind gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen zu verzeichnen. Es liegen unverändert 21 Stromkonzessionen und zwei Wasserkonzessionen in der Verantwortung der bnNETZE.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Netzabsatz Erdgas wie folgt:

> NETZABSATZ ERDGAS	Mio. kWh	2019	2018	ABWEICHUNG	
				absolut	%
> Privat- und Gewerbekunden		5.596,4	5.354,5	241,9	4,5
> Geschäftskunden		10.602,5	10.470,7	131,8	1,3
> Gesamt		16.198,9	15.825,2	373,7	2,4

Klimarelevante Faktoren haben auf den Erdgasabsatz, insbesondere zu Heizzwecken, einen maßgeblichen Einfluss. Für 2019 lag die Gradtagzahl als Maß der Veränderung des Temperaturniveaus mit 2.998 Gradtagen 4,0 Prozent über dem Wert für 2018 mit 2.884 Gradtagen. Dementsprechend kann der Anstieg des Absatzes der Privatkunden für 2019 um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich auf den Anstieg der Gradtage zurückgeführt werden. Im Geschäftskundenbereich, der weniger temperatur-, sondern vor allem konjunkturabhängig ist, hat dies eine geringere Auswirkung. Der Anstieg in Höhe von 1,3 Prozent lässt sich vorwiegend auf den erhöhten Erdgasbezug einzelner Großkunden zurückführen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Netzabsatz Strom wie folgt:

> NETZABSATZ STROM Mio. kWh	2019	2018	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Privat- und Gewerbekunden	647,3	600,2	47,1	7,8
> Geschäftskunden	942,1	857,8	84,3	9,8
> Gesamt	1.589,4	1.458,0	131,4	9,0

Der Netzabsatz Strom liegt 2019 mit 1.589,4 Mio. kWh um circa 9,0 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dies ist insbesondere auf die Pachtübernahme der Netze in Müllheim & Staufen mit einem Absatz von circa 149 Mio. kWh zurückzuführen. Im Bestandsnetz ist ein Rückgang der Absatzmengen sowohl im Privatkundenbereich als auch im Gewerbekundensegment um jeweils circa 1,2 Prozent zu verzeichnen. Bei den Privatkunden setzt sich der Trend der letzten Jahre zu allgemeinen Energieeinsparungen unter anderem durch gezielte Maßnahmen und technischen Fortschritt fort. Im Gewerbekundensegment macht sich insbesondere die Insolvenz eines Großkunden bemerkbar.

PRODUKTUMSATZ

Die Umsätze stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

> PRODUKTUMSATZ Mio. EUR	2019	2018	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Erdgas abzüglich Erdgassteuer	367,9	364,4	3,5	1,0
> Strom abzüglich Stromsteuer	596,4	519,5	76,9	14,8
> Wasser	36,0	36,2	-0,2	-0,4
> Wärme	25,0	21,8	3,2	14,8
> Biogas/Biomasse	2,1	1,8	0,3	18,8
> Dienstleistungen/Sonstiges	54,7	56,5	-1,8	-3,3
> Netto-Umsatzerlöse	1.082,2	1.000,2	82,0	8,2

Der Umsatz ist im abgelaufenen Geschäftsjahr im Bereich **Erdgas** gestiegen. Die Neukundenakquise konnte hierbei die deutlich wärmeren Temperaturen des Geschäftsjahres überkompensieren.

Der Anstieg des **Stromumsatzes** ist zum einen auf weiteres Kundenwachstum im Privat- und Gewerbekundensegment und zum anderen auf erhöhte Absatzmengen im Geschäftskundensegment, insbesondere bei den Weiterverteilern, zurückzuführen.

Der Umsatz im Bereich **Wasser** liegt auf Vorjahresniveau.

Im Bereich **Wärme** liegt der Umsatz über Vorjahresniveau. Die Witterungseffekte konnten durch den Zubau von Wärmenetzen überkompensiert werden.

Der gesunkene Umsatz im **Dienstleistungen/Sonstiges** lässt sich im Wesentlichen auf gesteigerte Bonuszahlungen an Endkunden und den damit verbundenen Erlösschmälerungen zurückführen.

2.4 ERTRAGSLAGE

> ERTRAGSLAGE Mio. EUR*	2019	2018	Abw. absolut
> Gesamtleistung	1.097,3	1.013,2	84,1
> Materialaufwand	-830,9	-745,2	-85,7
> Personalaufwand	-105,3	-99,5	-5,8
> Abschreibungen	-48,4	-43,7	-4,7
> sonstige betriebliche Aufwendungen ./ Erträge	-57,5	-64,2	6,7
> Zinsergebnis	-11,2	-11,6	0,4
> sonstiges Finanzergebnis	18,8	14,8	4,0
> Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9,8	-9,3	-0,5
> Ergebnis nach Steuern	53,0	54,5	-1,5
> sonstige Steuern	-0,8	-1,2	0,4
> Jahresüberschuss	52,2	53,3	-1,1
> Entnahmen/Einstellung Innovationsfonds	-0,3	-0,2	-0,1
> Entnahmen/Einstellung aus Rücklagen	2,6	0,2	2,4
> Gewinn-/Verlustanteile anderer Gesellschafter	-1,2	-1,3	0,1
> Bilanzgewinn	53,3	52,0	1,3

* (kann zu Rundungsdifferenzen führen)

Die Stromaktivitäten bilden den wirtschaftlichen Schwerpunkt. Sie machen 55,11 Prozent vom handelsrechtlichen Umsatz (Vorjahr: 51,9 Prozent) aus. Die Umsätze im Bereich Erdgas erreichen einen Anteil von 34,0 Prozent (Vorjahr: 36,4 Prozent).

54
55

Die **Gesamtleistung** steigt insbesondere aufgrund der anhaltend steigenden Kundenzahl im Bereich Strom. Dort konnten in den Vorjahren sowie im laufenden Jahr erfolgreich Neukunden akquiriert werden. Zur Umsatzentwicklung wird auf die Erläuterungen in Kapitel 2 „Geschäftsverlauf“ verwiesen.

Der **Materialaufwand** steigt stark an, was im Wesentlichen auf einen mengen- und preisbedingten Anstieg der Strombezugskosten zurückzuführen ist.

Der Anstieg des **Personalaufwands** resultiert insbesondere aus tarifvertraglichen Entgelterhöhungen sowie dem Mitarbeiterzuwachs.

Entsprechend der nochmals erhöhten Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr steigen auch die **Abschreibungen**.

Der negative **Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen** hat sich im Wesentlichen aufgrund im Vergleich zum Vorjahr höherer Auflösungen aus Rückstellungen vermindert.

Das im Vergleich zum Vorjahr verbesserte negative **Zinsergebnis** ergibt sich hauptsächlich aus der optimierten Neuaufnahme von verzinslichen langfristigen Verbindlichkeiten als Folge der anhaltenden Niedrigzinsphase.

Der Anstieg des **sonstigen Finanzergebnisses** begründet sich im Wesentlichen durch Gewinne aus Beteiligungsveräußerungen.

Der leichte Anstieg der **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** resultiert im Wesentlichen aus den im Geschäftsjahr 2019 berücksichtigten Anpassungen aus der laufenden Betriebsprüfung für die Jahre 2014 bis 2017.

Der **Jahresüberschuss** hat sich im Konzern um 1,1 Mio. EUR auf 52,2 Mio. EUR vermindert.

In konsequenter Umsetzung des ökologisch und nachhaltig orientierten Unternehmensprofils, haben sich die badenova Gesellschafter verpflichtet, jeweils einen Betrag von drei Prozent des Jahresüberschusses dem **Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz** zuzuweisen. Mit diesem Fonds werden ökologisch-innovative Projekte zum Wasserschutz und zur Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung sowie der regenerativen Energieerzeugung gefördert, die aus sich heraus keine Wirtschaftlichkeit erreichen.

Von dem ausgewiesenen Jahresüberschuss der badenova in Höhe von 52,2 Mio. EUR wird daher entsprechend der gesellschaftsvertraglichen Regelung ein Betrag von 1,6 Mio. EUR in die Rücklage für den Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz eingestellt. Entnommen wurde entsprechend der satzungsgemäßen Verwendung im Jahr 2019 ein Betrag von 1,4 Mio. EUR.

Mit einem **Bilanzgewinn** von 53,3 Mio. EUR hat sich die badenova Gruppe im Geschäftsjahr 2019 in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld weiterhin erfolgreich behaupten können.

2.5 FINANZLAGE

INVESTITIONEN

> INVESTITIONEN Mio. EUR*	2019	2018	Abw. absolut
> Erdgas	34,5	25,5	9,0
> Strom	18,5	13,1	5,4
> Wasser	6,7	5,0	1,8
> Biogas/Biomasse	0,4	1,4	-1,0
> Wärme	11,8	6,4	5,3
> Allgemeiner Bereich	15,5	15,6	-0,1
> Finanzanlagen	26,4	5,1	21,3
> Summe Investitionsvolumen	113,8	72,1	41,7
> erhaltene Investitionszuschüsse	-3,5	-2,4	-1,1
> Gesamt	110,3	69,8	40,6

* (kann zu Rundungsdifferenzen führen)

Die Investitionen (abzüglich erhaltener Investitionszuschüsse) belaufen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 110,3 Mio. EUR (Vorjahr: 69,8 Mio. EUR). Auf immaterielle Vermögensgegenstände entfallen 1,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1,6 Mio. EUR), auf Sachanlagen 82,2 Mio. EUR (Vorjahr: 63,1 Mio. EUR) und auf Finanzanlagen 26,4 Mio. EUR (Vorjahr: 5,1 Mio. EUR).

In den Bereichen Erdgas und Strom lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten in der Erneuerung und Erweiterung der Verteilnetze und -anlagen. Netzumstrukturierungen sowie der Bau neuer Netzanschlüsse stellen den Fokus im Erdgasbereich dar. Im Strombereich wurden vermehrt Erneuerungsmaßnahmen realisiert, welche eine zukunftsfähige Netzinfrastruktur mit Hinblick auf stärkere Lastschwankungen bedingt.

Trotz knapper Ressourcen von Tiefbauunternehmen konnten die Investitionen im Bereich Wasser gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Gegenstand der Investitionen im Bereich Biogas/Biomasse waren weitere Optimierungsarbeiten an den bestehenden Biogasanlagen.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten im Wärmebereich lag in der Erweiterung der bestehenden Wärmenetze. Die größten Einzelmaßnahmen waren Projekte zur Nutzung industrieller Abwärme in Freiburg sowie die Entwicklung eines Lastmanagements für das Wärmenetz.

Die Investitionen im allgemeinen Bereich befinden sich auf dem Vorjahresniveau und umfassen im Wesentlichen den Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Standort in Freiburg, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie die turnusgemäßen Erneuerung der IT-Systeme der badenova Gruppe.

Die Investitionen in Finanzanlagen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen und setzen sich im Wesentlichen aus dem Erwerb von Anteilen am elsässischen Stadtwerk CALEO S. A., am Freiburger IT-Dienstleister FreiNet GmbH, am Unternehmen Kunzweiler GmbH Hoch- und Tiefbau aus Rust, der Erhöhung von Anteilen an bestehenden Beteiligungen sowie Projekten aus dem Bereich Erneuerbarer Energien zusammen.

FINANZIERUNG

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Konzern in Höhe von 226,6 Mio. EUR (Vorjahr: 175,0 Mio. EUR) entfallen 196,6 Mio. EUR (Vorjahr: 110,1 Mio. EUR) auf festverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten und 29,0 Mio. EUR (Vorjahr 45,5 Mio. EUR) auf variabel verzinsliche Darlehensverbindlichkeiten. Für die variabel verzinslichen Darlehensverbindlichkeiten wurden in Höhe von 16,5 Mio. EUR (Vorjahr: 45,5 Mio. EUR) Zinssicherungsgeschäfte aufgenommen und somit eine feste Zinsvereinbarung hergestellt. In Höhe von 0,0 Mio. EUR (Vorjahr: 19,4 Mio. EUR) wurden zum 31. Dezember 2019 Kreditlinien in Anspruch genommen. Sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten weisen eine den Risiken der badenova Gruppe adäquate Zinsstruktur auf. Bei den festverzinslichen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt die durchschnittliche Restzinsbindungsdauer 7,5 Jahre (Vorjahr: 7,4 Jahre).

Zum 31. Dezember 2019 standen der badenova Gruppe nicht in Anspruch genommene zugesagte Kreditlinien in Höhe von 52,0 Mio. EUR (Vorjahr: 32,6 Mio. EUR) zur Verfügung.

56
57

2.6 VERMÖGENSLAGE

Die Vermögens- und Kapitalstruktur nach betriebswirtschaftlicher Betrachtungsweise (Zurechnung der Kapital- bzw. Ertragszuschüsse zu 86 Prozent zum Eigenkapital und zu 14 Prozent zu den langfristigen Verbindlichkeiten) stellt sich zum 31. Dezember 2019 wie folgt dar:

	2019		2018	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
> VERMÖGENS- UND KAPITALSTRUKTUR Mio. EUR*				
> Anlagevermögen (ohne Ausleihungen)	628,1	75,3	569,6	71,3
> langfristige Forderungen	3,9	0,5	11,4	1,4
> Vorräte	14,5	1,7	17,7	2,2
> kurzfristige Forderungen	180,3	21,6	192,9	24,2
> flüssige Mittel	4,1	0,5	4,9	0,6
> Rechnungsabgrenzungsposten	2,8	0,3	2,0	0,3
> Vermögen	833,6	100,0	798,5	100,0
> Eigenkapital	285,8	34,3	287,8	36,0
> langfristige Verbindlichkeiten	282,5	33,9	183,1	22,9
> kurzfristige Verbindlichkeiten	264,5	31,7	326,9	40,9
> Rechnungsabgrenzungsposten	0,8	0,1	0,7	0,1
> Kapital	833,6	100,0	798,5	100,0

* (kann zu Rundungsdifferenzen führen)

Von dem insgesamt gebundenen Vermögen sind 34,3 Prozent (Vorjahr: 36,0 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Das Anlagevermögen und die langfristigen Forderungen umfassen 75,8 Prozent (Vorjahr: 72,7 Prozent) der Bilanzsumme.

Die Kapitalstruktur verdeutlicht die langfristige Finanzierung des gebundenen Vermögens und kann somit als weiterhin stabil bezeichnet werden.

2.7 MITARBEITER

Die Gesamtbelegschaft betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 1.452 (Vorjahr: 1.397) Mitarbeiter/-innen unter Einbezug der Mitarbeiter/-innen in Altersteilzeit und Elternzeit. Darin sind 67 (Vorjahr: 55) Auszubildende enthalten.

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren 1.483 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, gegenüber 1.435 zum 31. Dezember 2018. Auch in diesen Daten sind Mitarbeiter/-innen in Altersteilzeit und Elternzeit enthalten.

Die Mitarbeiterzahl ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies ist für den Jahresdurchschnitt 2019 auf verschiedene neue Themen sowie Projekte (zum Beispiel Digitalisierungsprojekte) und das erhöhte Ausbildungsengagement der badenova Gruppe zurückzuführen.

Die Fluktuationsquote ist leicht angestiegen. Auch aus diesem Grund wurden neue Rekrutierungskanäle eingeführt sowie die aktuellen Rekrutierungs- und Bindungsmaßnahmen ausgebaut (wie zum Beispiel Talentry, Mitarbeiterempfehlungsprogramm und New Work). Der weitere Ausbau der Online-Präsenz in den sozialen Netzwerken wird die Präsenz der badenova in den neuen Medien weiter stärken, um den Fachkräftebedarf auch künftig decken zu können.

2.8 SONSTIGES

Nachdem die Verschmelzung der Badische Gas- und Elektrizitätsversorgung AG auf die badenova mit Eintragung ins Handelsregister im Juni 2014 vollzogen war, stellten einige ehemalige Aktionäre einen Antrag auf gerichtliche Überprüfung der Höhe der Barabfindung. Der Gutachter hat zu einzelnen Fragen der Bewertung inzwischen Stellung genommen. Im Ergebnis wird die Angemessenheit der Höhe der Barabfindung bestätigt. Ein Urteil steht aber nach nunmehr fünf Jahren weiter aus.

3. TÄTIGKEITEN NACH DEM ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZ

Die bnNETZE ist verpflichtet, getrennte Konten für die Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung zu führen sowie Tätigkeitsabschlüsse nach § 6b Abs. 3 EnWG aufzustellen und durch den Abschlussprüfer prüfen zu lassen. Für die übrigen Konzerngesellschaften ist die Führung getrennter Konten erforderlich, sofern sie energiespezifische Dienstleistungen für die bnNETZE erbringen.

4. RISIKOBERICHT

4.1 RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die badenova unterliegt mit ihren unternehmerischen Aktivitäten allgemeinen und branchenüblichen Risiken. Zur Erreichung der wertesteigernden Zielsetzungen werden Risiken bewusst eingegangen und gezielt gesteuert. Die badenova Risikopolitik ist somit Teil der von Rentabilitäts- und Wachstumszielen geprägten Geschäftspolitik.

Das implementierte Risikomanagementsystem soll gewährleisten, dass sämtliche Einflüsse, die sich negativ auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens auswirken könnten, frühzeitig als Risiko erkannt, systematisch erfasst und bewertet werden.

In der für die badenova Gruppe aktuell gültigen Risikomanagement-Richtlinie sind die systematischen Grundlagen, die Konzepte und Methoden zur Risikoidentifikation und -bewertung, die Informations-, Steuerungs- und Überwachungsmechanismen sowie die Risikomanagementorganisation einheitlich geregelt.

Die Sicherstellung, Ausgestaltung und Weiterentwicklung des konzernweiten Risikomanagements erfolgt durch die direkt dem Vorstand zugeordnete zentrale Risikomanagementfunktion. Vertriebs- und beschaffungsspezifische Risiken werden in einem Risikokomitee behandelt. Das operative Risiko-Controlling erfolgt im Rahmen der dezentralen Geschäftsbereichssteuerung durch die jeweiligen Funktionsbereiche. Im Rahmen der regelmäßig durchzuführenden Analysen der relevanten wirtschaftlichen Sachverhalte werden eventuelle Risiken identifiziert, gegebenenfalls mittels mathematisch-statistischer Methoden bewertet, und schließlich zu einem Gesamt-Risikoprofil aggregiert. Die Ergebnisse dieser Risikoinventur werden mittels einer professionellen Software erfasst und verarbeitet.

Die durch die regelmäßigen Risikoanalysen gewonnenen Erkenntnisse bilden eine Informationsgrundlage für die internen (Risiko-)Steuerungsprozesse, die mittel- und langfristigen Unternehmensplanungen sowie für die erforderlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmaßnahmen im Rahmen der Jahresabschlusserstellung.

Die Risikosituation von badenova ergibt sich danach im Wesentlichen aus folgenden Sachverhalten und Aspekten.

4.2 STRATEGISCHE RISIKEN

POLITIK UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Marktliberalisierung/-regulierung

Von besonderer Bedeutung sind die Risiken aus den regulatorischen Entscheidungen und den prozessualen Vorgaben der Bundesnetzagentur (BNetzA).

2019 stellt das zweite Jahr der dritten Regulierungsperiode im Gas (2018 bis 2022) und das erste Jahr der dritten Regulierungsperiode im Strom (2019 bis 2023) dar. Das System der Anreizregulierung bietet den Netzbetreibern aufgrund der Systematik der Entkopplung der regulierten Umsatzerlöse von den Kosten die Möglichkeit, innerhalb der fünfjährigen Regulierungsperioden durch Kostensenkung ihre Gewinne bzw. Wirtschaftlichkeit zu steigern. Demgegenüber steht das Risiko reduzierter Gewinne, wenn Kostensenkungen nicht in Höhe der in den regulierten Umsatzerlösen enthaltenen Effizienzvorgaben realisiert werden können. Da die Erlösobergrenze (regulierte Umsatzerlöse) einer festgelegten Formel folgt, ist das Netzgeschäft innerhalb einer Regulierungsperiode durch eine hohe Planungssicherheit gekennzeichnet. Für jede neue Regulierungsperiode werden zu Beginn sowohl Effizienzwert als auch Erlösobergrenze neu ermittelt und damit im Wesentlichen das Ergebnis des Netzgeschäftes neu bestimmt.

Sowohl im Strom- als auch im Gas-Bereich sind die wesentlichen Einflussgrößen für die Erlösobergrenze der jeweils dritten Regulierungsperiode bekannt, aber in Teilen (immer) noch nicht beschieden, und es gilt, die vorgegebenen Effizienzabschmelzungen kostenseitig umzusetzen.

Gegen einzelne Festlegungen der BNetzA hat bnNETZE Rechtsbeschwerde eingelegt. Hierbei geht es um die Beschlüsse über die Eigenkapitalzinssätze vom 5. Oktober 2016 (Aktenzeichen BK4-16/160), den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor Strom vom 28. November 2018 (Aktenzeichen BK4-18-056) und den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor Gas vom 21. Februar 2018 (Aktenzeichen BK4-17-093). Mit einer kurzfristigen Entscheidung der Gerichte zu den genannten Beschwerden kann nicht gerechnet werden.

Die nächsten Jahre stehen im Zeichen der Kostenprüfungsverfahren der BNetzA. Das Geschäftsjahr 2020 ist das Basisjahr für die 4. Regulierungsperiode im Gasbereich und das Geschäftsjahr 2021 das Basisjahr für die 4. Regulierungsperiode im Strombereich. Die Bundesnetzagentur hat Vorgaben von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbstständigen Netzbetreibern festgelegt und veröffentlicht. Diese Vorgaben entfalten ihre Gültigkeit ab dem Jahresabschluss 2020 und stellen eine große Herausforderung für die Jahresabschlüsse der betroffenen Unternehmen dar. Die Festlegung wird juristisch zu überprüfen sein.

bnNETZE ist in ihrem Netzgebiet nach dem Messstellenbetriebsgesetz grundzuständig für den Messstellenbetrieb und somit zur Einführung von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen verpflichtet. bnNETZE hat einen Plan für den Roll-out aufgestellt und ist sowohl technisch und als auch kaufmännisch bestens vorbereitet und somit startklar. Unterstützt wird bnNETZE bei dieser Aufgabe von dem zuverlässigen und leistungsstarken Partner Thüga Smart Service GmbH. Dennoch stellt die Einführung dieser neuen Technologie für die bnNETZE eine organisatorische Herausforderung dar.

Mit dem Kohleausstiegsgesetz verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, die Verstromung von Stein- und Braunkohle in Deutschland schrittweise und sozialverträglich zu reduzieren und bis zum Jahr 2038 zu beenden. Dadurch sollen die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen verringert werden, wozu sich die Bundesrepublik in internationalen Übereinkommen (Pariser Klimaabkommen) verpflichtet hat. Außerdem soll eine sichere, preisgünstige, effiziente und klimaverträgliche Versorgung der

Allgemeinheit mit Elektrizität gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang sollen auch Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz (nachfolgend: EnWG) und im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (nachfolgend: KWKG) umgesetzt werden. Die mittelfristigen Auswirkungen dieser Anpassungen auf den Strompreis lassen sich aus heutiger Sicht nur schwer abschätzen. Die Bedeutung der Kraft-Wärmekopplung im bundesdeutschen Stromerzeugungsmix wird hierdurch grundsätzlich gestärkt.

Kommunalpolitisches Umfeld und Konzessionsverträge

badenova ist derzeit in 162 Gemeinden mit der leitungsgebundenen Energieversorgung und der Erbringung von energienahen Dienstleistungen engagiert. Dieses Engagement ist per 31. Dezember 2019 durch insgesamt 181 bestehende Konzessionen (davon 158 Gas, 21 Strom und 2 Wasser) vertraglich gefestigt, deren zeitliche Bindung sich maximal bis zum Jahr 2039 erstreckt. Dies stellt insofern ein erhebliches Risiko dar, wenn es nicht gelingen sollte, rechtzeitige Vertragsverlängerungen erwirken zu können, bzw. für den Fall des Verlustes von Konzessionen, diese durch entsprechende Neu-Verträge zu kompensieren. In diesem Zusammenhang, und insbesondere auch begünstigt durch die finanzielle Lage der Kommunen, sind bestimmte kommunale Entscheidungsträger bestrebt, die Energieversorgung wieder in die eigene Verantwortung zu nehmen. Auch aktuell werden von einigen wenigen Kommunen die Möglichkeiten zum Erwerb und wirtschaftlichen Betrieb der örtlichen Versorgungsnetze geprüft. Dies führt zu Verzögerungen der Konzessionsverfahren, so dass im kommenden Jahr weiterhin vier bnNETZE-Verträge (Erdgas) aus den vergangenen Jahren vakant sind. Fünf Konzessionsverträge Erdgas sowie ein Konzessionsvertrag Strom werden in den kommenden drei Jahren ablaufen. Mit allen betroffenen Kommunen steht bnNETZE bereits im Bewerbungs- und Verhandlungsprozess. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass die Konzessionsvergabeverfahren von großer Rechtsunsicherheit geprägt sind und dies durch aktuelle Gerichtsurteile noch verstärkt wird, weshalb die Kommunen zur Einhaltung eines rechtssicheren und diskriminierungsfreien Vergabeverfahrens vermehrt Berater hinzuziehen. Trotz der Verfahrensbegleitung durch Berater, folgt aktuell vermehrt eine rechtliche Auseinandersetzung – teilweise vor oder nach der Vergabe. Hierdurch wird zusätzliche Unsicherheit geschaffen und die Verfahren kaum abschätzbar verlängert. In den kommenden Jahren werden weitere Verfahren angestoßen, während etliche Verfahren noch immer nicht abschließend und rechtssicher geklärt sind. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der Wettbewerb um Konzessionen und der Unsicherheitsgrad weiterhin hoch bleiben wird.

60
61

STRATEGIEENTWICKLUNG/STRATEGISCHE ENTSCHEIDUNGEN

Veränderte Rahmenbedingungen

Externe Einflussfaktoren wirken weiterhin in Richtung einer fundamentalen Veränderung der Energiewirtschaft und stellen für diese eine besondere Herausforderung dar. Dies erschwert das Kerngeschäft der badenova und beeinträchtigt das erreichbare Ergebnisniveau. Zu nennen sind im Wesentlichen:

- > Vorantreiben der Sektorenkopplung zur Umsetzung der Energiewende,
- > Entwicklung neuer und Verbesserung bestehender Technologien,
- > weiterhin erhebliche Unsicherheit bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen,
- > zunehmende Digitalisierung der Geschäftsmodelle,
- > zunehmende Dezentralisierung der Wertschöpfung.

Diesen Herausforderungen stellt sich die badenova durch Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, konsequente Kundenorientierung, laufende Optimierung der Geschäftsprozesse und Anpassung der IT-Systeme.

Die laufend aktualisierte Konzernstrategie der badenova trägt den oben genannten Entwicklungen Rechnung. Die Weiterentwicklung erfolgt im Rahmen der Erarbeitung und Verabschiedung spezifischer Geschäftsfeldstrategien, die die Basis für die weitere strategische Planung und den mittelfristigen Wirtschaftsplan darstellen.

Veränderungen im Beteiligungsportfolio

Die Struktur des Konzerns, der Aufbau des Beteiligungsportfolios und die Investitionsstrategie richten sich konsequent an der Umsetzung der Geschäftspolitik bzw. der Unternehmensstrategie aus.

Die badenova hat im Geschäftsjahr weitere 42 Prozent der Geschäftsanteile an der Homeandmart GmbH erworben. Gemeinsam mit der Thüga AG werden nun sämtliche Anteile gehalten. Homeandmart.de hat sich zu einem führenden Verbraucherportal für Smart Home, E-Mobilität und IoT in Deutschland etabliert.

Die Konzerntochter badenIT hat 60 Prozent der Anteile an der FreiNet GmbH, Freiburg, erworben. Gemeinsam mit der Badisches Pressehaus GmbH & Co. KG erbringt FreiNet Dienstleistungen für den Mittelstand in den Themen Internetzugang für Geschäftskunden, Hosting Service, Managed Security Service, Domain-Service, Netzwerküberwachung, Webplattform und Cloud.

Die bnBETEILIGUNG hat 2019 die Beteiligung am Stadtwerk Caléo, Guebwiller (Frankreich), vollzogen. Die Beteiligung beläuft sich auf 44,45 Prozent. Ziel ist eine strategische und operative Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Energieversorgung, speziell aber auch bei Themen der regionalen Energiewende im Elsass. In diesem Zusammenhang wurde gemeinsam mit französischen Partnern die Projektgesellschaft Florigaz SAS gegründet. Der Anteil der badenova Beteiligungs-GmbH beläuft sich auf 10 Prozent. Die Gesellschaft soll eine Biogasanlage im Elsass entwickeln. badenova begleitet das Projekt als Know-how-Partner.

Die bnWÄRMEPLUS hat sich 2019 über Vorverträge eine 49-Prozent-Beteiligung an Photovoltaik-Freiflächenprojekten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gesichert. Über zwei Projektgesellschaften werden an fünf Standorten PV-Anlagen mit einer Erzeugungsleistung von 46 MWp gebaut und 2020 in Betrieb genommen. Zusätzlich hat die bnWÄRMEPLUS 2019 die Projektgesellschaft Windpark Hohenlochen GmbH & Co. KG gegründet. Die Gesellschaft soll 2020 den Bau von vier Windkraftanlagen fertigstellen.

Die Konzerntochter bnNETZE hat im vergangenen Geschäftsjahr sämtliche Geschäftsanteile an der Kunzweiler-GmbH Hoch- und Tiefbau erworben. Mit dem Erwerb sichert sich die bnNETZE wichtige Kapazitäten für den Bau der eigenen Netzinfrastruktur.

Verkauft wurden 2019 die Beteiligungen an der Wärmeverbundkraftwerk Freiburg GmbH sowie an der Theolia Utilities Investment Company S.A.

Die Kontrolle und Überwachung der laufenden Geschäftstätigkeit der Beteiligungsgesellschaften erfolgt in deren Aufsichtsgremien sowie im Planungs- und Steuerungsprozess der badenova. Dennoch können unerwartete Dividendenausfälle eintreten. Diese haben unmittelbare Ergebniswirkung und können zu einer Korrektur der Beteiligungsbuchwerte führen.

4.3 OPERATIVE RISIKEN DER LEISTUNGSWIRTSCHAFTLICHEN UNTERNEHMENSBEREICHE UND QUERSCHNITTSFUNKTIONEN

Das operative Geschäft ist geprägt von den leistungswirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Energiebeschaffung und -vertrieb, Transport sowie Produktion, Netzbau, -betrieb und -unterhaltung. Diese Aktivitäten werden unterstützt durch betriebliche Querschnittsfunktionen.

ENERGIEBESCHAFFUNG UND -VERTRIEB

Die Risikolage im Bereich Energie-Vertrieb und -Beschaffung ist im Wesentlichen geprägt von der Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Entwicklung von Mengen und/oder Preisen – und zwar sowohl absatz- wie auch beschaffungsseitig. Haupteinflussfaktoren sind dabei das (im Privatkunden-segment auch stark witterungsbedingte) Abnahmeverhalten der Kunden einerseits sowie die Volatilität der Marktpreise andererseits. Zur Erfüllung absatzseitiger Verpflichtungen werden beschaffungsseitig im Wesentlichen physische Warentermingeschäfte eingesetzt. In Verbindung mit so genannten „offenen Positionen“, das heißt (noch) nicht preisfixierten (Beschaffungs- bzw. Absatz-) Mengenkontingente, können sich erhebliche negative Auswirkungen auf den Erfolg der badenova ergeben. Während sich die Unsicherheit bzgl. möglicher Preisänderungen durch Portfolio-management-Maßnahmen weitgehend eliminieren lässt, sind die Möglichkeiten zur Absicherung von Absatzmengenänderungen begrenzt: Der liberalisierte Energiemarkt wird von den Kunden immer mehr als solcher wahrgenommen.

Der zunehmende Wettbewerbsdruck auf dem Energiemarkt führt tendenziell zu niedrigeren Vertriebsmargen und/oder sonstigen vertraglichen Zugeständnissen gegenüber den Kunden mit ergebnismindernder Wirkung.

ENERGIETRANSPORT

Wesentliche Einflussgrößen auf die Transportmengen im Strom und Gasbereich sind Konjunktur und Temperatur. Bei Veränderungen dieser Parameter besteht die Möglichkeit einer ungeplanten Verminderung von Transportmengen, die sich ergebnissenkend auswirkt. Da diese Faktoren naturgemäß Schwankungen unterliegen, ist dieses Risiko unter Liquiditätsgesichtspunkten – insbesondere im Gasbereich – nicht zu vernachlässigen. Da absatzmengenbedingte Mindererlöse jedoch in der Zukunft über das Regulierungskonto ausgeglichen werden können, sind die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen zeitlich begrenzt.

62

63

RISIKEN IM BEREICH PRODUKTION, NETZBAU, -BETRIEB UND -UNTERHALTUNG

Die bestehenden Produktions- und Verteilnetzanlagen der Energie- und Wasserversorgung unterliegen dem allgemeinen Risiko von Betriebsstörungen und technischen Ausfällen. Diesen Risiken wird gezielt mit der systematischen Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen begegnet. Darüber hinaus werden alle betrieblichen Abläufe unter Einsatz von prozessintegrierten organisatorischen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen vollzogen (Anlagen-, Bau- und Arbeitsstellen-Sicherungsmaßnahmen sowie Bereitschaftsdienste, Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen). Die Organisationssicherheit wird durch regelmäßige Überprüfungen des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) gewährleistet.

RISIKEN DER QUERSCHNITTSFUNKTIONEN

Personalwirtschaftliche Risiken

Für die badenova gehören gut ausgebildete Mitarbeiter/-innen mit den geforderten Fachkenntnissen und Erfahrungen zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren der Zukunft. Die demographische Entwicklung mit einer zunehmend älteren Gesellschaft führt auch bei badenova zu einem demographisch bedingten Altersstrukturrisiko. Im Bereich des Personalwesens besteht aktuell neben dem demographisch bedingten Altersstrukturrisiko auch ein Stellenbesetzungsrisiko durch den Fachkräftemangel.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Korrespondierend zu den jeweils eingegangenen Beschaffungs- bzw. Vertriebskontrakten, bestehen entsprechende finanzielle Ausfallrisiken, die mit geeigneten präventiven sowie nachgelagerten Maßnahmen reduziert werden.

Die zu Finanzierungszwecken von derzeit fünf Konzerngesellschaften aufgenommenen Kredite unterliegen teilweise einem variablen Zinssatz. Zur Eliminierung dieses Zinsänderungsrisikos kommen teilweise Zinsswap-Geschäfte zum Einsatz. Diese bewirken eine Fixierung der dem Basis-Kreditgeschäft zugrunde liegenden variablen Zinssatz-Komponente.

Die anhaltende Niedrigzinsphase stellt grundsätzlich gute Finanzierungsbedingungen für weiteres profitables Wachstum dar. Allerdings führt diese Entwicklung auch dazu, dass langfristig zu bildende Rückstellungen aufgestockt werden müssen und dadurch das Ergebnis belastet wird.

Informations- und Datenverarbeitungs-Risiken

Die permanente und sichere Verfügbarkeit der IT-Netzwerke und -Applikationen der badenova sind fundamentale Grundlage für die geordnete Abwicklung der Geschäftsaktivitäten. Die Risiken aus der Nicht- oder unzureichenden Einhaltung von Anforderungen an Informationssicherheit und Datenschutz sind Datenzerstörung/-verlust durch Sabotage, Datendiebstahl, Datenübermittlung an Unbefugte, unzulässige Verarbeitung personenbezogener Daten sowie unerlaubter Datenzugriff. Vor diesem Hintergrund ist badenova bestrebt, dass die IT-Systemlandschaft und der Datenschutz stets höchsten Standards genügt. Um dies zu gewährleisten, sind konkrete Maßnahmen in einer IT-spezifischen Sicherheitsrichtlinie kodifiziert, deren Inhalt sich an den im Bundesdatenschutzgesetz geforderten technischen und organisatorischen Maßgaben orientiert.

Zum Januar 2018 wurde erfolgreich das Informationssicherheitsmanagementsystem für Energienetzbetreiber nach IT-Sicherheitskatalog der Bundesnetzagentur eingeführt und zertifiziert. Dies betrifft im Wesentlichen die bnNETZE mit den Bereichen Verbundwarte und Messen/Steuern/Regeln sowie deren zum sicheren Netzbetrieb erforderliche ITK-Technik. Die notwendigen Überwachungsaudits im Oktober 2018 und Oktober 2019 konnten ebenfalls erfolgreich abgeschlossen werden.

Zur Erfüllung der seit dem 25. Mai 2018 geltenden EU Datenschutz-Grundverordnung (nachfolgend: DSGVO), wurde ein umfassender Maßnahmenkatalog erarbeitet. Ein Großteil dieser erforderlichen Maßnahmen wurde in 2019 bereits umgesetzt. Die restlichen Themen werden in 2020 in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde bearbeitet und umgesetzt. Bei Nichterfüllung der DSGVO drohen erhebliche Bußgelder (bis zu 4 Prozent des Vorjahresumsatzes).

4.4 RISIKEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER COVID-19-PANDEMIE

Im Energievertriebsgeschäft ergeben sich die Risiken aus der COVID-19-Pandemie insbesondere an der Schnittstelle zu den Kunden sowie zur Energiebeschaffung.

Auf der Kundenseite haben die von den Bundesländern getroffenen Maßnahmen zur Reduzierung und Vermeidung von Neuinfektionen zu einem signifikanten Rückgang (insbesondere im Geschäftskundenbereich) der Abnahmemengen geführt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie haben insbesondere Kleingewerbe- und Haushaltskunden unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, ihre Zahlungsverpflichtungen zunächst bis zum 30. Juni 2020 zu stunden. Sofern diese Möglichkeit, in größerem Umfang genutzt wird, ist der Liquiditätsbedarf gegebenenfalls durch die Inanspruchnahme von Kreditlinien oder temporäre Zwischenfinanzierungen zu decken. Auch ist damit zu rechnen, dass sich nach einer schrittweisen Lockerung der Pandemie-Gegenmaßnahmen die Konjunktur deutlich abkühlen wird. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht in seinem Sondergutachten vom 22. März 2020 für 2020 von einem Rückgang

des Bruttoinlandsproduktes zwischen 2,8 Prozent und 5,4 Prozent aus. Der Umfang des wirtschaftlichen Abschwungs wird maßgeblich durch die Dauer der bestehenden Beschränkungen bestimmt werden. Von einer dauerhaften Krise ist hingegen nicht auszugehen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Zahlungsfähigkeit einzelner Kunden zeitweise verschlechtern. Dadurch können erhöhte Forderungsausfälle eintreten bzw. erhöhter Prozessaufwand im Forderungsmanagement verursacht werden.

Die rückläufigen Abnahmemengen führen dazu, dass bereits für den Lieferzeitraum beschaffte Energiemengen zu den dann gültigen Marktpreisen verkauft werden. Sofern das Marktpreisniveau unter den ursprünglichen Einkaufspreisen liegt, werden entsprechende Verluste realisiert. Aufgrund der konjunkturellen Abkühlung ist mit einem Rückgang der Marktpreise für Strom und Erdgas zu rechnen.

Die Auswirkungen der Virus-Pandemie auf das Netzgeschäft sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nur schwer in ihrer ganzen Dimension abschätzbar. Gegenwärtig läuft der Geschäftsbetrieb (die Belieferung der Kunden mit Erdgas, Strom und Wasser, der Betrieb der Leitungen und Anlagen sowie die Erbringung sonstiger Dienstleistungen) weitestgehend normal. Das höchste Augenmerk wird auf die Gesundheitsvorsorge der Mitarbeitenden und der Kunden gelegt. Aus diesem Grund hat bnNETZE unter anderem entschieden, für einen gewissen Zeitraum den Zählerturnuswechsel einzustellen. Das im COVID-19-Gesetz eingeräumte Zahlungsmoratorium für Privat- und Kleinstgewerbekunden wird derzeit nur verhalten in Anspruch genommen.

Durch den badenova Konzern-Krisenstab sind die für diesen Zweck bestehenden Krisenpläne aktiviert worden und werden täglich auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit hin untersucht und angepasst. In diesem Zuge arbeitet der Großteil der Mitarbeitenden im Homeoffice. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die zwingende Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und damit die jederzeitige Einsatzbereitschaft der technischen Bereiche, insbesondere der Servicetechniker.

64
65

4.5 FAZIT

Den Fortbestand des Konzerns unmittelbar gefährdende Risiken wurden nicht identifiziert und sind nach derzeitigem Informationsstand auch auf absehbare Zukunft nicht erkennbar. Gleichwohl stellen derzeit der Wettbewerbsmarkt, der bestehende Margendruck im Vertrieb sowie ein volatileres Geschäft eine große Herausforderung dar, sich erfolgreich am Markt zu positionieren.

Darüber hinaus können in der weiteren Zukunft insbesondere externe Faktoren wie technologische Veränderungen, umfassende Digitalisierung von Geschäftsabläufen sowie die zunehmende Dezentralisierung der Wertschöpfung zu einer grundlegenden Veränderung der Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft führen. Der inzwischen erfreulich hohe Anteil der Erzeugungsleistung im Bereich der erneuerbaren Energien hat zu einer gestiegenen Volatilität der Strompreise geführt. Die Auswirkungen von Hitzeperioden im Sommer und Starkwindereignissen im Herbst und Winter führen zu unmittelbaren Preisausschlägen.

Für eine weitere erfolgreiche Marktpräsenz wird entscheidend sein, dass sich das Unternehmen mit einem hohen Maß an Flexibilität an diese sich abzeichnenden Veränderungen anpassen kann und diese Anpassungen rechtzeitig erfolgen.

Neben den bereits seit geraumer Zeit eingeleiteten vielfältigen strukturellen und operativen Optimierungsmaßnahmen, hat badenova auch 2019 im Rahmen von diversen Projekten weitere Initiativen ergriffen und umgesetzt, um diese Veränderungen – insbesondere die Trends zunehmender Dezentralisierung und Digitalisierung – offensiv anzunehmen und konstruktiv in das bestehende Geschäftsmodell zu integrieren bzw. neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Wir glauben mit diesen bereits in Umsetzung befindlichen Maßnahmen auch künftig erfolgreich am Markt agieren zu können.

Durch die COVID-19-Pandemie sind die Risiken für die Erreichung der Ergebnisziele deutlich gestiegen. Gegenmaßnahmen befinden sich bereits in der Umsetzung oder Prüfung. Hierzu gehören insbesondere angepasste Vorgaben in der Energiebeschaffung und dem Forderungsmanagement, die Reduzierung von Vorauszahlungen sowie die Möglichkeit der Umsetzung von Kurzarbeit in einzelnen Unternehmensbereichen und der zeitlichen Verschiebung von Projekten in das Folgejahr.

5. PROGNOSE-/CHANCENBERICHT

Im Rahmen des Planungsprozesses werden die relevanten Prämissen und strategischen Maßnahmen nach Abstimmung zwischen Vorstand, Geschäftsfeldverantwortlichen, Zentralbereichsleitern und Geschäftsführungen der Konzerntöchter zentral vorgegeben. Hierbei werden die Preisentwicklungen an den Beschaffungsmärkten sowie die Zinsentwicklung für den Planungszeitpunkt auf Basis aktueller Marktdaten und Einschätzungen verwendet. Die zum Planungszeitpunkt aktuellen regulatorischen Rahmenbedingungen fließen ebenfalls in die Planung ein.

Für die Planung der Vertriebsmengen werden Witterungseffekte aus dem durchschnittlichen Temperaturniveau der letzten Jahre angesetzt und Annahmen über die wettbewerblichen Kundenveränderungen getroffen. Für 2020 werden im Erdgasvertrieb Bereinigungen im Kundenportfolio vorgenommen, so dass mit einem Absatzrückgang gegenüber 2019 zu rechnen ist. Im Stromvertrieb ist 2020 von einem gegenüber dem Vorjahr leichten Mengenwachstum auszugehen.

In der Tochtergesellschaft bnNETZE werden die laufenden Konzessionsverfahren bewertet und in der Planung entsprechend berücksichtigt. Die Netzdurchleitungsmengen werden auf Basis vergangenheitsbezogener Werte hergeleitet. Für das regulierte Netzgeschäft hat 2018 für das Gasnetz und 2019 für das Stromnetz die dritte Regulierungsperiode begonnen. Sowohl für das Gasnetz wie auch für das Stromnetz wurden die Netzkosten inzwischen von der BNetzA überprüft und die Effizienzwerte festgesetzt. Die Festlegungen zum generellen sektoralen Produktivitätsfaktor, einem wesentlichen Parameter der Erlösobergrenze, müssen von der Regulierungsbehörde neu ermittelt werden. Somit können sich in der dritten Regulierungsperiode noch Anpassungen in der genehmigten Erlösobergrenzenentwicklung ergeben.

Die Tochtergesellschaft bnWÄRMEPLUS wird das Projektgeschäft für Industriekunden weiter ausbauen und im Wärmegeschäft neue Kunden in bestehenden Nahwärmenetzen akquirieren. Im Bereich der erneuerbaren Energien werden Wind- und Photovoltaik-Projekte gemeinsam mit Projektpartnern laufend geprüft und bei ausreichender Wirtschaftlichkeit weiter entwickelt.

Die Auswirkungen der Niedrigzinsphase werden für die Bewertung der Rückstellungen angemessen berücksichtigt.

Für das Jahr 2020 sind Investitionen in Höhe von rund 95,6 Mio. EUR geplant. Sie werden insbesondere für die weitere Erneuerung und Erweiterung der Erdgas-, Strom-, Wasser- und Wärmenetze und Anlagen getätigt. Außerdem sind für den weiteren Ausbau am Unternehmenssitz in Freiburg 6,1 Mio. EUR vorgesehen.

Unter Berücksichtigung der geplanten Investitionen, der Auflösung von Ertragszuschüssen und der Darlehenstilgungen errechnet sich gemäß der im Herbst 2019 erstellten Wirtschaftsplanung für 2020 ein Mittelbedarf von 117,7 Mio. EUR. Die Finanzierung erfolgt insbesondere durch Abschreibungen sowie Investitions- und Baukostenzuschüsse. 2020 besteht somit ein weiterer Finanzierungsbedarf von 53,9 Mio. EUR, der durch Neuaufnahmen und Verlängerung von Krediten zu decken ist. Ein Teil dieses langfristigen Finanzierungsbedarfs wurde bereits im ersten Quartal gedeckt. Weitere Darlehensaufnahmen sind vorgesehen. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die laufende Liquiditätsentwicklung werden laufend analysiert und bewertet. Auf der Kundenseite sind bereits temporäre Mindereinnahmen aus Abrechnungsstundungen und geringeren Kundenabnahmen zu verzeichnen. Gleichzeitig konnten bereits Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, um die Liquiditätsslage zu sichern. Die Deckung eines weiteren kurzfristigen Liquiditätsbedarfs kann, sofern erforderlich, durch kurzfristige Bankdarlehen erfolgen.

Insgesamt ist die badenova mit ihren Tochtergesellschaften für die Zukunft gut aufgestellt. In der Unternehmensstrategie sind die künftigen Herausforderungen identifiziert, konkrete Maßnahmen für die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele formuliert und in die Umsetzung gebracht. Für laufende juristische Verfahren sind im Jahresabschluss 2019 entsprechende Beträge zurückgestellt.

Für das Geschäftsjahr 2020 ist ein Ergebnisziel von 52,0 Mio. EUR geplant. Das Jahresergebnis wird demnach planmäßig leicht unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2019 liegen. Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie können allerdings aufgrund der dargestellten Risikolage zu deutlichen Ergebniseinbußen um bis zu 20,0 Mio. EUR führen, die nur zum Teil durch entsprechende Gegenmaßnahmen kompensiert werden können. Die badenova bewertet laufend die Situation und ergreift angemessene Gegenmaßnahmen, um die negativen Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage zu minimieren. Darüber hinaus sind als weitere wesentliche Einflussfaktoren auf die Ertragslage 2020 zu nennen: Die erfolgreiche Umsetzung der definierten strategischen Maßnahmen im Geschäftsfeld der badenova sowie in den Geschäftsfeldern der Tochtergesellschaften, der Umbau der IT-Systeme zur kontinuierlichen Erhöhung des Automatisierungsgrades in den Prozessen, die wirtschaftliche Erschließung von Neukunden durch unsere Produkte auf dem Energiemarkt sowie der Temperaturverlauf.

66
67

Freiburg im Breisgau, 14. April 2020
badenova Verwaltungs-AG

Dr. Thorsten Radensleben

Mathias Nikolay

Maik Wassmer